



„Die Opfer fordern Sühne“¹

Der erste österreichische Kriegsverbrecherprozess von 14. bis 17. August 1945 im Spiegel der Zeitungsberichterstattung

CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER

Im Sommer 1945 fand im Großen Schwurgerichtssaal ein auf der Grundlage österreichischer Gesetze durchgeführter Prozess des Landesgerichts für Strafsachen in Wien als Volksgericht gegen vier ehemalige SA-Männer statt.² Ihnen wurde die Ermordung von ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern, die am Ende der NS-Herrschaft Sklavenarbeit beim Südostwallbau leisten mussten, zur Last gelegt. Drei der Angeklagten, Rudolf Kronberger, Alois Frank und Wilhelm Neunteufel, erhielten die Todesstrafe und wurden hingerichtet, ein Angeklagter wurde zu acht Jahren Kerker verurteilt.

Verhandlungsgegenstand des Prozesses von 14. bis 17. August 1945 war folgender Sachverhalt:³ Ende November/Anfang Dezember 1944 kamen ca. 2.000 ungarische Juden mit einem Transport aus Budapest am Bahnhof von Engerau (Petržalka, Bratislava) an. Sie wurden in alten Baracken, Bauernhöfen, Scheunen, Ställen und Kellern der Ortsbevölkerung untergebracht und mussten Schanzarbeiten am Südostwall leisten. Die Wachmannschaft bestand zum Großteil aus Wiener SA-Männern und „Politischen Leitern“. Täglich starben mehrere Häftlinge an den menschenunwürdigen Bedingungen, an Hunger, Kälte und Entkräftung. Andere wurden von Angehörigen der Wachmannschaft „auf der Flucht erschossen“, erschlagen oder waren zur „Liquidation“ freigegeben worden. Eine von der slowakischen Regierung im April 1945 zusammengestellte Kommission exhumierte mehr als 500 Leichen, die auf dem Friedhof von Petržalka bestattet waren. Am 29. März 1945 wurde das Lager Engerau evakuiert. Der „Todesmarsch“ der Gefangenen führte über Wolfsthal und Hainburg nach Bad Deutsch-Altenburg und forderte mehr als hundert Menschenleben. Auf dem Gelände des heutigen Kurparks an der Donau in Bad Deutsch-Altenburg mus-

sten die ungarischen Juden auf ihren Weitertransport per Schiff in das KZ Mauthausen warten.

Die Medienlandschaft in Österreich nach der Befreiung

Der Zweite Weltkrieg und die NS-Herrschaft bedeuteten für das Zeitungswesen in Österreich eine tiefe Zäsur. Der ehemals ausgezeichnete Ruf der österreichischen Medienlandschaft der Ersten Republik ging in der NS-Zeit vollkommen verloren. In das Informationsvakuum unmittelbar nach der Befreiung stieß als erste die sowjetische Besatzungsmacht mit ihrer Tageszeitung *Österreichische Zeitung. Frontzeitung für die Bevölkerung Österreichs*.⁴ Die Nummer 1 erschien am 15. April 1945, eine Woche nach der letzten Ausgabe einer nationalsozialistischen Zeitung und zwei Tage nach Beendigung der Kämpfe um Wien. Im Zentrum der Berichterstattung standen Mitteilungen über die Rolle der Roten Armee, Nachrichten aus der Sowjetunion sowie internationale Themen, es gab aber auch einen ausführlichen Kulturteil.⁵

Als erste österreichische Tageszeitung erschien ab 23. April 1945 das *Neue Österreich*. Eigentümerin war die „Zeitungs- und Verlags-Ges.m.b.H. Neues Österreich“, an der die drei republikgründenden Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ finanziell beteiligt waren. Erster Chefredakteur (bis 1947) war Ernst Fischer von der KPÖ, der am 6. Dezember 1947 wegen Differenzen über seine Berichterstattung gegen das Währungsschutzgesetz aus der Redaktion austrat.⁶

Am 21. Juni 1945 erhielt Karl Renner die Zustimmung der sowjetischen Besatzungsmacht zur Gründung von Parteienzeitungen. Am 5. August 1945 erschienen zeitgleich erstmals die *Arbeiter-Zeitung* (SPÖ), *Das Kleine Volksblatt* (ÖVP) und die *Österreichische Volksstimme* (KPÖ). Mit einem gewissen zeit-

lichen Abstand folgte die *Wiener Zeitung* ab 21. September. Herausgeberin und Eigentümerin war die Republik Österreich. Der *Wiener Kurier* erschien erstmals am 27. August und war direkt der *Information Service Branch*, der für die Medienpolitik zuständigen Organisation der USA in Österreich, unterstellt.⁷

Zeitungsbericht und Gerichtsakt als Geschichtsquelle

Die Prozesse der österreichischen Volksgerichte – als der für die Ahndung von NS-Verbrechen geschaffenen Sondergerichtsbarkeit – waren öffentlich, und die damals erscheinenden Tageszeitungen berichteten ausführlich über die Hauptverhandlungen. Neben den Gerichtsakten als Primärquelle stellt somit die Zeitungsberichterstattung eine wichtige Ergänzung für die Analyse des Umgangs der österreichischen Justiz mit NS-Verbrechen dar.

Zeitungsberichte über Strafverfahren verfolgen andere Zwecke als gerichtliche Protokolle über die Hauptverhandlung: Das Hauptverhandlungsprotokoll gibt nur die formal entscheidungswichtigen Verfahrensvorgänge und Aussageninhalte wieder und verwendet unter Umständen dabei auch noch genormte Floskel und inhaltliche Verkürzungen. Aus vielen Presseberichten geht hingegen die im Verfahren herrschende Stimmung hervor, und sie beinhalten oft Hinweise auf das Verhalten der am Verfahren beteiligten Gerichtspersonen, SchöffInnen, Anklagevertreter und Verteidiger mit Angeklagten, ZeugInnen und Sachverständigen während der Hauptverhandlung.⁸

Die Presseberichterstattung spiegelt somit ein atmosphärisches Bild eines Prozesses wieder, wie es mit Hilfe der Gerichtsakten alleine nicht wiedergegeben werden kann. Außerdem ist durch die Berichterstattung zu anderen tagesaktuellen Ereignissen eine Einordnung in den gesellschaftlichen Kontext möglich.

6724/45
 Band I 54/475 10 30
 Landesgericht / Bezirks Wien
 Strafsache 0431-105

Von	Nr.	Wegen	Datum
Kranberger	1/10/45	1/3429	2.6.45
Zwanzig	-	-	2.6.45
Reinthal	-	-	2.6.45
Reinthal	-	-	2.6.45
Reinthal	-	-	2.6.45
Reinthal	-	-	2.6.45

Widerruf S. 101-102
 105-106
 107-108
 109-110

Unweiskgegenstände ÖN.

Aktenzeichen:
 Nr 564/45
 5/45
 564/45

Gerichtsakt des 1. Engerau-Prozesses (Wiener Stadt- und Landesarchiv).

Die Ahndung von NS-Prozessen und die mediale Öffentlichkeit⁹

Die Berichterstattung im *Neuen Österreich* räumte in den ersten Wochen ihres Erscheinens den Fragen des Umgangs mit den Nationalsozialisten, der anzugehenden Entnazifizierung und Berichten über NS-Verbrechen und mutmaßlichen Tätern viel Platz ein. Zahlreiche Verbrechen wurden in groß aufgemachten Beiträgen öffentlich bekannt gemacht, wie etwa die Zerstörung des Elektronenübermikroskops auf der Universität Wien durch den deutschen Universitätsprofessor Jörn Lange sowie die Ermordung seiner zwei Assistenten, Dr. Kurt Horeischy und Dr. Hans Vollmar, die diese Zerstörung verhindern wollten.¹⁰ Auch die Rolle des ehemaligen Außenministers des Anschlusskabinetts Dr. Guido Schmidt, der Anfang 1947 nach einem Aufsehen erregenden Volksgerichtsprozess freigesprochen wurde, ist bereits im April 1945 angeprangert worden.¹¹ „Das Blutbad in der Strafanstalt Stein“¹² war ebenso Gegenstand der Berichterstattung wie die Tätigkeit des ehemaligen Finanzministers im Anschlusskabinett Dr. Rudolf Neumayer¹³ und die Machenschaften eines prominenten Arztes, des Vorstandes der Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ Dr. Erwin Jekelius, der einen Rehabilitierungsantrag gestellt hatte.¹⁴

Der Beginn der Arbeit der österreichischen Volksgerichte wurde in der Öffentlichkeit ungeduldig erwartet. Zwar richtete sich das allgemeine Interesse vor allem auf die Dinge des täglichen Überlebens, die Versorgungslage und die Pro-

bleme mit den Besatzungsmächten. Einige Kommentare – etwa im *Neuen Österreich* – betonten aber auch den starken Willen des österreichischen Volkes, nationalsozialistische Verbrechen sühnen zu wollen.¹⁵ Die mancherorts kritisierte lange Dauer der gerichtlichen Ermittlungen bis zum ersten Volksgerichtsprozess verteidigte das *Neue Österreich* mit dem Hinweis darauf, dass noch in keinem europäischen Land Kriegsverbrecher abgeurteilt worden wären. Zudem wurde betont, dass man im Justizwesen auf die „altösterreichische Rechtspflege“ setze, nationalsozialistische Schnelljustiz ablehne und die Prozesse auf rechtsstaatlicher Grundlage abzuwickeln gedenke.¹⁶ Die *Österreichische Zeitung* kritisierte hingegen das langsame Arbeiten des Justizapparates und die aus ihrer Sicht zu nachsichtige Behandlung der Nazis.¹⁷ Auch die *Österreichische Volksstimme* sprach sich für eine rasche Aburteilung der Kriegsverbrecher, die „eine Forderung des gesamten Volkes“ sei, aus.¹⁸

Großes Interesse am ersten NS-Prozess

Der erste Prozess vor dem Volksgericht Wien, der 1. Engerau-Prozess wegen Verbrechen an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern zu Kriegsende in der Umgebung von Bratislava und Hainburg, stieß auf sehr großes nationales und internationales Interesse. So waren etwa 60 ausländische Berichterstatter für die Hauptverhandlung angekündigt, einschließlich englischer, amerikanischer und sowjetischer Pressefotografen und Zeichner. Die Sekretariate der drei staatsgründenden Parteien erhielten eine bestimmte Anzahl von Einlasskarten.¹⁹ Ansonsten war der Prozess für die Öffentlichkeit aufgrund des erwarteten Besucherandranges nicht zugänglich, was sowohl in der *Österreichischen Volksstimme* als auch in der *Österreichischen Zeitung* heftig kritisiert wurde, da damit das „Volksgericht im eigentlichen Sinn des Wortes nicht gegeben war“.²⁰ Von der österreichischen Politprominenz befanden sich der Staatssekretär für Justiz Dr. Gerö (parteilos) sowie die Unterstaatssekretäre Dr. Altmann (KPÖ) und Dr. Scheffenecker (ÖVP) im Gerichtssaal. Die RAVAG berichtete in einer Abendsendung über die Hauptverhandlung. Richter und Staatsanwälte wohnten der Verhandlung ebenfalls bei. Auch die alliierten Besatzungsmächte entsandten Vertreter, um zu überprüfen, ob die österreichische Justiz in der Lage sei, NS-Verbrechen wirksam zu verfolgen –

zu einem Zeitpunkt, als amerikanische, britische und französische Besatzungstruppen ihre Zonen in Wien noch gar nicht besetzt hatten.

Die Zeitungsberichterstattung war sehr umfangreich; während der dreitägigen Dauer der Hauptverhandlung erschienen in allen Zeitungen Artikel zumeist auf der Titelseite bzw. auf den beiden nachfolgenden Seiten. Die Schlagzeilen in der *Arbeiter-Zeitung* verwiesen einerseits auf den Charakter der neuen Gerichtsbarkeit, auf der anderen Seite stellten sie die „Vergeltung“ für die begangenen Verbrechen in den Vordergrund: „Das Volk sitzt zu Gericht“,²¹ „Wir urteilen nach Recht und Gesetz“,²² „Sühne für die Engerauer Massenschlächtere!“²³ Das *Kleine Volksblatt* berief sich auf die Rechtmäßigkeit der neuen justiziellen Ordnung im wiedererrichteten demokratischen Österreich: „Wir gehen den Weg des Rechtes! Der Volksgerichtsprozess gegen die Massenmörder von Engerau“.²⁴ Im *Neuen Österreich* standen wiederum die Verbrechen selbst im Mittelpunkt: „Das Judenmassaker von Engerau“,²⁵ ebenso in der *Österreichischen Volksstimme*: „Der Massenmord von Engerau“,²⁶ während die *Österreichische Zeitung* ihr Augenmerk auf die Täter legte: „Der Prozess gegen die vier SA-Schergen“.²⁷

Der erste österreichische Kriegsverbrecherprozess überschattete sogar kurzfristig den Abwurf der amerikanischen Atombomben über Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August, die Kriegserklärung der Sowjetunion an Japan am 8. August und die Kapitulation Japans am 11. August. Innenpolitisch standen zur gleichen Zeit vor allem die Errichtung des Heldendenkmals in Wien und damit verbunden der Dank an die Sowjetunion für die Befreiung Wiens, sowie Themen, die den Wiederaufbau und die Alliierten betrafen, im Mittelpunkt der Zeitungsberichterstattung, aber auch die angespannte Versorgungslage.

Der 1. Engerau-Prozess in „Österreichischer Volksstimme“ und „Österreichischer Zeitung“

Die *Volksstimme* übertitelte am 14. August ihre in der Folge äußerst umfangreiche Zeitungsberichterstattung zum 1. Engerau-Prozess mit der Schlagzeile „Heute Volksgerichtshof. Vier ehemalige SA-Männer wegen Massenmordes im Lager von Engerau angeklagt“. Das Parteiorgan der KPÖ verwendete damit für das neu geschaffene Sondergericht zur Ahndung von NS-Verbrechen jene Bezeichnung, die Staatssekretär Franz Honner bereits in

der zweiten Kabinettsratssitzung im Zuge der Diskussion um das Verbotsgesetz handschriftlich notierte: „Strafmaßnahmen, [...], Volksgerichtshof bei Justizamt.“²⁸ Damit nahm er Bezug auf den vom NS-Regime für die Aburteilung politischer Gegner installierten Volksgerichtshof (VGH). Ob dies mit Absicht geschah, um zu signalisieren, dass mit den Personen, die der Vergehen nach dem Verbots- und dem Kriegsverbrechergesetz beschuldigt wurden, mit gleicher Härte vorgegangen werden würde, oder ob sich Honner ganz einfach eines im damaligen Sprachgebrauch geläufigen Namens bediente, geht aus den zahlreichen Diskussionen um die Volksgerichtsbarkeit und ihre gesetzlichen Grundlagen nicht hervor. Eine Äußerung des Präsidenten der Provisorischen Tiroler Landesversammlung Adolf Platzgummer bei einer Sitzung des Tiroler Landtages im Oktober 1945 deutet auf beabsichtigte Vergeltung hin: Die Ähnlichkeit in der Namensgebung „hat uns nichts zu bedeuten. Wir wissen genau, dass diese [d.h. die nationalsozialistischen] Volksgerichte bei uns nichts mehr zu sagen haben, die anderen [d.h. die Nationalsozialisten] aber sollen sich daran erinnern, sie haben es uns auch angetan.“²⁹

Am zweiten Tag der Hauptverhandlung formulierte die *Volksstimme* – diesmal mit richtiger Bezeichnung („Das Volksgericht tagt. Der Massenmord von Engerau“) – die aus ihrer Sicht maßgebliche Bedeutung dieses ersten NS-Prozesses: „Das Volksgericht des freien, demokratischen Österreich hat gestern mit seiner so lange erwarteten Arbeit begonnen. Diese Arbeit des Volksgerichtes ist ja sozusagen der nach außen hin am stärksten merkliche Trennungsstrich, der uns von dem scheidet, was einst hier war. Auf diese klare und scharfe Scheidung wartet nicht nur das Inland, warten nicht nur alle Österreicher, die es mit ihrem Land ernst meinen, darauf warten alle Völker, um deren Vertrauen und Freundschaft wir uns bemühen.“³⁰

Mehr noch als das Urteil im 1. Engerau-Prozess stand also das Ziehen eines klaren Schlussstriches gegenüber der Vergangenheit, die Abgrenzung zum NS-Regime im Mittelpunkt, verbunden mit einem starken außenpolitischen Signal vor allem in Richtung der alliierten Besatzungsmächte, die auf den eigenständigen Beitrag Österreichs bei der Ahndung von NS-Verbrechen aufmerksam gemacht werden sollten. Ebenso wurde auf den besonderen Charakter des Sondergerichts als Volksgericht, bei dem – anders



Schlagzeilen in österreichischen Zeitungen zum 1. Engerau-Prozess

als bei ordentlichen Schöffengerichten – die LaienrichterInnen gegenüber den Berufsjuristen die Mehrheit hatten³¹ verwiesen: „Vor dem Eingangstor zum Schwurgericht in der Alser Straße stehen auf der Mauer und auf dem Pflaster in Rotschrift die beziehungsvollen Verse: ‚Des Volkes Blut verströmte hier in Bächen, und bittere Tränen rannen drein. Jetzt wollen wir die Richter sein!‘“³²

Der im Großen Schwurgerichtssaal anwesende Journalist der *Österreichischen Volksstimme* beschrieb akribisch und anschaulich die Atmosphäre während der Hauptverhandlung und gab die Verhöre der Angeklagten, die Plädoyers der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung sowie die Begründung des vorsitzenden Richters teilweise wortwörtlich wieder. Da das Hauptverhandlungsprotokoll stellenweise nur sehr knappe Zusammenfassungen der Aussagen und Vorträge enthält, ist diese Berichterstattung daher eine wichtige ergänzende Quelle für die Prozessdarstellung.

Am Tag nach der Urteilsverkündung veröffentlichte der Unterstaatssekretär für Justiz Karl Altmann einen umfangreichen Kommentar in der *Volksstimme*: „Das Volksgericht hat sein erstes Urteil gefällt. Zum ersten Mal haben Volksrichter im neuen, demokratischen Österreich Recht gesprochen über Verbrecher, die ausgeschieden werden müssen aus der Gemeinschaft des Volkes, weil sie wahre Angehörige jener ‚verschworenen Gemeinschaft‘ waren, die Herrenrechte beanspruchte, aber nichts war als eine Gesellschaft, die sich zusammengefunden hatte, um mit allen verbrecherischen Mitteln Menschen und Völker zu unterjochen, zu versklaven, zu vernichten. Die Männer, über die nun das Urteil gesprochen wurde, waren sicher nicht Hauptschuldige an den unmenschlichen Verbrechen, die der Nationalsozialismus begangen hat. Aber sie waren ein typisches

Beispiel jenes Ungeistes, der die ganze ‚verschworene Gemeinschaft‘ erfüllte. Sie haben Verbrechen begangen am laufenden Band, ohne jedes Gefühl dafür, dass Menschen nicht Freiwild sind. Mord, gemeiner Mord war ihnen ein Geschäft, ein Vergnügen sogar, sie schreckten nicht davor zurück, kaltblütig Menschen zu ‚liquidieren‘, wie man schamhaft statt ‚morden‘ sagte, obzwar sie wussten, dass diese Menschen, die sie mordeten, nichts, aber schon gar nichts verbochen hatten. Arme, müde, dem Tode nahe, halb verhungerte Menschen wurden gequält, misshandelt, gemordet, weil es irgendeinem Scharführer oder ‚politischen Leiter‘ so gefiel, und in keinem regte sich das Gewissen, keiner erhob Protest, keiner schrie auf vor Empörung und Scham. Dieses schamlose und verbrecherische Gesindel, das sich anmaßte, eine ‚Herrenrasse‘ zu sein [...] muss ausgetilgt werden, wenn Gesetz und Recht, wenn Gesittung und Menschlichkeit wieder bestimmend sein sollen für die menschliche Gesellschaft und für die Gemeinschaft des Volkes.

Nach Recht und Gesetz haben die Volksrichter drei Verbrecher gegen das Gewissen der Menschheit zum Tode durch den Strang verurteilt. Sie haben damit ausgesprochen, dass für solche Verbrecher kein Platz ist in einer menschlichen Gemeinschaft. Ist das ein strenges Urteil? Nein, es ist gerecht und milde, es ist menschlich. Wollte man Rache üben für die Verbrechen, die begangen wurden, man fände keine Beispiele für die Strafen, die zu verhängen wären. Wollte man vergelten, was die Verbrecher getan, man müsste Qualen für sie ersinnen, wie nur Nazi sie erfunden und geübt haben an armen, unschuldigen, ihnen wehrlos ausgelieferten Opfern. Die Todesstrafe, die schwerste Strafe, die das Gesetz kennt, ist darum kein Ausdruck der Rache oder der Vergeltung, sie ist le-

diglich ein Ausdruck der Gerechtigkeit. Kein anderes Urteil hätte im Volk und in der Welt Verständnis finden können. [...]

Sorgfältig und genau, streng nach dem Gesetz, unter strengster Wahrung aller Rechte, die das österreichische Gesetz dem Angeklagten zuspricht, wurde das Verfahren vor dem Volksgericht geführt. Zwei volle Tage währte die Verhandlung, am dritten wurde – nach sorgfältigster Beratung des Gerichtshofes – das Urteil verkündet. Gewiss, das Gericht soll und muss darauf achten, dass seine Verhandlungen nicht flüchtig, nicht oberflächlich sind, dass der Angeklagte jede Möglichkeit findet, sich gegen die Anklage zu verteidigen. Auch in dem Prozess, in dem es von vornherein gewiss war, dass die Angeklagten sich selbst durch ihre Taten aus der menschlichen Gemeinschaft ausgeschieden haben, war darum sorgfältige Verhandlung gut und richtig. Aber es soll und darf nicht der Eindruck entstehen, dass alle Verhandlungen vor den Volksgerichten nun so lange währen müssen. Das Volk verlangt, und das mit Recht, dass seine Gerichte, dass die Volksgerichte nicht nur gerecht, sondern auch rasch urteilen, dass in möglichst kurzer Frist die Reinigung vollzogen, der notwendige Schnitt geführt, das Urteil über alle gesprochen werde, die auszustoßen sind aus dem Volk. Darum ist Beschleunigung der Verfahren vor den Volksgerichten eine dringende Notwendigkeit, darum muss, bei Wahrung aller gebotenen Gründlichkeit, dafür gesorgt werden, dass rasch die schwebenden Verfahren beendet, rasch die Verhandlungen durchgeführt werden. Gar nichts spricht dagegen, dass zwei und mehr Senate des Volksgerichtes gleichzeitig tagen und verhandeln, dass nicht nur in Wien, sondern auch in den größeren Städten der Provinz Senate des Volksgerichtes tätig sind, während andere Senate in Wien ihre Urteile fällen.³³

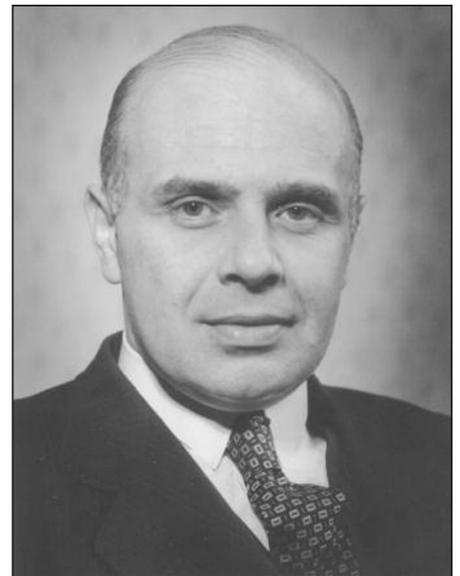
Auch Altmann spricht die bedingungslose Abgrenzung zum NS-Regime sowie den Ausschluss der Nationalsozialisten aus der Gemeinschaft des österreichischen Volkes an. Diese – auf die NS-Terminologie der „Volksgemeinschaft“ verweisende Begrifflichkeit wurde bereits in der Regierungserklärung vom 27. April 1945 verwendet, wonach „jene, welche aus Verachtung der Demokratie und der demokratischen Freiheiten ein Regime der Gewalttätigkeit, des Spitzeltums, der Verfolgung und Unterdrückung über unserem Volke aufgerichtet und erhalten, welche das Land in diesen abenteuerlichen Krieg gestürzt und

es der Verwüstung preisgegeben haben und noch weiter preisgeben wollen, [...] auf keine Milde rechnen können. Sie werden nach demselben Ausnahmsrecht behandelt werden, das sie selbst den anderen aufgezwungen haben und jetzt auch für sich selbst für gut befinden sollen. [...] Jene [...], die nur aus Willensschwäche, infolge ihrer wirtschaftlichen Lage, aus zwingenden öffentlichen Rücksichten wider innere Überzeugung und ohne an den Verbrechen der Faschisten teilzuhaben, mitgegangen sind, [...] sollen in die Gemeinschaft des Volkes zurückkehren und haben somit nichts zu befürchten.“³⁴

Die Verhängung der Todesstrafe als Höchststrafe sah Altmann als logische Konsequenz, die auf jene anzuwenden sei, die sich mit ihren Verbrechen außerhalb der menschlichen Gesellschaft gestellt hatten. Diese sollte aber nicht als Maßnahme der Rache, sondern der Gerechtigkeit und Sühne verstanden werden und den Beginn eines Reinigungsprozesses darstellen. Der Justizstaatssekretär – „obwohl selbst kein Freund der Todesstrafe“³⁵ – griff damit seine Argumentation, dass es gewisse Verbrechen gäbe, die nach Jahren der Bestialität mit dem Tode bestraft werden müssten, aus der 13. Kabinettsratsdebatte Mitte Juni 1945 auf, in der es um die Rechtmäßigkeit der Durchführung der Todesstrafe eine heftige Debatte gab.

Exkurs: Anmerkungen zur Todesstrafe

Kern der bewegten Diskussion im Kabinettsrat war Artikel 85 der mit Wiederherstellung der demokratischen Republik Österreich in Kraft gesetzten Bundesverfassung von 1920/29, in dem die Todesstrafe abgeschafft worden war.³⁶ In Widerspruch dazu ließ die Provisorische Regierung allerdings das Strafgesetz von 1852 mit der Todesstrafe, wie sie im Strafrechtsänderungsgesetz 1934 erneuert wurde, weiter bestehen und fügte u.a. im Verbotsgesetz und im Kriegsverbrechergesetz neue Todesdrohungen hinzu. Im Prinzip bestand damit ein verfassungswidriger Zustand.³⁷ Im Staatsamt für Justiz herrschte allerdings die einhellige Meinung, vorläufig die Todesstrafe auch im ordentlichen Verfahren beizubehalten. Justizstaatssekretär Gerö begründete diese außerordentliche Maßnahme mit dem Notstand, in dem sich der österreichische Staat befinde: „Es liegt mir ferne, Bluttribunale aufzurichten zu wollen und serienweisen Hinrichtungen das Wort zu sprechen. Es soll nur in den



Karl Altmann (KPÖ), Unterstaatssekretär für Justiz in der Provisorischen Regierung, kommentierte in der „Volksstimme“ den 1. Engerau-Prozess.

schwersten Fällen, wo Gnade geradezu ein Unding wäre, klarer Tisch gemacht werden. [...] Es bleibt vielleicht einer späteren Zeit vorbehalten, wenn die Wellen der politischen Beunruhigung sich gelegt haben, dass dann eine frei gewählte Nationalversammlung über die Beibehaltung oder die Abschaffung der Todesstrafe entscheidet.“³⁸

Unterstützung erhielt Gerö von Staatssekretär Ernst Fischer, der sich darüber befremdet zeigte, dass „im Zusammenhang mit der Bestrafung der größten Bestialität, die es überhaupt in der Geschichte der letzten Jahrhunderte gegeben hat, die prinzipielle Frage der Todesstrafe“ aufgerollt würde.

Dass die KPÖ zur Todesstrafe eine differenzierte Haltung einnahm, zeigte sich in späteren Jahren bei zahlreichen Debatten um deren Abschaffung. So vertrat etwa der SPÖ-Abgeordnete und spätere Justizminister Otto Tschadek im März 1948 bei einer Enquete im Justizministerium die Ansicht, dass die Todesstrafe als Abschreckungsmittel nach wie vor unentbehrlich sei. Außerdem wäre die Zeit noch nicht reif, die Todesstrafe aus den Sondergesetzen des politischen Verfahrens zu beseitigen. Diese könnte aber nur generell abgeschafft werden oder gar nicht. Dem widersprach Ernst Fischer, der eine Trennungslinie zwischen Kriegsverbrechern und „normalen“ Kriminellen zog. Er kündigte an, seine Fraktion werde sich gegen die Verlängerung der Todesstrafe im ordentlichen Verfahren aussprechen, „weil Kommunisten zwar das Prinzip der Sühne akzeptierten, nicht aber das der Strafe“.³⁹

Anders als in der *Volksstimme* erschien in der *Österreichischen Zeitung* keine detaillierte Prozessberichterstattung. Am Tag nach der Urteilsverkündung im 1. Engerau-Prozess näherte sich ein mit dem Pseudonym „Oculus“ unterzeichneter Kommentar dem ersten Kriegsverbrecherprozess essayistisch an:

„Stellen wir uns einen Moment vor, vom März 1945 bis jetzt hätte sich nichts geändert: Baldur von Schirach säße noch in Wien, SA-Scharführer Kronberger in Engerau, die SA-Leute Frank, Neunteufel und Polinovsky machten immer noch ‚Dienst‘ im gleichen Todeslager. Einiges wäre allerdings anders gewesen – statt der 2.000 damaligen Häftlinge wären vielleicht noch wenige Hundert am Leben, Kronbergers ‚Aktivkonto‘ wäre schon auf eine dreistellige Zahl von eigenhändig ‚Umgelegten‘ gestiegen, der ‚alte Kämpfer‘ Frank hätte neue Quälereien ausgeheckt und sich das Kriegsverdienstkreuz neben die ‚Ostmark-Erinnerungsmedaille‘ geheftet, Neunteufel hätte sich in der Technik des Genickschusses vervollkommnet und es vom bloßen Angehörigen zum Führer eines Mordkommandos gebracht, [...]“

Und nicht nur in Engerau. Im ganzen Groß-KZ, in das der Nazismus Österreich verwandelt hatte, würde bis heute das Grauen andauern, das 1938 mit dem ‚Anschluss‘ an das Hitlerreich begonnen hatte. Österreichs Blut flösse in den gemarterten Städten, Österreichs Blut flösse unter den Hieben tausender SA- und SS-Schergen auf den Richtplätzen, in den Zuchthäusern und in den Konzentrationslagern bis zum heutigen Tag.

Dass dieses Blut nicht mehr fließt, dass jetzt die Zeit gekommen ist, wo es gesühnt werden kann, wo das Volk Recht sprechen kann über seine ärgsten Feinde – das ist das Verdienst der Kämpfer der Roten Armee, die den Anfang machten mit Österreichs Befreiung, die die Nazi aus Wien vertrieben, die ihr Leben einsetzten, um Österreich der Nazibande zu entreißen und es zu befreien. Und jetzt verfolgen sie aufmerksam das Leben des Landes, für dessen Befreiung viele ihrer Kameraden ihr Leben hingegeben haben. Daher auch das große Interesse und die Teilnahme, die die Sowjetunion und vor allem ihre Rote Armee an dem ersten Volksgerichtsprozess in Österreich zeigen, der am 14. August begann.

Denn dieser Prozess ist der Prozess gegen Leute, die des schlimmsten Verbrechens schuldig sind, das überhaupt denkbar ist: nicht des Mordes schlechthin, sondern der Ermordung schutzloser Ge-

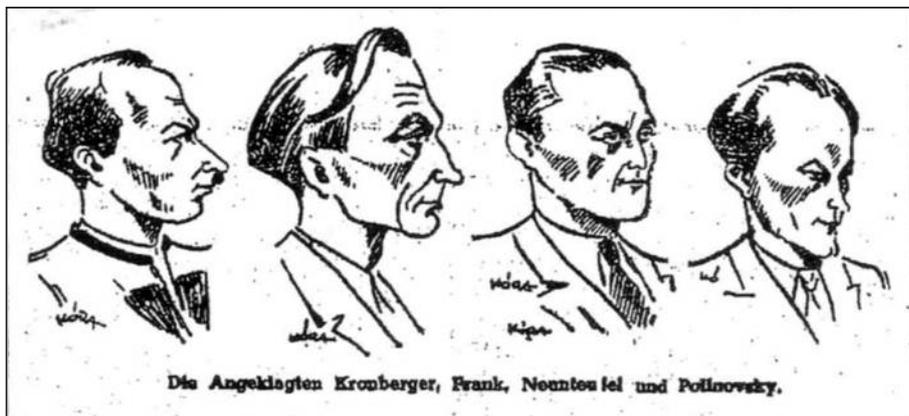


Illustration in der „Österreichischen Volksstimme“, dem Zentralorgan der KPÖ, vom 17.8.1945 mit den Angeklagten Kronberger, Frank, Neunteufel und Polinovsky.

fangener auf Befehl und im Interesse des Nazifaschismus in Ausübung seiner karnibalenischen ‚Rassentheorie‘. Sie sind schuldig des Verrates am eigenen Volk. Sie sind die Hackmesser der Mordmaschine des Hitlersystems. Doch darüber hinaus muss ja dieser Prozess der Auftakt sein für weitere, politisch noch schwerwiegendere Prozesse derer, die diese Mordmaschine dirigierten, nach deren teuflischen Plänen die braunen Todesfabriken eingerichtet wurden und funktionierten, für die Prozesse der ‚prominenten Nazi‘.“

Auch „Oculus“ übte Kritik am Öffentlichkeitscharakter des Prozesses: „Der Gerichtshof, der die erste Naziangelegenheit verhandelt, wird vom Gesetz als ‚Volksgericht‘ bezeichnet. Der demokratische Gesetzgeber wollte damit den Volkscharakter des Gerichtes betonen, der im Namen des Volkes Recht spricht, vor den Augen und Ohren des Volkes, nicht etwa hinter verschlossenen Türen. Doch in Wirklichkeit hat das Volk, der Arbeiter, der Intellektuelle, die Bauerndelegation, nur schwer Zutritt zum Gerichtssaal. Der fasst höchstens 200 bis 220 Zuhörer [...], was an und für sich eine Beteiligung größerer Massen ausschließt. Weshalb diese Exklusivität? Gibt es in Wien keine Räumlichkeiten, die zehnmal mehr Publikum fassen und würdig für einen solchen Prozess eingerichtet werden können?“

„Oculus“ schwebte für den ersten österreichischen Kriegsverbrecherprozess offenbar ein ähnliches Szenario vor wie beim Prozess gegen Angehörige der Deutschen Wehrmacht von 15. bis 18. Dezember 1943 in Charkow. Das Kriegsgericht der 4. Ukrainischen Front hatte dort einen Abwehroffizier des Dulag 205 bei Stalingrad, ein Mitglied der Gruppe 560 der Geheimen Feldpolizei und einen einheimischen „Hilfswilligen“ zum Tod durch den Strang verur-

teilt. Die Hinrichtung wurde am 19. Dezember 1943 auf dem Roten Platz in Charkow öffentlich vollzogen und gefilmt.⁴⁰ Dem Prozess wohnte auch der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg bei, dessen Sekretär Hugo Huppert als Kulturredakteur in der *Österreichischen Zeitung* arbeitete. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass es sich bei „Oculus“ um Hugo Huppert handelte, der im ersten österreichischen NS-Prozess offenbar eine Analogie zum ersten sowjetischen Kriegsverbrecherprozess sehen wollte.

In der tags darauf veröffentlichten, namentlich nicht gekennzeichneten, Nachbetrachtung des Prozesses zeigte sich die Redaktion der *Österreichischen Zeitung* letztlich aber zufrieden mit dem Ausgang des Prozesses: „Der 17. August 1945 wird in der Geschichte der befreiten Republik Österreich ein bedeutsames Datum bleiben – an diesem Tag wurde das erste Urteil im Namen des österreichischen Volkes gesprochen, das Urteil über vier faschistische Verbrecher, die an der bestialischen Massenvernichtung von Juden, oder solchen, die nach Nazigesetzen als Juden galten, beteiligt waren. [...] Das war der Wille des österreichischen Volkes, das das Urteil über diese Repräsentanten des braunen Kannibalismus mit Genugtuung aufgenommen hat, denn es sieht darin den ersten Schritt der österreichischen Justizorgane auf dem Weg zur Lösung ihrer allerwichtigsten Aufgabe – der Bestrafung der faschistischen Verbrecher. [...] Deswegen verdienen der erste Prozess und das erste Urteil des österreichischen Volksgerichtes über die faschistischen Verbrecher eine positive Einschätzung als Zeichen dessen, dass das Land den richtigen Weg der Ausrottung des Nazismus betreten hat. [...]“

Der Prozess war der erste Schritt bei der Lösung der überaus wichtigen Auf-

gabe der Ausrottung aller Überreste des Nazismus in Österreich.“⁴¹

Einschätzungen zum ersten Kriegsverbrecherprozess in der Presseberichterstattung

Grundtenor in allen Zeitungen – vielfach vor dem Hintergrund der justiziellen Ahndung von NS-Verbrechen generell und in Erwartung von richtungsweisenden Impulsen dieser Hauptverhandlung war:

– Die Abgrenzung vom „Rechts“-system des NS-Regimes. Mit der Aufnahme der Volksgerichtsbarkeit, bei der von österreichischen Richtern nach österreichischen Gesetzen Recht gesprochen wurde, sollte gemäß der alten österreichischen Rechtstradition wieder Recht und Ordnung einkehren.

– Den vier Angehörigen der SA-Wachmannschaft und allen künftigen Angeklagten wurde die Zugehörigkeit zur „österreichischen Volksgemeinschaft“ abgesprochen. In Verwendung der Naziterminologie wurden sie als Desperados (*Das Kleine Volksblatt*), die aus der neu zu errichtenden demokratischen Gesellschaft entfernt gehörten, apostrophiert. Nachdem alle Kriegsverbrecher abgeurteilt sein würden, wäre die Allgemeinheit „gesäubert“ vom „Nazismus“.

– Die „radikale politische Säuberung“ würde aber nicht nur in Österreich erwartet werden, sondern sei auch ein wichtiges außenpolitisches Signal.

– Trotzdem alle Zeitungen den Vorbildcharakter des 1. Engerau-Prozesses für künftige Volksgerichtsprozesse hervorstrichen, wurde betont, dass es sich bei den vier ehemaligen SA-Männern „nur“ um „kleine Nazis“ gehandelt hatte. Daher sollten in einem nächsten Schritt nun auch Prozesse gegen die – namentlich nicht näher bezeichneten – „wahren Hauptschuldigen“ geführt werden.

Nachschau

Nach dem 1. Engerau-Prozess flaute das öffentliche Interesse an der justiziellen Ahndung von NS-Verbrechen merklich ab und erschöpfte sich bald nur mehr in mehrzeiligen Notizen. Denn beim Volksgericht Wien standen in weiterer Folge nur mehr – wie von der *Österreichischen Zeitung* angesprochen – eine Reihe von „kleinen“ Prozessen an, hauptsächlich gegen so genannte „Illegale“, Ortsgruppenleiter und andere Parteifunktionäre. Allerdings endeten diese Prozesse allesamt mit hohen Urteilen, denn als Mindeststrafe dafür sah das Verbotsgesetz zehn Jahre Freiheitsentzug vor. Um möglichst viele Prozesse

gleichzeitig führen zu können, mussten daher in kurzer Zeit mehrere Senate des Volksgerichts Wien eingerichtet werden.

Zusammenfassend gesehen wurde die Zeitungsberichterstattung zu NS-Prozessen deren Bedeutung nur in der ersten Zeit des Bestehens der Volksgerichte gerecht. Sie spiegelt damit aber lediglich eine generelle Entwicklung sowohl im Justizapparat als auch in der österreichischen Politik und Gesellschaft allgemein wieder. Nach der Durchführung einiger großer Prozesse und vor allem nach dem Ende des Nürnberger Prozesses in Deutschland sollte ein Schlussstrich gezogen werden. Die Volksgerichtsbarkeit wurde per se immer mehr in Frage gestellt und die Ahndung von NS-Verbrechen als notwendige Übel angesehen, das mit dem Abzug der Alliierten seinen Abschluss finden sollte.

Der 1. Engerau-Prozess wurde am 26. Oktober 2015 im Beisein des Bundesministers für Justiz, Dr. Wolfgang Brandstetter, im Großen Schwurgerichtssaal des Landesgerichts Wien nachgestellt.

Anmerkungen:

1/ *Österreichische Zeitung*. Frontzeitung für die Bevölkerung Österreichs, 18.8.1945, S. 2.

2/ Siehe zuletzt: Claudia Kuretsidis-Haider: Das Volk sitzt zu Gericht. Über den Umgang der österreichischen Nachkriegsjustiz mit NS-Verbrechen am Beispiel der „Engerau-Prozesse“, in: *Volksstimme*, Nr. 10, Oktober 2015, S. 39–43. Sowie ausführlich: dies.: „Das Volk sitzt zu Gericht“. Österreichische Justiz und NS-Verbrechen am Beispiel der Engerau-Prozesse 1945–1954. Innsbruck, Wien, Bozen 2006 (= Österreichische Justizgeschichte, Bd. 2).

3/ Siehe dazu ausführlich: Maroš Borský (Hg.): Engerau. Zabudnutý príbeh Petřalky (The forgotten story of Petřalka). Katalog zur gleichnamigen Ausstellung des jüdischen Gemeindemuseums Bratislava. Bratislava 2015.

4/ Peter Muzik: Die Zeitungsmacher. Österreichs Presse, Macht, Meinung und Milliarden. Wien 1984, S. 104f., sowie Wolfgang Mueller: Die Österreichische Zeitung, in: Gabriele Melischek/Josef Seethaler (Hg.): Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation, Bd. 5: 1945–1955. Frankfurt/M. u.a. 1999, S. 11–56.

5/ Katharina Wladarsch: Die Wiener Besatzungspresse. Diplomarbeit Wien 2002, S. 29, 32.

6/ Danach entwickelte sich die Zeitung zum Koalitionsblatt von SPÖ und ÖVP. 1963 musste sie an einen Privatverlag verkauft und mit 28. Jänner 1967 eingestellt werden. Wladarsch: Besatzungspresse, S. 3 und 87.

7/ Wladarsch: Besatzungspresse, S. 38 und 43f.

8/ Heinrich Gallhuber: Anmerkungen zur Arbeit mit gerichtlichen Strafakten in der zeitgeschichtlichen Forschung (Teil 3), in: *Justiz und Erinne-*

rung, hg. v. Verein zur Erforschung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und ihrer Aufarbeitung und „Verein zur Förderung justizgeschichtlicher Forschungen, Nr. 3, Oktober 2000, S. 11–14, hier S. 11.

9/ Hellmut Butterweck: Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter. Wien 2003.

10/ Ein Naziprofessor vernichtete Elektronen-übermikroskop. Und ermordete zwei Menschen, in: *Neues Österreich*, 27.4.1945, S. 2. Lange wurde am 15. September 1945 vom Volksgericht Wien zum Tode verurteilt.

11/ Nazistische Großverdiener. Dr. Guido Schmidt. Kleine Gauleiter als Mitfresser, in: *Neues Österreich*, 27.4.1945, S. 2.

12/ *Neues Österreich*, 2.5.1945, S. 3. Am 30. August 1946 verurteilte das Volksgericht Wien den SA-Standartenführer und Kreisstabführer des Volkssturms für den Kreis Krems, Leo Pilz, den Stellvertretenden Leiter des Zuchthauses Stein, Alois Baumgartner, sowie drei Mitangeklagte zum Tode. Fünf weitere Angeklagte erhielten eine lebenslange Freiheitsstrafe.

13/ Ein brauner Karrieremacher drängt sich vor, in: *Neues Österreich*, 30.5.1945, S. 2. 1945 in Wien verhaftet und 1946 als Hochverräter nach dem Kriegsverbrechergesetz zu lebenslangem schwerem Kerker verurteilt, erreichte Neumayer Ende 1948 die Entlassung wegen „Haftunfähigkeit“ und 1957 sogar die Tilgung des Urteils.

14/ Ein Kriegsverbrecher will sich rehabilitieren, in: *Neues Österreich*, 22.5.1945, S. 2. Jekelius wurde 1945 auf der Flucht von Soldaten der Roten Armee verhaftet und 1948 in Moskau wegen der Beteiligung an Euthanasieverbrechen zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er starb im Mai 1952 in einem sowjetischen Arbeitslager an Krebs. Karin Anna Ertl: NS-Euthanasie in Wien. Erwin Jekelius: Der Direktor vom „Spiegelgrund“ und seine Beteiligung am NS-Vernichtungsprogramm. Diplomarbeit Wien 2012, S. 166.

15/ Siehe beispielsweise: Tod den Kriegsverbrechern!, in: *Neues Österreich*, 11. 5. 1945, S. 1; Scharfe Abrechnung mit den Naziführern, in: *Neues Österreich*, 28.6.1945, S. 2.

16/ Die Volksgerichte gegen die Kriegsverbrecher, in: *Neues Österreich*, 17.7.1945, S. 1.

17/ Vom Grauen Haus zum Justizpalast, in: *Österreichische Zeitung*, 7.8.1945, S. 2.

18/ Endlich beginnen die Volksgerichte, in: *Österreichische Volksstimme*, 9.8.1945, S. 1f.

19/ Die Prozesse vor dem Wiener Volksgericht, in: *Neues Österreich*, 5.8.1945, S. 2.

20/ Die Opfer fordern Sühne, in: *Österreichische Zeitung*, 16.8.1945, S. 2; Das Volksgericht tagt, in: *Österreichische Volksstimme*, 15.8.1945, S. 1.

21/ *Arbeiter Zeitung*, 14.8.1945, S. 1.

22/ *Arbeiter Zeitung*, 15.8.1945, S. 1f.

23/ *Arbeiter Zeitung*, 18.8.1945, S. 1f.

24/ *Das Kleine Volksblatt*, 17.8.1945, S. 3f.

25/ *Neues Österreich*, 14.8.1945, S. 2.



Nachstellung des 1. Engerau-Prozesses am 26. Oktober 2015 im Großen Schwurgerichtssaal des Wiener Landesgerichts.

26/ *Österreichische Volksstimme*, 14.8.1945, S. 1–3.

27/ *Österreichische Zeitung*, 16.8.1945, S. 1.

28/ Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek/Leopold Kammerhofer (Hg.): *Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945*, Bd. 1, Horn, Wien 1995, S. 10.

29/ *Stenografische Berichte des Tiroler Landtages*, 5. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 10. Oktober 1945. *Protokolle der provisorischen Tiroler Landesversammlung*, S. 118, zit. in: Klaus Eisterer: *Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46*. Innsbruck 1991 (= *Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte*, Bd. 9), S. 253.

30/ *Österreichische Volksstimme*, 15.8.1945, S. 1.

31/ Zwei Berufsrichtern standen drei Laienrichtern gegenüber, die gem. dem Gesetz vom 26. Juni 1945, StGBI. Nr. 30, über die Bildung vorläufiger Schöffnenlisten (Schöffnenlistengesetz), ausgewählt wurden (§ 11). Die drei staatsgründenden Parteien legten je eine Urliste der Volksgerichtsschöffnen vor, aus denen drei Dienstlisten gebildet wurden. Zu jeder Hauptverhandlung musste je eine Schöffin oder ein Schöffe aus jeder der drei Dienstlisten herangezogen werden, sodass von SPÖ, ÖVP und KPÖ nominierte Personen Teil des Volksgerichts waren. Diese Regelung wurde mit dem Erlass des Bundesgesetzes vom 13. Juni 1946, BGBl. Nr. 135, über die Bildung der Schöffnenlisten aufgehoben. Zwar wirkten die drei Parteien weiterhin auf die Aufstellung der einzelnen Listen ein, es gab allerdings dann keine proporzmäßige Aufteilung mehr.

32/ *Österreichische Volksstimme*, 15.8.1945, S. 1.

33/ *Österreichische Volksstimme*, 18.8.1945, S. 1.

34/ StGBI. Nr. 3/1945, 1. Stück, Regierungserklärung vom 27.4.1945.

35/ Enderle-Burcel/Jeřábek/Kammerhofer: *Protokolle*, Bd. 1, S. 265.

36/ Siehe dazu auch: Theodor Rittler: *Lehrbuch des österreichischen Strafrechts*, 1. Band, Allgemeiner Teil. Wien 1954, S. 303f. Durch das

Bundesverfassungsgesetz (B-VG) vom 24. Juni 1946 wurde – mit Rückwirkung auf den 19. Juni 1946, dem Tag, an dem nach dem Verfassungsoberleitungsgesetz Art. 4 die Bundesverfassung 1920/29 wieder in Kraft trat – die Todesstrafe im ordentlichen Verfahren zunächst bis zum 30. Juni 1947 für zulässig erklärt. Mit Hilfe eines B-VG erstreckte man die Suspension des Art. 85 bis zum 30. Juni 1948 und schließlich bis zum 30. Juni 1950. Erst mit dem Bundesgesetz vom 21. Juni 1950 wurde anstelle der Todesstrafe die Strafe des lebenslangen schweren Kerkers gesetzt.

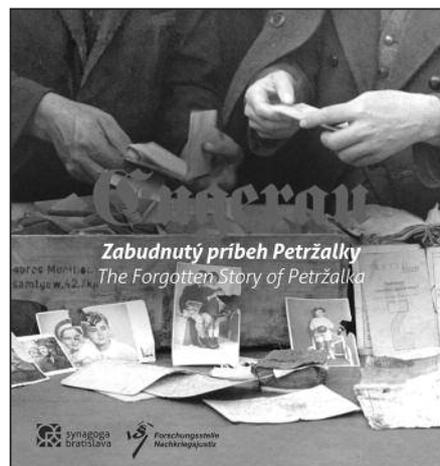
37/ Zur diesbezüglichen Diskussion in der Provisorischen Regierung siehe: Karl Haas: *Zur Frage der Todesstrafe in Österreich 1945 bis 1950*, in: *Justiz und Zeitgeschichte. Symposionsbeiträge 1976 1993*, Bd. 1, hg. von Erika Weinzierl u.a. Wien 1995, S. 396–405, hier S. 398.

38/ Gespräch über das Kriegsverbrechergesetz, in: *Neues Österreich*, 28.6.1945, S. 1f.

39/ Helmut Konrad: *Zurück zum Rechtsstaat (Am Beispiel des Strafrechts)*, in: *Justiz und Zeitgeschichte*, Bd. 1, S. 344–359, hier S. 353f.

40/ Siehe dazu die von Bengt von zur Mühlen erstellte Video-Dokumentation „Stalins Strafrecht. Kriegsverbrecherprozesse in der Sowjetunion 1943–1948“.

41/ *Österreichische Zeitung*, 19.8.1945, S. 1.



Veranstaltungen und Buchtipps

2. März bis 20. April 2016

Sonderausstellung „Engerau: The Forgotten Story of Petržalka“

Ausstellung des jüdischen Gemeindemuseums Bratislava im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*

Wipplingerstraße 6–8, 1010 Wien

Infos: <http://www.engerau.info>

Eintritt frei

Buchtipps:

– *Engerau. Zabudnutý príbeh Petržalky (The forgotten story of Petržalka). Katalog zur gleichnamigen Ausstellung des jüdischen Gemeindemuseums Bratislava*, hg. von Maroš Borský. Bratislava 2015 (englisch/slowakisch), 15,- Euro

– Claudia Kuretsidis-Haider: „Das Volk sitzt zu Gericht“. *Österreichische Justiz und NS-Verbrechen am Beispiel der Engerau-Prozesse 1945–1954*. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006 (*Österreichische Justizgeschichte*, Bd. 2), 496 S., 59,90 Euro

Buchbestellung unter: claudia.kuretsidis@nachkriegsjustiz.at

Beide Bücher zum Sonderpreis von 50,- Euro

Sonntag, 3. April 2016:

16. Gedenkfahrt nach Engerau

Die *Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* führt jedes Jahr eine Gedenkfahrt zu den Gedächtnisorten des ehemaligen Lagers für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in Engerau (Petržalka) in Bratislava durch. Neben der großen Gedenkfeier beim Mahnmal auf dem Friedhof in Petržalka finden weitere Gedenkveranstaltungen an mehreren Gedächtnisorten in der Slowakei und in Österreich statt. 2016 ist die Enthüllung eines Gedenksteines für die Opfer des Lagers Engerau in Petržalka geplant.

http://www.nachkriegsjustiz.at/service/archiv/Engerau_Endbericht_2015.pdf (Bericht über die 15. Gedenkfahrt 2015)

„Nur eine schwache Verantwortung...“

Die KPÖ in den Regierungsverhandlungen im Dezember 1945

MANFRED MUGRAUER

Das schwache Abschneiden der Kommunistischen Partei kann als hervorstechendstes Charakteristikum der Wahlen zum ersten Nationalrat der Zweiten Republik angesehen werden. Die KPÖ erreichte am 25. November 1945 174.257 Stimmen (5,42 Prozent) und vier Mandate, während die ÖVP mit 49,80 Prozent der Stimmen eine absolute Mandatsmehrheit erzielte (85) gegenüber 44,60 Prozent (76 Mandate) für die SPÖ.

Das österreichische Wahlergebnis unterschied sich damit grundlegend von anderen europäischen Staaten, waren doch in den vom Faschismus befreiten Ländern die ersten Wahlen nach Kriegsende für die kommunistischen Parteien durchwegs erfolgreich verlaufen, nicht zuletzt aufgrund ihrer Rolle im antifaschistischen Widerstand: So erreichte die französische KP am 21. Oktober 1945 26,1 Prozent der Stimmen, die italienische Partei am 2. Juni 1946 18,9 Prozent. In Belgien waren es 12,7 Prozent, in Dänemark 12,5, in Norwegen 11,9, in Luxemburg 11,1 und in den Niederlanden 10,6 Prozent. Herausragend war das Ergebnis der Kommunistischen Partei bei den Wahlen in der Tschechoslowakei am 26. Mai 1946 mit 37,9 Prozent der Stimmen, was ihr den ersten Platz und das Amt des Ministerpräsidenten sicherte. In Ungarn ergaben 16,9 Prozent den dritten Platz.

Ursachen der Wahlniederlage

Zwei Tage nach den Wahlen, am 27. November 1945, fand eine Beratung des Sekretariats, des damaligen operativen Führungsgremiums der KPÖ, statt, um das Ergebnis einzuschätzen und erste Schlussfolgerungen zu ziehen. Kurz darauf, am 30. November, tagte das Präsidium des Zentralkomitees der Partei, eine gegenüber dem Sekretariat etwas erweiterte Führungsstruktur, die nur zwischen September 1945 und April 1946 existierte. Zu dieser Sitzung beigezogen wurden auch die Landesobmänner der Partei. Nach einer neuerlichen Sitzung des Sekretariats am 3. Dezember und des Präsidiums am 8. Dezember trat am 9. Dezember schließlich eine Parteikonferenz zusammen, um einen Beschluss über die künftige Regierungsbeteiligung der KPÖ zu fassen.

Im Sekretariat und im Präsidium wurde das Wahlergebnis der KPÖ als „Misserfolg“ eingeschätzt, der von niemandem, auch nicht vom politischen Gegner, erwartet worden sei. Wenngleich in Erinnerungsberichten und auch in der Forschungsliteratur zumeist von weit überzogenen Erwartungen der KPÖ bis hin zu 30 Prozent der Stimmen die Rede ist, lässt sich bei Auswertung aller Quellen davon ausgehen, dass die KommunistInnen ihre Stärke zwar überschätzten, ihre Erwartungen aber kaum über zehn oder 15 Prozent der WählerInnenstimmen hinausgegangen sein dürften.¹ Für die KPÖ war das Ergebnis auch deshalb ernüchternd, weil der Verlauf der Wahlkampagne und die Ergebnisse der Betriebsratswahlen Hoffnungen auf ein besseres Abschneiden genährt hatten.

Als Ursachen für die Wahlniederlage wurden in den Führungsgremien der KPÖ weniger Schwächen im Wahlkampf, sondern vorrangig objektive Faktoren ins Treffen geführt. Als ersten Gesichtspunkt nannte Johann Kopleinig, der Vorsitzende der Partei, den Einfluss der nazistischen Ideologie und die „politische Grundeinstellung der breiten Massen“. In Österreich habe es im Unterschied zu anderen europäischen Ländern keine Massenbewegung gegen den Krieg gegeben, es sei kaum aktiver Widerstand gegen den deutschen Faschismus geleistet worden und breite Schichten seien auch über die Befreiung nicht erfreut gewesen. Als zweiten Aspekt machte Kopleinig auf den Antikommunismus und auf das Image der KPÖ als „Russenpartei“ aufmerksam. Zwischen den nazistischen und den reaktionären Kräften in ÖVP und SPÖ habe mit Unterstützung der westlichen Alliierten Einigkeit darüber bestanden, die Stimmung breiter Volksmassen in eine „antikommunistische Hetze zu lenken“, wobei Kopleinig gleichzeitig eingestand, dass diese Hetze durch die Übergriffe der Roten Armee begünstigt worden sei. Als weitere ungünstige Momente hob Kopleinig neben organisatorischen Schwächen – vor allem in der Provinz – die zuletzt harte Position der KPÖ zur „Nazifrage“ und ihre Stellung zur SPÖ hervor. Der als richtig eingeschätzte Standpunkt der KPÖ zur Frage des Wahlrechts für ehe-

malige NSDAP-Mitglieder habe dazu geführt, dass die ansonsten differenzierte Haltung der KPÖ, die von einer klaren Trennung zwischen den Hauptverantwortlichen und den Mitläufern ausging, im Wahlkampf „etwas verwischt und verschwommen“ gewesen sei. In der „vereinfachten Propaganda“ sei der Eindruck erweckt worden, „als ob wir alle Nazi ausrotten wollten“, so der Parteivorsitzende. Ein Gesichtspunkt, auf den in der Präsidiumssitzung am 30. November alle Debattenredner zurückkamen und der von manchen als „Hauptursache“ für das schlechte Wahlergebnis benannt wurde. Als ungenügend wurde auch das Eintreten gegen die rechte SPÖ-Führung eingeschätzt: Es habe sich herausgestellt, dass es „eine Frage des Kampfes [...] gegen die direkt feindliche Clique innerhalb der SP“ sei, die Einheit der Arbeiterklasse zu erringen.²

Ernst Fischer wiederum nannte einen Tag nach den Wahlen im Gespräch mit Martin F. Herz, einem politischen Offizier der US-Armee, vier Faktoren für die Niederlage der KPÖ: 1.) die Stärke der traditionellen Parteienbindungen, aufgrund derer es der Partei nicht gelang, die politische Struktur der Ersten Republik aufzubrechen, 2.) den Wunsch der Bevölkerung nach einer Rückkehr zur politischen Normalität, 3.) die Tatsache, dass sich Frauen, deren Anteil an den WählerInnen bei über 60 Prozent lag, mit verwandten Nationalsozialisten, die nicht wahlberechtigt waren, solidarisch erklärten, sowie 4.) die Auswirkungen der sowjetischen Besatzung.³

„Flucht in die Vergangenheit“

In kommunistischen Stellungnahmen wurde das Wahlergebnis als „Flucht in die Vergangenheit“ und als verpasster „Anschluss an die neue Zeit“ gewertet.⁴ Österreich sei von „jedem Lufthauch aus dem neuen im Werden begriffenen Europa abgeschlossen“, beklagte Kopleinig.⁵ Tatsächlich hatte die Perspektive der KPÖ, in Österreich mittels demokratischer Zusammenarbeit der Parteien eine antifaschistisch-demokratische Neuordnung einleiten zu können, einen schweren Rückschlag erlitten. Durch den Wahlausgang wurde die KPÖ, die nach der Befreiung vom Faschismus drittel-

paritätisch als gleichberechtigte Partnerin von ÖVP und SPÖ an den Regierungsgeschäften beteiligt war, auf den Status einer Kleinpartei reduziert. Nur knapp hatte sie den Einzug in das Parlament geschafft, was auch ihre künftige Beteiligung an der Bundesregierung in einem neuen Licht erscheinen ließ.

Zunächst musste die KPÖ angesichts des enttäuschenden Wahlausgangs ihre bisherige Erwartungshaltung den neuen Realitäten anpassen. So hatte Ernst Fischer am 11. November, knapp zwei Wochen vor den Wahlen, Martin F. Herz, mit dem ihn ein freundschaftliches Verhältnis verband, anvertraut, dass seine Partei versuchen werde, weiter das Innenministerium halten zu können. Da dies aber selbst Fischer als eher unrealistisch einschätzte, nannte er alternativ dazu sein eigenes Ressort, das Unterrichtsministerium und – abhängig von der Stärke der KPÖ – eines der Wirtschaftsressorts als anzustrebende Amtsbereiche. Bei dieser Gelegenheit tippte Fischer bereits korrekt auf Leopold Figl als kommenden Bundeskanzler im Falle einer ÖVP-Mehrheit bei den Wahlen.⁶

Unmittelbar nach den Wahlen stand eine kommunistische Regierungsbeteiligung schließlich grundsätzlich zur Diskussion, hatten sich doch nicht nur an der Parteibasis Stimmungen breit gemacht, die in Zukunft einer Oppositionsrolle den Vorzug gaben. Im Rahmen der Provisorischen Regierung hatte die KPÖ mit dem Selbstverständnis einer verantwortungsbewussten, konstruktiv mitgestaltenden „Staatspartei“ agiert. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der fehlenden Anerkennung der Renner-Regierung durch die Westmächte und der drohenden Gefahr einer Zerreißung des Landes, trug die Partei im Kabinettsrat auch solche Entscheidungen mit, die der kommunistischen Konzeption einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ entgegenliefen, um die schwierige außenpolitische Situation nicht weiter zu komplizieren. Auf die Entfaltung außerparlamentarischer Aktivitäten, um im Sinne der kommunistischen Vorstellungen Druck auf den Kabinettsrat auszuüben, wurde weitgehend verzichtet, was an der Parteibasis gewiss auch für Ernüchterung gesorgt haben wird. Nicht zuletzt unter dem Eindruck des Schocks vom 25. November 1945 war deshalb das Schlagwort der „Opposition“ in ersten Wahleinschätzungen prominent vertreten. „Ob wir in die Regierung eintreten oder nicht, ob wir drinnen sind oder nicht, jedenfalls wird die Politik unserer



Ernst Fischer und Karl Altmann bei der Sitzung des ZK der KPÖ am 23.9.1945.

Partei eine Politik der Opposition sein gegen diese Regierung und ihre Politik“, trug auch Johann Koplenig in der Sitzung des Präsidiums der Partei am 30. November dieser Tendenz Rechnung.⁷ Um weiter an der Regierung teilhaben zu können, stand die Parteiführung nun vor der Aufgabe, diese in den ersten Tagen nach der Wahl auftretenden „Stimmungen, die darauf hinzielten, die Partei in völlig negative Opposition“ zu führen, in den Hintergrund zu drängen.⁸

Erwartungen von Parteien und Alliierten

Bereits vor den Wahlen stand für die Gründerparteien der Zweiten Republik fest, dass die demokratische Zusammenarbeit von ÖVP, SPÖ und KPÖ auf Regierungsebene fortgesetzt werden sollte, wie immer auch das Ergebnis lauten werde. So wurde bereits einen Tag nach den Wahlen im Parteivorstand der SPÖ vom Willen der ÖVP berichtet, trotz ihrer absoluten Mandatsmehrheit sowohl die SPÖ als auch die geschlagene KPÖ nicht aus der Regierung auszuschalten. Letztere sollte zumindest mit einem Ministerposten bedacht werden.⁹ Wenige Tage später, am 30. November, erschien im *Wiener Kurier*, der Zeitung der amerikanischen Besatzungsmacht, ein Interview mit Leopold Figl, in dem dieser auch öffentlich seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, dass die KPÖ weiterhin zur Mitarbeit in der Regierung bereit sei, „weniger nach den Gesichtspunkten der Wahlergebnisse, als gemäß den Gesichtspunkten der Konzentrationsregierung“.¹⁰

Hinter der Bereitschaft der beiden Großparteien, die KPÖ trotz ihrer Niederlage in die Regierung einzubeziehen,

stand die Überlegung, sie nicht in die Oppositionsrolle zu drängen, die ihr möglicherweise bei unzufriedenen Teilen der Bevölkerung einen größeren Zuspruch einbringen hätte können. Dass mit dem Ergebnis der Novemberwahlen der Status der KPÖ als Kleinpartei zementiert sein würde, war zu diesem Zeitpunkt auch für den politischen Gegner nicht absehbar: So warnte etwa der Wiener Landespartei sekretär der SPÖ Heinrich Hackenberg davor, „die KP absolut zu unterschätzen. Das Wahlergebnis von 1945 ist ein Stimmungsergebnis, das sich gegen die Russen richtet. Die Stimmung kann umschlagen, wenn die Regierung in den kommenden Monaten Dinge auf sich nehmen muss, die für die gesamte Bevölkerung noch bei weitem schwerer zu ertragen sein wird als die Folgen der Russenbesetzung“, so Hackenberg in der Sitzung des Parteivorstands am 3. Dezember 1945.¹¹

Eine Beteiligung der KPÖ an der Regierung entsprach auch dem Wunsch der USA, um ein gutes Verhältnis der vier Besatzungsmächte im Alliierten Rat zu gewährleisten. US-Außenminister James F. Byrnes wies dementsprechend den amerikanischen Militärkommissar in Österreich Mark W. Clark und dessen politischen Berater John Erhardt an, auf die Parteiführer einzuwirken, die Koalition der drei Parteien fortzusetzen. Dadurch sollte auch der Eindruck vermieden werden, dass der Wahlsieg der ÖVP automatisch mit einer antisowjetischen oder antikommunistischen Politik verbunden sei, so Byrnes.¹² Die Briten hingegen prolongierten ihre strikt ablehnende Haltung gegenüber der KPÖ und orientierten auf die völlige Entfernung

jedes kommunistischen Einflusses aus der österreichischen Regierung. So berichtete William Mack, Politikberater der britischen Streitkräfte in Wien, am 28. November nach London, dass er alles versuchen werde, die Zusammenarbeit zwischen SPÖ und ÖVP ohne Einschluss der KPÖ zu fördern, und er versuchte auch führende Politiker wie den Außenminister Karl Gruber (ÖVP) dahingehend zu beeinflussen.¹³

Auch der KPÖ-Führung war bewusst, dass die beiden anderen Parteien alles daransetzen werden, die Partei in die Regierung einzubeziehen. Daraus ergab sich – ungeachtet ihrer Schwäche – ein gewisser Spielraum, nicht völlig bedingungslos in die zu bildende Konzentrationsregierung einzutreten. „Diese Bedingungen können selbstverständlich nicht weitergehend sein, als es der Stärke unserer Partei heute entspricht“, umriss Johann Koplenig in der Präsidiumssitzung am 30. November die Linie der Parteiführung, die drei Tage zuvor im Sekretariat festgelegt worden war, aber sie werde „doch nur unter bestimmten Voraussetzungen an der Regierung teilnehmen“.¹⁴ Nach Abschluss der Regierungsverhandlungen stellte ein US-Geheimdienstbericht tatsächlich fest, dass die Kommunisten nichts unversucht gelassen hätten, ihren „fragwürdigen Wert“ („nuisance value“) hervorzuheben und darauf hinzuweisen, welchen Schaden es bedeute, wenn sie in die Oppositionsrolle gedrängt werden würden.¹⁵

Am 28. November beauftragte der Politische Kabinettsrat der Provisorischen Regierung, dem neben dem Staatskanzler Karl Renner die drei Parteivertreter Leopold Figl, Adolf Schärf und Johann Koplenig angehörten, die ÖVP, einen Kanzlerkandidaten namhaft zu machen,¹⁶ worauf am 1. Dezember Figl von seiner Partei nominiert wurde. Am 4., 5., 6. und 7. Dezember fanden zwischen ÖVP und SPÖ Koalitionsverhandlungen über die Zusammensetzung der neuen Regierung statt,¹⁷ von denen die KPÖ ausgeschlossen blieb. Parallel dazu gab es Gespräche der ÖVP mit der KPÖ, von denen zumindest ein Treffen mit Figl am 3. Dezember konkret nachweisbar ist. Laut US-Geheimdienstbericht nahmen mit Johann Koplenig, Franz Honner und Ernst Fischer die führenden KPÖ-Politiker an diesen Besprechungen teil.¹⁸ Zwischen SPÖ und KPÖ fanden keine Verhandlungen statt und es wurden keine Vereinbarungen getroffen. Bis zum Abschluss der Parteienverhandlungen standen verschiedene Optionen einer Einbin-

dung der KPÖ in die Regierungsgeschäfte zur Diskussion: Von Ernst Fischer als Unterrichtsminister, dem Parteivorsitzenden Johann Koplenig als Minister ohne Portefeuille, der Überlassung des Ernährungsministeriums an die KPÖ bis zur letztlich realisierten Variante, mit dem Ministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung ein neues Ressort zu schaffen, für das die Partei Karl Altmann nominierte.

Ernst Fischer als Unterrichtsminister

Seitens der ÖVP wurde zunächst der Wunsch an die KPÖ herangetragen, dass Ernst Fischer, Staatssekretär für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten in der Renner-Regierung, als Unterrichtsminister Mitglied der Regierung bleiben sollte. Seine Vorliebe für Fischer, den er – im Gegensatz zu seinen Parteifreunden – als „true Austrian patriot“ charakterisierte, ließ Figl auch gegenüber den amerikanischen Stellen erkennen.¹⁹ Das State Department unterstützte diesen Vorschlag und wertete ihn als „excellent opportunity“, die kommunistische Kontrolle des Innenressorts zu beenden.²⁰ An diese grundsätzliche Favorisierung Fischers anknüpfend wurde auch im *Wiener Kurier* hervorgehoben, dass sich dessen „hervorragende Persönlichkeit [...] in allen Kreisen der Bevölkerung größter Achtung und Sympathie“ erfreue.²¹

Für die KPÖ war dieser Vorschlag aber zu keinem Zeitpunkt akzeptabel, war Ernst Fischer doch viel zu wichtig als Sprachrohr der Partei im Nationalrat bzw. weitergehend als „Sprecher unserer Partei vor den Massen“,²² wie Koplenig die für Fischer vorgesehene Rolle umriss, die ihm als Angehöriger der Konzentrationsregierung gewiss verwehrt geblieben wäre. Er wäre in der neuen Regierung nichts anderes als der „Prellbock“, so Koplenig in der erweiterten Präsidiumssitzung der KPÖ am 30. November 1945, in der auch eine Regierungsbeteiligung des bisherigen Staatssekretärs für Inneres Franz Honners mit derselben Argumentation ausgeschlossen wurde.²³ Dieser Orientierung entsprechend schloss auch Fischer selbst am 7. Dezember gegenüber Martin F. Herz dezidiert aus, der neuen Regierung als Minister anzugehören.²⁴

Angesichts der bereits am 30. November vollzogenen kommunistischen Weichenstellung gegen Ernst Fischer ist auch die Zuverlässigkeit der westalliierten Berichterstattung in einem kritischen Licht zu sehen: Meldete doch der briti-

sche Politikberater William Mack am 6. Dezember dem Foreign Office nach London, dass er es war, der erreicht habe, „daß die Kommunisten das Erziehungsministerium nicht bekommen würden“.²⁵ Obwohl durch Quellen unterschiedlicher Provenienz belegt ist, dass Fischer als Ministerkandidat für die KPÖ nie in Frage kam, präsentierte auch der KPÖ-Politiker selbst in seinen Anfang der 1970er Jahre erschienenen Erinnerungen eine andere Variante: „Als nach den Wahlen die neue Regierung gebildet wurde, bat mich der designierte Bundeskanzler Leopold Figl, an dieser Regierung teilzunehmen. Ich sei dazu bereit, erwiderte ich, wenn man mir das Unterrichtsministerium anvertraue. Er persönlich würde meinen Wunsch ohne Bedenken erfüllen, doch ein kommunistischer Unterrichtsminister sei nach diesem Wahlausgang nicht tragbar; allein schon die Kirche könne es nicht dulden“;²⁶ so Ernst Fischer, der kurz zuvor, 1969, aus der Partei ausgeschlossen worden war. Zuletzt hat die nicht zutreffende Behauptung, die KPÖ habe sich nach den Wahlen bevorzugt um das Unterrichtsministerium bemüht, auch in die neuere Forschungsliteratur Einzug gehalten.²⁷

Johann Koplenig als Minister ohne Portefeuille

Nachdem die ablehnende Haltung der KPÖ gegenüber einem Regierungseintritt Ernst Fischers deutlich geworden war, unterbreitete Leopold Figl als designierter Bundeskanzler das Angebot, dass der Parteivorsitzende Johann Koplenig als Minister ohne Portefeuille in die neue Regierung eintreten sollte. Noch am selben Tag der Besprechung mit Figl, am 3. Dezember 1945, beschloss das Sekretariat der Partei, dass auch dieser Vorschlag nicht in Frage käme. Hauptargument gegen diese Variante war, dass der Eintritt des Parteivorsitzenden in die Regierung ohne konkreten Aufgabenkreis faktisch bedeutet hätte, die volle Verantwortung für die Regierungspolitik zu übernehmen.²⁸ Darauf dürfte das Kalkül Figls in der Tat abgezielt haben, soll er doch diesen Vorschlag mit der Vorstellung verbunden haben, den „Politischen Kabinettsrat“ aus der Zeit der Renner-Regierung fortzuführen. Koplenig hätte damit de facto auch in Hinkunft „a position vaguely similar to that of Vice Chancellor“ ausgeübt, wie Martin F. Herz auf Basis eines Interviews mit dem ÖVP-Pressereferenten Edmund Weber berichtete.²⁹ Ohne jede konkrete Möglichkeit, zumindest in einem Teilbereich einen



Johann Koplenig, Vorsitzender der KPÖ, mit Karl Altmann im Jahr 1945.

realpolitischen Einfluss auszuüben, wäre die KPÖ damit aufs engste mit der Politik der Regierung identifiziert geworden.

Anknüpfend an diese kritische Haltung beschloss das Sekretariat der Partei, ein Schreiben an Figl zu richten, das am 4. Dezember, unterzeichnet von Johann Koplenig, zugestellt wurde. Hierin war zu lesen: „Die Kommunistische Partei ist nach wie vor bereit und entschlossen, am Aufbau Österreichs und an der Überwindung der Schwierigkeiten, in denen sich unser Land befindet, mitzuarbeiten. Wir sind auch bereit, Ihren Vorschlag anzunehmen, uns an der von Ihnen zu bildenden Regierung zu beteiligen, wenn diese Beteiligung nicht bloß formal ist, sondern einen bestimmten Aufgabenkreis umfasst und wenn die demokratische Zusammenarbeit der anderen politischen Parteien mit den Kommunisten auch sonst gesichert wird.“³⁰ Am selben Tag holte sich der Politberater der sowjetischen Besatzungsadministration Jewgenij Kiselew „grünes Licht“ aus Moskau für die weitere Regierungsbeteiligung der KPÖ.³¹

Angesichts dieser deutlich zum Ausdruck gebrachten kommunistischen Bedenken, mussten in den Parteienverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ Überlegungen angestellt werden, welches Ressort der KPÖ nun überlassen werden sollte. Von der SPÖ wurde vorgeschlagen, der KPÖ das Ernährungsministerium anzubieten, das zum damaligen Zeitpunkt angesichts der schlechten Versorgungslage und des bevorstehenden Hungerwinters sicher den unpopulärsten Amtsbereich darstellte. Aus diesem Grund habe auch die SPÖ das „Food Ministry with its odious responsibilities“ abgelehnt, wie in einem US-Geheimdienstbericht zu lesen war, um diese „hot

potato“ den Kommunisten zu überlassen.³² Da kaum davon auszugehen war, dass die KPÖ diesen Vorschlag als akzeptabel betrachten würde, stand spätestens am 6. Dezember fest, dass den Kommunisten ein neu geschaffener Amtsbereich angeboten werden sollte: das Ministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung.³³ Fixiert wurde dieser Alternativvorschlag nach der letzten Verhandlungsrunde von ÖVP und SPÖ am 7. Dezember: „Der KPÖ soll ein Ministerium ohne Portefeuille, allenfalls ein zu schaffendes Ministerium für Elektrifizierung und Energiewirtschaft eingeräumt werden“, wurde in einem Papier festgehalten,³⁴ das de facto den Charakter eines Koalitionsabkommens der beiden Großparteien hatte.

Energieminister Karl Altmann

Es dürfte wohl unmittelbar nach Übermittlung dieses Angebots deutlich geworden sein, dass die KPÖ diesen Vorschlag auch akzeptieren werde. Angebliche Einwände der KPÖ, wonach sie ein „volles Wirtschaftsressort“ wie jenes für Handel, Wiederaufbau oder Vermögenssicherung – „one of the full economic ministries (Commerce, Reconstruction, Property Administration)“ – beanspruchen hätte, wie am 8. Dezember in einem US-Geheimdienstbericht zu Papier gebracht wurde,³⁵ können nicht mit allzu großem Nachdruck vorgetragen worden sein. Denn bereits an diesem Tag stimmte das Präsidium des Zentralkomitees einstimmig dem Vorschlag zu, in die Regierung einzutreten und das „Ministerium für Elektrifizierung“ zu übernehmen.³⁶ Karl Altmann wurde in diesem Zusammenhang noch nicht als Ministerkandidat angeführt. Wann genau die KPÖ-interne

Entscheidung für seine Nominierung fiel, lässt sich nicht festmachen, es deutet aber alles darauf hin, dass die Partei ihre Überlegungen über die personelle Besetzung erst am nächsten Tag, anlässlich der am 9. Dezember stattfindenden Parteikonferenz, zum Abschluss brachte. So leitete Figl bereits am 8. Dezember seine Liste mit den designierten Regierungsmitgliedern an den Alliierten Rat weiter, der Name Altmanns wurde hierauf allerdings erst handschriftlich – also im Nachhinein – ergänzt.³⁷

Bis dahin waren in verschiedenen Zusammenhängen Viktor Elser,³⁸ Hermann Lichtenegger und Otto Mödlagl als mögliche Ministerkandidaten genannt worden.³⁹ Ersterer war in den folgenden Jahren im Nationalrat der KPÖ-Experte für Sozialpolitik, die letzteren beiden waren als Unterstaatssekretäre in der Renner-Regierung mit den Bereichen Verkehr bzw. Wiederaufbau betraut. Karl Altmann wiederum war in der Provisorischen Regierung Unterstaatssekretär für Justiz und genoss – auch beim politischen Gegner – einen hervorragenden Ruf als Verwaltungsjurist. Als solcher wurde er im April 1945, vor seinem Eintritt in die Regierung, zum stellvertretenden Leiter der Wiener Magistratsdirektion bestellt. Im Kabinettsrat der Provisorischen Regierung war Altmann aufgrund seiner Sachkenntnis in gewisser Weise Sprecher der KPÖ in Rechtsangelegenheiten, während es sonst nicht üblich war, dass sich Unterstaatssekretäre exzessiv zu Wort meldeten. Die kommunistischen Staatssekretäre Koplenig, Honner und Fischer wären aber ohne Altmann gewiss nicht in der Lage gewesen, dem mitunter autoritären Führungsstil Karl Renners und der auch durch Adolf Schärf verkörperten Konzentration auf Gesetze und Paragraphen adäquat zu begegnen. Altmann war im Kabinettsrat zwar auch in Währungsfragen, in vermögensrechtlichen Fragen (Stichwort „Deutsches Eigentum“) und in Fragen des Außenhandels kompetent aufgetreten, seinem konkreten Amtsbereich nach aber bisher in keiner engen Verbindung mit Wirtschaftsfragen gestanden.

Am 9. Dezember 1945 trat schließlich eine Parteikonferenz der KPÖ zusammen, die intern als „Beratung des Zentralkomitees mit Delegierten der Länder“ firmierte. Diese Konferenz fasste den Beschluss, „eine Vertretung in die neue Bundesregierung zu entsenden“ und nominierte hierfür Karl Altmann.⁴⁰ Für die KPÖ war das Energieministerium auch sicher deshalb ein annehmbarer Vor-

schlag, weil die Verstaatlichung der Energiewirtschaft beabsichtigt war, und diese schließlich im März 1947 mit dem 2. Verstaatlichungsgesetz – unter Federführung Altmanns – auch tatsächlich vom Nationalrat beschlossen wurde. Die KPÖ dürfte also in dieser Materie durchaus auch die Chance zu einer positiven Profilierung in einem konkreten Sachbereich erblickt haben. Koplenig bezeichnete demgemäß den für die KPÖ geschaffenen Amtsbereich als „sehr schönes Ministerium“ und deutete in seinem Referat an, dass sich die Partei ihre Zustimmung dazu mit einer Vertretung im Hauptausschuss des Parlaments, die ihr sonst aufgrund der Geschäftsordnung nicht zugestanden wäre, erhandelt habe.⁴¹ Auch in weiteren Parlamentsausschüssen wurde der KPÖ aufgrund einer Vereinbarung mit der ÖVP eine Vertretung zugesichert, worüber die SPÖ erst im Nachhinein informiert wurde.⁴² In seinem Schlusswort bedauerte es der Parteivorsitzende, dass es im Konferenzverlauf keine Einwände gegen die vom Präsidium vorgelegten Beschlussvorlagen gegeben habe, denn er sei fest davon überzeugt, „dass die Mitgliedschaft in dieser Frage nicht so einheitlich ist, wie diese Konferenz“.⁴³

Tags darauf, am 10. Dezember, informierte die KPÖ-Führung Leopold Figl in einem Schreiben über die Beschlüsse der Konferenz⁴⁴ und gab die Entscheidung für Altmann in ihrem *Pressedienst* bekannt.⁴⁵ Nichtsdestoweniger war an diesem Tag im *Wiener Kurier* noch die Falschmeldung zu lesen, dass die KPÖ mit Johann Koplenig als „Staatssekretär ohne Portefeuille in der neuen Regierung vertreten sein“ werde.⁴⁶ Am 11. Dezember war im Dreiparteienorgan *Neues Österreich* die vollständige Regierungsliste abgedruckt.⁴⁷ Diese wurde allerdings erst am 18. Dezember vom Alliierten Rat akzeptiert, nachdem sich die sowjetische Besatzungsmacht gegen Julius Raab (ÖVP), Vinzenz Schumy (ÖVP) und Andreas Korp (SPÖ) ausgesprochen hatte, die in ihren Augen mit antisowjetischen und pronazistischen Aussagen aufgefallen waren. In Absprache mit den US-Vertretern wurden schließlich „hinter den Kulissen“ entsprechende Änderungen der Kabinettsliste vorgenommen.⁴⁸

Zwischen Regierung und Opposition

Der KPÖ muss von Beginn an klar gewesen sein, dass eine Regierungsbeteiligung nach den Wahlen vom November 1945 mit Spannungs- und Problemfel-

dern verbunden sein wird. Letztlich ging es für die Partei darum, die Vorteile und Nachteile eines solchen Schritts abzuwägen. Angesichts der Kräfteverhältnisse war es offensichtlich, dass eine „real coalition“ unmöglich sei, weil die Kommunisten „not substantial enough“ seien als Koalitionspartner. Gleichzeitig sei die Partei aber auch nicht stark genug für die Oppositionsrolle, umriss Ernst Fischer einen Tag nach den Wahlen gegenüber Martin F. Herz die schwierige Position seiner Partei.⁴⁹

Es waren schließlich taktische Erwägungen und grundsätzliche Faktoren für den Eintritt der KPÖ in die Figl-Regierung ausschlaggebend. Eine nicht unbedeutende Rolle spielte die Überlegung, sich nicht vom politischen Geschehen ausschließen lassen zu wollen und der Gefahr einer Isolierung zu entgehen. Einem späteren Regierungsaustritt wurde gegenüber dem völligen Fernbleiben von der Regierungsverantwortung „eine viel größere Wirkung“ beigemessen.⁵⁰ Mit Karl Altmann wurde zwar ein exponierter Parteifunktionär, aber kein engeres Mitglied der Parteiführung und damit kein „Hauptverantwortlicher“ der Partei als Minister nominiert. Es sollte „nur eine schwache Verantwortung“⁵¹ signalisiert werden, um nicht vollständig mit der Regierungspolitik von ÖVP und SPÖ identifiziert zu werden. Spielräume für Kritik von außen – etwa im Parlament oder im kommunistischen Zentralorgan – sollten gewahrt bleiben, womit eine Lehre aus der Zeit der Renner-Regierung gezogen wurde, in der auf die Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit verzichtet worden war. Demgemäß war in einem am 18. Dezember von Johann Koplenig und Generalsekretär Friedl Fürnberg an Stalin gerichteten Schreiben Folgendes über die Regierungsbeteiligung zu lesen: „Wir haben uns allerdings dabei gesagt, dass die Regierungsbeteiligung so aussehen muss, dass nicht ein in der Öffentlichkeit als leitender Genosse bekannter Mann in die Regierung eintritt und [...] haben [...] den Gen. Altmann entsendet. Er hat auch gleichzeitig alle notwendigen Voraussetzungen[,] um unsere Auffassungen genügend stark in der Regierung zum Ausdruck zu bringen.“⁵²

So bequem und opportun der Gang in die Opposition für die KPÖ auch gewesen wäre, konnte dieser Schritt auch vor dem Hintergrund ihrer programmatischen Ausrichtung keine Option sein: Obwohl der Partei bewusst sein musste, dass die demokratische Einigung in der bisherigen Form gescheitert war, wollte

sie auch in Hinkunft am Wiederaufbau Österreichs teilhaben und an ihrem Selbstverständnis als konstruktiv mitgestaltende politische Kraft festhalten. Hierfür war die demokratische Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte ohne Alternative. Die KPÖ sah sich weiter als „Motor der demokratischen Entwicklung in Österreich“,⁵³ wie in einer Informationsschrift für die Mitglieder und FunktionärInnen der Partei zu lesen war. Es ging beim Eintritt in die Regierung also nicht nur um eine einzelne taktische Maßnahme, um gewisse Informations- und Kontrollmöglichkeiten für die Partei zu wahren, sondern um eine aus der Gesamtkonzeption der KPÖ resultierende Schlussfolgerung.

Auch propagandistisch wurde das Verantwortungsbewusstsein der KPÖ für die Zukunft des Landes entsprechend hervorgehoben: „Wir Kommunisten fühlen uns weiterhin verantwortlich für das Schicksal unserer Heimat“, wurde bereits am 30. November in einem ersten Beschluss nach den Wahlen festgehalten.⁵⁴ Ganz im Zeichen dieses Bekenntnisses stand auch die Rede von Ernst Fischer in der Sitzung des Nationalrats am 21. Dezember 1945: „Es wäre für uns nach dem Ausgang der Wahlen aus rein parteipolitischen Erwägungen vielleicht vorteilhafter gewesen, der neuen Regierung als Opposition entgegenzutreten; wir meinen jedoch, eine solche Haltung würde den Interessen Österreichs widersprechen. Und die Interessen der Gesamtheit müssen höher stehen als rein parteipolitische Erwägungen. Wir haben daher das Angebot des Bundeskanzlers angenommen und sind in seine Regierung eingetreten“,⁵⁵ so Fischer im Anschluss an die Regierungserklärung von Kanzler Figl, die er als „tragfähige Grundlage der Zusammenarbeit“ charakterisierte.⁵⁶

Als illusorisch erwies sich schließlich die Hoffnung, dass der Verzicht der KPÖ auf eine Oppositionsrolle „im alten Sinne“, die nichts anderes sei „als die Kehrseite der Koalitionspolitik“, wie Koplenig analysierte,⁵⁷ zu einer Politik der Konzentration der demokratischen Kräfte, also zu einer tatsächlichen „Konzentrationsregierung“ führen werde. Demgegenüber sah sich die KPÖ mit einer „Paktpolitik“ und geheimen Absprachen zwischen ÖVP und SPÖ konfrontiert, weshalb sie an den Regierungsgeschäften letztlich nur in formaler Hinsicht beteiligt war. Von den zentralen Entscheidungsprozessen blieb Karl Altmann ausgeschlossen, weshalb in der Forschungs-

literatur auch von einem „Alibi-Kommunisten“ im Kabinett Figl die Rede ist.⁵⁸ De facto bestand so seit den Novemberwahlen des Jahres 1945 eine „Große Koalition“, die die Weichen in Richtung Westorientierung, Antikommunismus und Kapitalismus stellte. Nach knapp zwei Jahren im Spannungsfeld von Regierung und Opposition schied die KPÖ im November 1947 aus der Regierung aus. Damit war die nach der Befreiung vom Faschismus im April 1945 begonnene Zusammenarbeit der drei Parteien auch formal beendet. Mit ihrer Konzentration auf außerparlamentarische Aktivitäten konnte sich die KPÖ fortan als Oppositionspartei gegen die kapitalistische Restauration profilieren.

Anmerkungen:

1/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2006, S. 232–234.

2/ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der KPÖ am 27.11.1945, S. 1; Referat von Johann Kopenig auf der erweiterten Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees der KPÖ am 30.11.1945, S. 1–4 und 9.

3/ Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Ernst Fischer's reactions to the national elections, 26.11.1945, in: Wagnleitner, Reinhold (Hg.): Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz. Political Officer of the US Legation in Vienna 1945–1948. Salzburg: Wolfgang Neugebauer Verlag 1984 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 4), S. 65–66; The United States Political Adviser for Austrian Affairs (Erhardt) to the Secretary of State, 27.11.1945, in: Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1945, Volume III: European Advisory Commission; Austria; Germany. Washington D.C.: United States Government Printing Office 1968 (Department of State Publication 8364), S. 664–665, hier S. 665.

4/ Anschluß an die neue Zeit, in: *Österreichische Volksstimme*, 7.12.1945, S. 1–2.

5/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Referat von Johann Kopenig, S. 1.

6/ Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Third Interview with Ernst Fischer, 11.11.1945, in: Wagnleitner (Hg.): Understanding Austria (wie Anm. 3), S. 64–65, hier S. 64.

7/ ZPA der KPÖ, Referat von Johann Kopenig auf der erweiterten Präsidiumssitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 30.11.1945, S. 7.

8/ RGASPI 17/128/781/268–277 bzw. 304–314, Johann Kopenig und Friedl Fürnberg an J. W. Stalin, 18.12.1945, Dok. Nr. 25 in Mueller, Wolf-



Karl Altmann (3. v. l.) als Mitglied der österreichischen Bundesregierung bei der Befreiungsfeier am 13. April 1946 in Wien, rechts daneben: Bundespräsident Karl Renner, Bundeskanzler Leopold Figl und Vizekanzler Adolf Schärf.

gang/Suppan, Arnold/Naimark, Norman M./Bordjugov, Gennadij (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2005 (Fontes Rerum Austriacarum. Österreichische Geschichtsquellen, 2. Abteilung: Diplomataria et Acta, Bd. 93), S. 233–243, hier S. 237.

9/ ZPA der KPÖ, Nachlass Erwin Scharf, Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der SPÖ am 26.11.1945, S. 2.

10/ Staatssekretär Ing. Figl: Hauptsache ist die Wirtschaft. Ein Interview über das Programm der kommenden Regierung, in: *Wiener Kurier*, 30.11.1945, S. 1.

11/ ZPA der KPÖ, Nachlass Erwin Scharf, Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der SPÖ am 3.12.1945, S. 3f.

12/ The Secretary of State (Byrnes) to the United States Political Adviser for Austrian Affairs (Erhardt), Washington, 4.12.1945, in: FRUS 1945 (wie Anm. 3), Vol. III, S. 674–675, hier S. 674.

13/ Wagnleitner, Reinhold: Großbritannien und die Wiederrichtung der Republik Österreich. Dissertation Universität Salzburg 1975, S. 165–167.

14/ ZPA der KPÖ, Referat von Johann Kopenig auf der erweiterten Präsidiumssitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 30.11.1945, S. 7; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der KPÖ am 27.11.1945, S. 2.

15/ Bericht von Edwin B. Howard, Subject: Intelligence Summary No. 27, 12.12.1945 [written 8.12.1945], in: Rathkolb, Oliver (Hg.): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration 1945 in englischer Originalfassung.

Wien, Köln, Graz: Böhlau Verlag 1985, S. 204–207, hier S. 206.

16/ Protokolle des Kabinettsrates 12. September 1945 bis 17. Dezember 1945, hg. von Gertrude Enderle-Burcel und Rudolf Jeřábek. Wien: Verlag Österreich 2003 (Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Bd. 3), S. 333.

17/ Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1955, S. 82. Vgl. dazu auch Leidenfrost, Josef: Die amerikanische Besatzungsmacht und der Wiederbeginn des politischen Lebens in Österreich 1944–1947. Dissertation Universität Wien 1986, S. 389–393; Wohnout, Helmut: Leopold Figl und das Jahr 1945. Von der Todeszelle auf den Ballhausplatz. St. Pölten, Salzburg, Wien: Residenz Verlag 2015, S. 157–187.

18/ Bericht von Edwin B. Howard, Subject: Intelligence Summary No. 27, 12.12.1945 [written 8.12.1945], in: Rathkolb (Hg.): Gesellschaft (wie Anm. 15), S. 204–207, hier S. 204.

19/ So Figl gegenüber Martin F. Herz am 27. November 1945 (Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: State Secretary Figl on the National Elections, 27.11.1945, in: Wagnleitner (Hg.): Understanding Austria (wie Anm. 3), S. 66–68, hier S. 67) und am 4. Dezember gegenüber Mitarbeitern des US-Geheimdienstes OSS (OSS-Report, Subject: Negotiations among Austrian Parties Regarding the New Cabinet, 4.12.1945, in: Rathkolb (Hg.): Gesellschaft (wie Anm. 15), S. 146–147, hier S. 146).

20/ The Secretary of State to the United States Political Adviser for Austrian Affairs (Erhardt), Washington, 4.12.1945, in: FRUS 1945 (wie Anm. 3), Vol. III, S. 674–675, hier S. 675.

21/ Kabinettsbildung schwierig, in: *Wiener Kurier*, 8.12.1945, S. 1.

22/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Referat von Johann Koplenig, S. 9.

23/ ZPA der KPÖ, Referat von Johann Koplenig auf der erweiterten Präsidiumssitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 30.11.1945, S. 8.

24/ Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Ernst Fischer's Position in Austrian Politics, 9.12.1945, in: Wagnleitner (Hg.): *Understanding Austria* (wie Anm. 3), S. 70–71, hier S. 70.

25/ Wagnleitner: *Wiedererrichtung* (wie Anm. 13), S. 167.

26/ Fischer, Ernst: *Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955*. Wien, München, Zürich: Molden 1973, S. 118. Auch an anderen Stellen, etwa bei der Schilderung der Gründe für die verhängnisvolle Unterbrechung der großen Streikbewegung im September und Oktober 1950, erweisen sich die Erinnerungen Fischers als wenig zuverlässig.

27/ Wohnout: Leopold Figl (wie Anm. 17), S. 163f.

28/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Referat von Johann Koplenig, S. 9.

29/ Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Negotiations for Formation of the Figl Cabinet, 6.12.1945, in: Wagnleitner (Hg.): *Understanding Austria* (wie

Anm. 3), S. 68–70, hier S. 69.

30/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der KPÖ am 3.12.1945; Schreiben von Johann Koplenig an Leopold Figl, 4.12.1945.

31/ Ruggenthaler, Peter: *Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945–1953/55*, in: Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955*. Beiträge. Graz, Wien, München: Oldenbourg Verlag 2005 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 4), S. 650–726, hier S. 665.

32/ OSS-Report, Subject: Negotiations among Austrian Parties Regarding the New Cabinet, 4.12.1945, in: Rathkolb (Hg.): *Gesellschaft* (wie Anm. 15), S. 146–147, hier S. 147; Bericht von Edwin B. Howard, Subject: Intelligence Summary No. 27, 12.12.1945 [written 8.12.1945], in: ebd., S. 204–207, hier S. 205.

33/ Vgl. Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Negotiations for Formation of the Figl Cabinet, 6.12.1945, in: Wagnleitner (Hg.): *Understanding Austria* (wie Anm. 3), S. 68–70, hier S. 69f.

34/ VGA, Nachlass Adolf Schärf, Box 20, Mappe 4/129, Besprechungen über die Bildung einer Konzentrationsregierung am 4., 5., 6., 7.12.1945, S. 3; Schärf: *Erneuerung* (wie Anm. 17), S. 83.

35/ Bericht von Edwin B. Howard, Subject: Intelligence Summary No. 27, 12.12.1945 [written 8.12.1945], in: Rathkolb (Hg.): *Gesellschaft* (wie Anm. 15), S. 204–207, hier S. 206.

36/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees der KPÖ am 8.12.1945.

37/ Niederösterreichisches Landesarchiv, Nachlass Leopold Figl, Schreiben an das Hauptquartier des Alliierten Rates, 8.12.1945, S. 2.

38/ So Ernst Fischer im Gespräch mit Martin F. Herz am 7. Dezember 1945 (Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Ernst Fischer's Position in Austrian Politics, 9.12.1945, in: Wagnleitner (Hg.): *Understanding Austria* (wie Anm. 3), S. 70–71, hier S. 70).

39/ ZPA der KPÖ, Nachlass Erwin Scharf, Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der SPÖ am 8.12.1945, S. 2.

40/ Parteikonferenz der KPÖ. Parteivorsitzender Koplenig zur politischen Lage – Mitarbeit am Aufbau Österreichs, in: *Österreichische Volksstimme*, 11.12.1945, S. 1–2, hier S. 2; KPÖ *beschließt Teilnahme an der Regierung*, in: *Österreichische Zeitung*, 11.12.1945, S. 2.

41/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Referat von Johann Koplenig, S. 9.

42/ Vgl. Österreichisches Literaturarchiv, 37/96, Nachlass Ernst Fischer, 37B/1127, Adolf Schärf an Ernst Fischer, 3.7.1946.

43/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Schlusswort von Johann Koplenig, S. 4.

44/ ZPA der KPÖ, Zentralkomitee der KPÖ an Leopold Figl, 10.12.1945.

45/ Die Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Österreichs, in: *Pressedienst des Zentralkomitees der KPÖ*, Nr. 26, 10.12.1945, S. 1.

46/ In Regierung und Gemeinde: Konzentration der Kräfte, in: *Wiener Kurier*, 10.12.1945, S. 1.

47/ Die Konzentrationsregierung Figl, in: *Neues Österreich*, 11.12.1945, S. 1.

48/ Aichinger, Wilfried: *Die Sowjetunion und Österreich 1945–1949*, in: Bischof, Günter/Leidenfrost, Josef (Hg.): *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949*. Innsbruck: Haymon-Verlag 1988 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 4), S. 275–292, hier S. 283.

49/ Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Ernst Fischer's reactions to the national elections, 26.11.1945, in: Wagnleitner (Hg.): *Understanding Austria* (wie Anm. 3), S. 65–66, hier S. 66.

50/ ZPA der KPÖ, Referat von Johann Koplenig auf der erweiterten Präsidiumssitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 30.11.1945, S. 8.

51/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Rede von Friedl Fűrberg, S. 4.

52/ Johann Koplenig und Friedl Fűrberg an J. W. Stalin, 18.12.1945 (wie Anm. 8), S. 237 und 239.

53/ Vor neuen Aufgaben, in: *Information*, Nr. 8, Mitte Dezember 1945, S. 1–7, hier S. 6.

54/ Zum Ergebnis der Wahlen. Beschluß des Präsidiums der Kommunistischen Partei Österreichs, in: *Österreichische Volksstimme*, 2.12.1945, S. 1.

55/ Stenographisches Protokoll. 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 21.12.1945, S. 31–34, hier S. 31; *Unserer Demokratie muß neue Kraft verliehen werden!* Programmatische Rede des Abgeordneten Ernst Fischer im Nationalrat, in: *Österreichische Volksstimme*, 22.12.1945, S. 1–2, hier S. 1.

56/ Fischer, Ernst: *Der Weg der Provisorischen Regierung*, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg. (1946), Nr. 1, S. 1–12, hier S. 11.

57/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Referat von Johann Koplenig, S. 4.

58/ Jagschitz, Gerhard: *Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung*, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): *Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), S. 367–416, hier S. 412.

Utopie

500 Jahre nach Thomas Morus' Utopia

Holger Wendt **500 Jahre Utopia – eine Würdigung mit ökonomischer Schlagseite** ★ Martin Küpper **Die Aufhebung der Utopie durch Ernst Bloch** ★ Thomas Metscher **Von der Notwendigkeit der Utopie in finsternen Zeiten** ★ Claudius Vellay **Warum der Marxismus keine Utopien verkündet** ★ Helga E. Hörz und Herbert Hörz **Ist der Transhumanismus eine Real-Utopie?** ★ Nina Hager **Verlorene Träume**



Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

Weitere Themen u. a.:

- Phillip Becher »Original kommunistische Revolutionäre« – Zum 85. Geburtstag von Willi Gerns | Hermann Klenner **Jürgen Kuczynski zu ehren** | Thomas Gebauer **Verblendung – Von Griechenland bis zur Entwicklungspolitik** | Klaus Wagener **Dieselgate bei VW** | Thomas Böhm **Krankenhaus-Strukturgesetz** | Norbert Heckl **Kongress einer kämpferischen Gewerkschaft** | Ferdinand Ostrowsky **Der neue Labour-Vorsitzende** | Heide Janicki **Verbot der Prostitution – ein Anachronismus** | Hans-Peter Brenner **Genosse Papst? Franziskus und die katholische Soziallehre(n)** | Ekkehard Lieberam **Errungenschaften und Defizite der DDR**

Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201-23 67 57

www.marxistische-blaetter.de

Aurelia und Franz Mikusch

Bei den slowenischen Partisanen und im Ersten Österreichischen Bataillon

HEIMO HALBRAINER

Am 9. Mai 1945 schrieb der Grazer Franz Mikusch in sein Tagebuch: „Heute früh Abmarsch gegen Laibach. Wir marschieren in das befreite Laibach ein, von wo sich der Feind gegen Kärnten zurückgezogen hat. Ein ungeheurer Jubel der Bevölkerung empfängt uns. Zigaretten, Blumen, Begeisterung, Jubelrufe, weinende Männer und Frauen. Wo wir als Österreicher erkannt werden, werden wir herzlich begrüßt. Unbeschreibliche Gefühle erfüllen mich. Wie wird es erst daheim werden!“¹ Dass es zu Hause anders sein wird, sollte Franz Mikusch bald schon merken. Mit seine Frau Aurelia passierte er am 27. Mai 1945 die österreichische Grenze bei Spielfeld, von wo sie über Leibnitz nach Feldbach marschierten und von dort nach Wien fuhren, wo sie im Rahmen der *Österreichischen Bataillone* am 17. Juni am Wiener Ring aufmarschierten.

Vorgeschichte in Graz, Bad Gleichenberg und Laško

Im Jahr 1942 begegneten sich der 1908 geborene Franz Mikusch und die 1914 geborene Aurelia Kovačić in Graz bei der *Landesversicherungsanstalt für Steiermark und Kärnten*, wo Franz Mikusch nach der Matura als Beamter Arbeit gefunden hatte. Aurelia stammte aus Celje (Cilli) in Slowenien, das nach dem Ersten Weltkrieg zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) gehörte. Nach dem Besuch der Schule arbeitete die Tochter eines Lehrerehepaars als Röntgenassistentin zunächst in der Krankenkasse in Celje und ab April 1941 in Maribor (Marburg), wo sie auch den Einmarsch der Deutschen Wehrmacht miterlebte. Ihr Vater wurde bald danach im Zuge der Aussiedlung der Slowenen am 19. Juli 1941 verhaftet und im Dezember 1941 ins KZ Auschwitz deportiert, wo er am 6. März 1942 starb.² Zu der Zeit kam Aurelia nach Graz, wo sie Franz Mikusch kennen lernte.

Im November 1942 wurde Franz Mikusch zur Wehrmacht eingezogen und nach einer Ausbildung im Rahmen einer Gebirgs-Sanitäts-Ersatz-Abteilung nach Norwegen an die Eismeerfront abkommandiert. Als im Mai 1943 seine Mutter starb, erhielt er Heimaturlaub. Als er in Graz angekommen war, war seine Mut-

ter längst beerdigt. Er nützte seinen Heimaturlaub aber, Aurelia zu heiraten, was nicht so einfach war, da sie seitens der Nationalsozialisten als „Schutzangehörige des Deutschen Reiches“ eingestuft war³ und nur eingeschränkte staatsbürgerliche Rechte besaß.⁴

Knapp bevor Franz Mikusch wieder an die Front zurückkehren sollte, begab er sich wegen Gelenkschmerzen in ärztliche Behandlung und wurde so ins Reservelazarett Bad Gleichenberg eingeliefert. Nach der Behandlung wurde er aber nicht als „geheilt“ entlassen, sondern blieb weiter als Patient in Bad Gleichenberg. Der Grund war, dass das Lazarett nach dem Verschwinden der Sekretärin des Chefarztes keinen Ersatz für sie erhielt. So wurde der Patient Franz Mikusch auf Grund seiner medizinischen sowie stenografischen und Maschinschreibkenntnisse ihr Nachfolger. Er hat dies später so zusammengefasst: „Wenn General *Unruh* oder auch *Soldatenklau* genannt (eine Kommission von etwa drei Offizieren, die die Aufgabe hatten, die Lazarette zu durchkämen und auch noch nicht ganz gesunde Soldaten zu den Ersatzabteilungen zu entlassen) im Anflug war, ergriff ich die Flucht. Ich nahm mein Krankenblatt, löschte meinen Namen auf der Tafel über meinem Bett und verschwand auf die Dauer der Anwesenheit des Generals *Unruh*.“⁵

In dieser Zeit knüpfte Franz Mikusch, der seit 1934 Mitglied der KPÖ war, Verbindungen zu seinen Genossen in Graz, wobei er sich regelmäßig mit Gottfried Mitterböck⁶ traf, der nach dem Ersten Weltkrieg Soldatenrat in St. Marein im Müürztal war und Kontakte nach Kapfenberg hatte. Gleichzeitig stellte Aurelia Mikusch, die seit März 1943 in der Rheumastation in Laško (Tüffer) arbeitete, Verbindungen mit slowenischen Partisanen her, denen sie u.a. Verbandsmaterial und Medikamente zukommen ließ. In der Rheumastation traf sie im Herbst 1943 auch den Kapfenberger Böhler-Arbeiter Franz Büschinger, der nach den wiederholten Verhaftungen in Kapfenberg im Winter 1942/43 gemeinsam mit Otto und Frieda Hauberger sowie Maximilian Haitzmann, Eduard Hanke und Anton König erneut eine kommunistische Widerstandsorganisation aufzubauen

begonnen hatte.⁷ Büschinger traf sich in Laško auch mit Ing. Milan Zagrajsek, einem Verbindungsmann zu den Partisanen, der in der Folge auch zu Besprechungen nach Kapfenberg kam. Dabei wurde u.a. vereinbart, einen Kurierdienst aufzubauen, Sanitätsmaterial zu liefern und Personen, die in Kapfenberg untertauchen mussten, zu den Partisanen zu bringen. Kontaktpersonen zwischen Laško und Kapfenberg waren Franz und Aurelia Mikusch, wobei die Wohnung von Franz Mikusch in Graz eine Anlaufstelle sein sollte.⁸ So brachte Büschinger Mitte Jänner 1944 eine gefährdete russische Studentin, die als Ostarbeiterin bei den Böhler-Werken gearbeitet hatte, zu den Partisanen nach Loka (Laak). Mitte März 1944 begleitete Frieda Hauberger die beiden Kapfenberger Otto Gleisler und Albert Freund zu den Partisanen und nahm auf dem Rückweg Sprengstoff mit, mit dem auf der Strecke zwischen Kindberg und Kapfenberg die Schienenanlage gesprengt wurde.⁹

Als der Anschlag erfolgte, war die Gestapo über die Aktivitäten der Kapfenberger bereits bestens informiert. Ende des Jahres 1943 hatte sich ihnen nämlich ein Mann angeschlossen, der sich „Erich Ritter“ nannte, in Wirklichkeit aber Hubert Moretti, ein V-Mann der Gestapo, war.¹⁰ Dieser arrangierte im Auftrag der Gestapo am 26. März 1944 im Hotel „Ungarischer Hof“ in Wien ein Treffen zwischen Büschinger, Haitzmann und Hauberger und angeblichen Vertretern des Zentralkomitees der KPÖ, das aber in Wirklichkeit aus Gestapoleuten bestand. Haitzmann berichtete bei dieser Besprechung mit dem angeblichen Zentralkomitee der KPÖ über die Verbindungen zu den Partisanen, mit denen er sich nochmals am 1. April 1944 in Laak traf und diese über die Wiener Besprechung unterrichtete.¹¹

Nachdem der Gestapo alle Kontakte bekannt waren, schlug sie drei Wochen später am 20. April 1944 zu und verhaftete zunächst die Mitglieder der Widerstandsgruppe in Kapfenberg. Otto Hauberger widersetzte sich der Festnahme und wurde beim Fluchtversuch angeschossen. Am 6. Mai 1944 soll er in Gestapohaft Selbstmord begangen haben. Gegen die anderen wurde am 28. November 1944 vom Senat für Hoch- und



Partisanenzeitung „Goriški borec“ der Gradnikova Brigade der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee.

Landesverrat des Oberlandesgerichts in Graz ein Verfahren „wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung und anderer strafbarer Handlungen“ geführt, bei dem Maximilian Haitzmann, Franz Büschinger und Frieda Hauberger zum Tode verurteilt wurden. Vier weitere Mitglieder der Organisation wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Im Urteil heißt es: „Sie haben sich in der Zeit von 1942 bis März 1944 in den Dienst der kommunistischen Partei und der slowenischen Banden gestellt, denen Maximilian Haitzmann und Siegfriede Hauberger auch Leute zugeführt haben, und sich dadurch der Vorbereitung zum Hochverrat und der Feindbegünstigung schuldig gemacht.“¹²

Fünf Tage nach dem Treffen mit Büschinger und Hauberger in seiner Wohnung in Graz schrieb Franz Mikusch am 10. März 1944 in sein Tagebuch, dass ihn Mitterböck gewarnt habe, „dass die Sache mit dem Büschinger faul ist.“¹³ Mitterböck war über seinen Bruder in Kapfenberg von einem Angehörigen der Kapfenberger Sicherheitspolizei gewarnt worden, dass sich in der Organisation ein Spitzel befinde; eine Warnung, die die Kapfenberger nicht ernst nahmen. Sehr ernst nahm es Franz Mikusch, der, nachdem er nach Bad Gleichenberg zurückgekehrt war, umgehend mit den Vorbereitungen für sein Untertauchen begann. Zunächst ließ er seine Frau aus Lasko nach Feldbach kommen und gemeinsam beschlossen sie, nach Slowenien zu fahren und dort zu den slowenischen Partisanen überzulaufen, was für einen offiziell im Krankenrevier befindlichen Soldaten nicht so ohne weiteres möglich war. Während Aurelia bereits am 20. März

nach Lasko zurückfuhr, gelang es Franz erst am 23. März zu folgen, nachdem er einen Kururlaubsschein zum Besuch seiner angeblich kranken Frau erhalten hatte. In Lasko traf er auf Hauberger, Büschinger und Haitzmann, die zu einem Treffen mit Vertretern der Partisanen nach Kranj (Krainburg) unterwegs waren. Gemeinsam fuhren sie mit dem Zug nach Škofja Loka (Bischofslak), wo Franz und Aurelia Mikusch einen Verbindungsmann der Partisanen treffen sollten. Nachdem sie in die Wohnung des Schneiders Berčič, den Aurelia in der Rheumastation in Lasko kennen gelernt hatte, gekommen waren, entledigte sich Franz seiner Uniform, „Zivilkleider hatte ich in meinem Rucksack mitgebracht. Mit der Uniform, die ich ausgezogen hatte, war ich aus der faschistischen Wehrmacht formlos ausgetreten, Hitler hatte einen Soldaten weniger, seine Feinde einen Kämpfer mehr“, schrieb er später.¹⁴

Bei den slowenischen Partisanen

Franz und Aurelia Mikusch kamen nach mehrtägigem Marsch zur *Gradnikova Brigade* der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee, wo sie vorerst unter Beobachtung standen, was Franz Mikusch als lähmend empfand. In seinem Tagebuch vermerkte er, dass „wir eigentlich nur mitwandern, da für uns zu wenig Beschäftigung ist. [...] Ich bedauere immer wieder, nicht slowenisch zu können. So kann ich nichts lesen, fast mit niemanden sprechen und sitze oft, wenn wir nicht am Marsch sind, wie ein Taubstummer den ganzen Tag herum. Diese Untätigkeit ist auch qualvoll.“¹⁵

Am 4. Mai 1944 wurden beide der XXXI. Division der Volksbefreiungsarmee zugeteilt, wobei beide zunächst als Sanitäter ins „bewegliche Spital“ der Division kamen, und Franz sein erstes Flugblatt verfasste, das sich an deutsche Soldaten richtete. Darin hieß es: „Denkt daran, dass Ihr heute noch gegen die Sieger von morgen kämpft! Darum Kameraden, folgt dem Beispiel vieler Österreicher und kommt zu den Partisanen!“¹⁶ Franz schrieb zudem für die Partisanenzeitung *Goriški borec* einen Beitrag mit dem Titel „Avstrijec med slovenskimi partizani“.¹⁷

In langen Märschen und nach zahlreichen Kämpfen gelangten beide in den Reihen der XXXI. Division in das rund 50 km südlich von Ljubljana gelegene Notranjska, wo sie am 20. August im Schloss Schneeberg (Snežnik) einquartiert wurden. Dort setzte sich Aurelia Mikusch dafür ein, dass sie weiter in das

bereits befreite Gebiet nach Črnomelj (Tschernembl) marschieren dürften. Nach drei Wochen im befreiten Gebiet kehrten sie am 11. September wieder nach Notranjska zurück, wo Aurelia zunächst im Schloss und später in der Gegend um Prezid in einem Partisanen-Kinderheim arbeitete, während Franz Mikusch der Propagandaabteilung zugeteilt wurde und wieder ein Flugblatt verfasste, das sich an die „Soldaten aus Österreich, Kameraden!“ richtete. Darin rief er dazu auf, dass sie sich nicht mehr „bis zum letzten Mann für Hitler, Himmler und die SS abschlachten lassen und mit dem geschlagenen Faschismus untergehen“ und stattdessen zu den Partisanen kommen sollten. „Ihr begeht dadurch keinen Verrat, sondern Ihr tut Eure Pflicht als Österreicher und Antifaschisten und legitimiert Euch dadurch für die Nachkriegszeit als Demokraten. [...] Kameraden aus Österreich! Geht diesen Weg, den auch wir schon vor Euch gegangen sind! Kommt, ehe es zu spät ist!“¹⁸

Mitte Oktober wurde Franz schließlich der kämpfenden Truppe zugeteilt, ehe er Ende Dezember 1944 auf Grund chronischen Gelenksrheumatismus' ins Hinterland zurückgestellt wurde, da er – wie es in einem Gutachten heißt, „für einen Zeitraum von sechs Monaten zum operativen Dienst ungeeignet“ sei.¹⁹ Daher wirkte er wieder in der Propagandaabteilung und fertigte große Transparente an, ehe er und Aurelia Mitte Jänner 1945 über Kuželj (Kostel) nach Črnomelj weiter zum *Österreichischen Bataillon* führen. Von dort wurde er aber auf Grund seines schlechten Gesundheitszustands wieder zur XV. Division der Volksbefreiungsarmee zurückgeschickt. Auch Aurelia kehrte mit ihm zurück und wirkte in der Folge als Sanitäterin in der Chirurgischen Abteilung. Am 13. März wurde Franz Mikusch erneut zum *Österreichischen Bataillon* einberufen, wo er als Sanitäter tätig wurde und – nachdem er von der Kommunistischen Partei Sloweniens, in die er Ende Juli 1944 aufgenommen worden war, in die KPÖ überstellt worden war – gleichzeitig dem politischen Kommissar bei der Arbeit helfen sollte. Am 24. April 1945 wurde schließlich auch Aurelia Mikusch als einzige Frau in das 152 Personen umfassende Österreichische Bataillon überstellt.

Im Ersten Österreichischen Freiheitsbataillon

Der Gründung des ersten von insgesamt fünf *Österreichischen Bataillonen* in Jugoslawien ging eine Besprechung

einer jugoslawischen Militärkommission mit der im Moskauer Exil befindlichen Führung der KPÖ im Mai 1944 voraus, bei der beschlossen wurde, in Jugoslawien österreichische Partisaneneinheiten aufzustellen. Zwischen August bis Oktober 1944 wurden von der sowjetischen Luftwaffe über zwanzig österreichische Freiwillige nach Slowenien ausgeflogen, die mit der Aufstellung eines Bataillons begannen. Dabei wurden zum einen jene Österreicher ins Bataillon überstellt, die schon längere Zeit bei den slowenischen Partisanen kämpften, und zum anderen wurde versucht, österreichische Kriegsgefangene anzuwerben. Nachdem sich über 120 Kämpfer, darunter 63 Kriegsgefangene, dem Bataillon angeschlossen hatten – bis zur Befreiung sollten über 150 Kämpfer dem *Ersten Österreichischen Bataillon* angehören –, wurde ein sechs Personen umfassendes Komitee gebildet, das am 18. November 1944 einen Brief an den Hauptstab der Jugoslawischen Volksarmee schrieb, in dem es heißt: „Österreichische Kriegsgefangene, freiwillig auf die Seite der Volksarmee Sloweniens übergetretene Soldaten und Freiheitskämpfer aus Österreich haben uns beauftragt, an Sie mit der Bitte heranzutreten, im Rahmen der Volksarmee Sloweniens eine österreichische Einheit zu formieren. [...] Unter uns befinden sich Anhänger verschiedener Parteirichtungen – Arbeiter, Angestellte, Bauern, Bürger und Intellektuelle –, die alle durch den Willen geeint sind, den gemeinsamen Kampf für ein freies, unabhängiges und demokratisches Österreich im Sinne der Beschlüsse der Moskauer Konferenz der drei verbündeten Großmächte zu führen.“²⁰

Anfang Jänner 1945 wurde das Bataillon, das zunächst eine selbständige militärische Einheit war, ehe es in die XV. Division eingliedert und am 24. Jänner 1945 zum 4. Bataillon der *Cankar-Brigade* wurde, in die Suha krajina – ein Gebiet im nordöstlichen Teil der Unterkrain (Dolenjska) – in Marsch gesetzt. Franz Mikusch kam zum Bataillon, als es die Flanke bei der Erstürmung von Žužemberk (Seisenberg) sichern musste. In sein Tagebuch schrieb er: „9.4.) In der Nacht marschieren wir in Stellung zu einer großen Aktion, an der viele Brigaden teilnehmen. Das Ziel ist die Vernichtung verschiedener deutscher Stützpunkte, um dann Žužemberk auszuheben. Vor einigen Tagen wurde bereits ein solcher Stützpunkt liquidiert und heute geht es gegen den letzten vor Žužemberk. [...] 10.4.) Den ganzen Tag auf allen Ab-

schnitten Kämpfe. Das geht mit der Zeit fürchterlich auf die Nerven. Ich hoffe aber, dass wir gut aus der Scheißgasse herauskommen. Das Wetter ist herrlich, die Natur erwacht, alles blüht so herrlich. Wie schön wäre es, wenn doch Frieden wäre. Ob ich nochmals das Glück haben werde, mit meiner Zlata [Aurelia] einmal friedlich zusammenzuleben? Manches Mal muss ich zweifeln.“

Während Franz bei den Kämpfen um Žužemberk zwischen dem 9. und 13. April 1945 fast verzweifelte, kam mit dem Rückzug des Bataillons aus dem Kampfgebiet und der Verlegung nach Kocevje (Gottschee) wieder Hoffnung auf. Zum einen, da er seiner Frau wieder begegnete, die Ende April auch Mitglied des Bataillons wurde, und zum anderen, da sie bei Kocevje eine Stellung der Deutschen nach der anderen eroberten. In sein Tagebuch vermerkte er am 4. Mai zu den Kämpfen der Vortage: „Es folgten Tage schwerster Märsche, Tag und Nacht, wenig Essen, meist nur einmal am Tag. Entweder sind wir am Marsch oder in Stellung. In die Kämpfe greifen wir aber nicht direkt ein, wir sichern meist nur. Auf diesem Vormarsch fällt ein deutscher Stützpunkt nach dem anderen und wir können dem fliehenden Feind kaum folgen. Nach Gottschee fällt Ribnica u.s.w. und wir kommen bis vor Laibach.“

Nachdem sie am 9. Mai in Ljubljana einmarschiert waren, fuhren die Angehörigen des *Österreichischen Bataillons* weiter. In Cilli trafen sie kurz die Mutter von Aurelia, ehe es weiter Richtung österreichische Grenze ging: „13.5.) Unterwegs sehen wir längs der Straßen unzählige Autos, Kriegsmaterial, alles was sich der Mensch nur vorstellen kann. Pferdeleichen, auch vereinzelt menschliche Leichen. Nicht nur die Straßen, auch neben den Straßen sieht man neue Wege in breiter Front links und rechts, wo viele Kolonnen nebeneinander marschieren und die Felder zusammengetreten haben – ein Bild des Zusammenbruchs.“



Franz und Aurelia Mikusch in Partisanenuniformen.

Am 27. Mai 1945 passierten Aurelia und Franz Mikusch im Rahmen des *Ersten Österreichischen Bataillons* die österreichische Grenze bei Spielfeld und marschierten nach Feldbach, wo sie am 29. Mai ankamen und von den Sowjets in einem Lager untergebracht wurden und wo sie „im Freien, ohne Dach, auf einer verlausten und dreckigen Wiese warten, bis wir endlich abmarschieren können“. Auf Güterwägen fuhren sie schließlich nach Wien. Nachdem sie im Rahmen der *Österreichischen Bataillone* am 17. Juni 1945 am „Tag der Volkssolidarität“ auf der Ringstraße aufmarschiert waren, kehrten Franz und Aurelia Mikusch am 3. Juli 1945 nach Graz zurück, wo in den Jahren 1946 und 1948 ihre Kinder geboren wurden.

Aurelia Mikusch arbeitete in der Folge in Graz bis zu ihrer Pensionierung bei der *Steirischen Gebietskrankenkasse* als Röntgenassistentin, Franz als Sachbearbeiter bei der *Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaus*. Am 3. November 1978 wurde Aurelia von der jugoslawischen Regierung und Franz und Aurelia am 21. Juli 1983 vom österreichischen Bundespräsidenten für die Verdienste um die Befreiung vom Nationalsozialismus geehrt.²¹ Franz starb fünf Tage vor seinem 88. Geburtstag am 21. Juni 1996, Aurelia am 9. Februar 2004 in Graz.

Anmerkungen:

1/ Franz Mikusch: Tagebuch vom 5.3.1943 bis 24.7.1945. Stenografische Originaleintragen in einem Kalender. Von Franz Mikusch handschriftlich transkribiert. Sammlung Heimo Halbrainer (Nachlass Mikusch). Biografische Angaben zu Franz und Aurelia Mikusch stammen aus diversen Urkunden, Briefen und Texten, die sich im Nachlass Mikusch befinden. Weitere Informationen stammen aus einem Gespräch von Ernest Kaltenegger mit beiden vom 19. und 28.4.1988. Ich bedanke mich herzlich bei ihm für die DVD dieser Gespräche.

2/ Sterbeurkunde aus Auschwitz für Otto Kovacic, 8.5.1942.

3/ Schreiben des Steirischen Heimatbundes Marburg an Aurelia Kovacic, o.D.

4/ Reichsgesetzblatt I, 1941, Nr. 120, S. 648–649: Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung über den Erwerb der Staatsangehörigkeit in den besetzten slowenischen Gebieten vom 24.10.1941, in: Tone Ferenc (Hg.): Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik in Slowenien 1941–1945. Viri o nacistični reznarodovni politiki v Sloveniji 1941–1945. Maribor 1980, Dok. 153; Bericht der Dienststelle des Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in den besetzten Gebieten Kärntens und Krains über die Regelung der Staatsangehörigkeit vom 2.11.1942, in: ebd., Dok. 274 (Internet-Edition des Buches unter <http://www.karawankengrenze.at>). Monika Stromberger: „Wenn Sie wollen, lasse ich mich jetzt einschreiben, wenn es gerade so sein muss!“ Einige Aspekte nationalsozialistischer Herrschaftsausübung und Alltag am Beispiel des angegliederten Gebietes Untersteiermark 1941–1945, in: Heimo Halbrainer/Gerald Lamprecht/Ursula Mindler (Hg.): NS-Herrschaft in der Steiermark. Positionen und Diskurse. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2012, S. 141–162, hier S. 149f.

5/ Franz Mikusch: Mein Weg zu den jugoslawischen Partisanen. Unveröffentlichtes Manuskript, Graz 1979, S. 3.

6/ Erwin Mairamhof: Landeskonferenzen der KPÖ Steiermark 1946–1976. Unveröffentlichtes Manuskript, S. 19; Das Porträt der Woche: Gottfried Mitterböck, in: *Wahrheit*, 2.12.1945.

7/ OJS 89/44: Urteil des Oberlandesgerichts Graz gegen Maximilian Haitzmann u.a., 28.11.1944. Allgemein zu dieser Widerstandsgruppe in Kapfenberg: Heimo Halbrainer: „Sei nicht böse, dass ich im Kerker sterben muss.“ Die Opfer der NS-Justiz in Graz 1938 bis 1945. Ein Gedenkbuch. Graz: Clio 2014, S. 164–166.

8/ Mikusch: Mein Weg, S. 4.

9/ OJS 89/44: Urteil des Oberlandesgerichts Graz gegen Maximilian Haitzmann u.a., 28.11.1944.

10/ StLA, LG Graz, Vr 6890/47. Vom Volksgericht Graz wurde Hubert Moretti am

4.11.1948 wegen Denunziation von Widerstandskämpfern zu fünf Jahren schwerem Kerker verurteilt.

11/ OJS 89/44: Urteil des Oberlandesgerichts Graz gegen Maximilian Haitzmann u.a. 12/ Ebd.

13/ Tagebuch von Franz Mikusch.

14/ Mikusch: Mein Weg, S. 12f.

15/ Tagebuch von Franz Mikusch.

16/ Flugblatt: „Kameraden Österreicher“.

17/ F. Mikuš: Avstrijec med slovenskimi partizani. [Als Österreicher unter slowenischen Partisanen], in: *Goriški borec*, 15.5.1944, S. 8–9.

18/ Flugblatt: „Soldaten aus Österreich, Kameraden!“

19/ Komanda Notranjs. voj. področja, 29.12.1944: Charakteristika Mikuš Franc.

20/ Zit. nach Friedl Fürnberg: Österreichische Freiheitsbataillone. Österreichische Nation. Wien: Globus-Verlag 1975, S. 12–14. Ausführlich zum 1. Österreichischen Bataillon siehe auch: Willibald Ingo Holzer: Die Österreichischen Bataillone im Verbands der NOV i POJ. Die Kampfgruppe Avantgarde/Steiermark. Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz. Die Kommunistische Partei Österreichs im militanten politischen Widerstand, 2 Bände. Dissertation Universität Wien 1971; Boris Butina: Das I. Österreichische Bataillon. Unveröffentlichtes Manuskript; DÖW 1, Tagebuch des I. Österreichischen Bataillons vom 18.1.1945 bis zur Ankunft in Wien, 7.6.1945.

21/ Urkunden und Ehrenzeichen. Nachlass Mikusch.

„Young Austria“ kehrt nach London zurück

Young Austria war jene Jugendorganisation, die die jungen Österreicherinnen und Österreicher, die vor dem Naziregime flüchten mussten, in Großbritannien sammelte und organisierte. Sonja Frank, die Enkelin von Ludwig und Fanni Grossmann, die beide Mitglieder von *Young Austria* waren, hat in jahrelangen Recherchen zahlreiche Biographien und Familiengeschichten dieser Generation von Mitgliedern und AktivistInnen von *Young Austria* zusammengestellt. Das Buch darüber ist bereits in zweiter Auflage erschienen.

Nun ist es gelungen, auch eine englischsprachige Fassung im *Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft* herauszubringen, die im November in London zunächst im *Austrian Cultural Forum* und ein paar Tage später in Verbindung mit einer Ausstellung in der *London School of Economics (LSE)* vorgestellt und präsentiert wurde. Der prominente Platz in der Atrium Gallery der LSE im Zentrum Londons wird den Studierenden der berühmten Universität einen Monat lang die Gelegenheit geben, diesen wichtigen Teil des antifaschistischen Widerstands, über den in der britischen Öffentlichkeit kaum etwas bekannt ist, kennen zu lernen. Ein Bezug zur LSE ergibt sich auch dadurch, dass mit Theodor „Teddy“ Prager ein prominentes *Young Austria*-Mitglied an der LSE studierte.



Ein zweiter Anlass für die Veranstaltung am 16. November in der LSE war die Enthüllung einer Gedenktafel für das *Austrian Centre*, dem Zentrum der österreichischen Emigration in London, dem *Young Austria* angehörte. Der österreichische Botschafter in London Dr. Martin Eichtinger nahm an der Präsentation teil und würdigte in einer Ansprache die Rolle des *Austrian Centre* für den Kampf um die Befreiung Österreichs. Die Tafel verweist auf das Haus des *Austrian Centre*, das von März 1939 bis Jänner 1947 bestand und „tausende Flüchtlinge in Großbritannien unterstützte und für ein freies und demokratisches Österreich wirkte“. Das Gebäude in Westbourne Terrace bei Paddington, wo das *Austrian Centre* seinen Sitz hatte, wird derzeit noch renoviert, sodass die Tafel erst im Laufe des Frühjahrs 2016 angebracht werden kann.

MICHAEL GRABER

Die Last des jüngst Vergangenen (III)

Das Ende des Zweiten Weltkriegs in der österreichischen Literatur

HELMUT RIZY

Franz Theodor Csokors Befürchtung von 1933, wonach er Gefahr laufe, emigrieren zu müssen, „falls der braune Zauber auch bei uns einmal Fuß fassen sollte“,¹ wurde 1938 schlagende Wirklichkeit. Csokor flüchtete erst nach Polen, von dort nach Rumänien, weiter nach Jugoslawien und wurde schließlich 1943 von Partisanen auf einem Segelschiff nach Bari im befreiten Italien gebracht. Dort arbeitete er ab 1944 für die BBC und kehrte schließlich 1946 in britischer Uniform nach Österreich zurück. Diese Jahre spiegeln sich in seinem Werk in unterschiedlicher Form wider. So schrieb er die Tragödie „Der verlorene Sohn“, die 1946 im Burgtheater uraufgeführt wurde. Darin geht es um den jugoslawischen Partisanenkampf. 1947 erschienen seine Erinnerungen „Als Zivilist im Balkankrieg“ und 1955 „Auf fremden Straßen, 1938 – 1945“. Auf besondere Weise verarbeitete er aber die jüngste Vergangenheit im ebenfalls 1955 veröffentlichten historischen Roman „Der Schlüssel zum Abgrund“, den er im Untertitel „Roman einer Zeit“ nannte.

Csokor griff darin ein Thema wieder auf, das er schon 1933 in seinem Stück „Der tausendjährige Traum“ behandelt hatte: die Geschichte der Wiedertäufer in der deutschen Stadt Münster 1533 bis 1536. Der Theaterwissenschaftler Wolfgang Greisenegger meinte in seinem Beitrag zum Franz-Theodor-Csokor-Symposium 1994, der Autor habe wohl gefühlt, dass die Geschichte sein Drama überholt habe. Und er nannte den Roman einen Spiegel für die jüngst durchlittene Vergangenheit, etwa in der „unheilvollen Allianz von Ideologie und Kapital“.²

Eine deutliche Parallele zu dieser wird etwa in den Bücherverbrennungen deutlich, wenn es da heißt: „Durch das tödliche Schweigen zwischen den beiden quoll vom Markt herauf das Prasseln und Knistern der Flammen des Bücherbrandes, das zuweilen Gebrüll überschwemmte.“³ Gebrüll auch an anderer Stelle: „Eine Taufe! Ein Glaube! Ein König! wiederholten sie abgehackt, immer schneller und schneller, es klang wie ein Sturmruf. Ekel würgte ihn, Grauen.“⁴ Den Rektor Heinrich Graes, den hier das Grauen befällt, hätte dieses wohl auch

beim Skandieren von „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ befallen.

Csokor, der schon in den Jahren vor 1938 miterlebt hatte, welche üble politische Rolle eine ganze Reihe von Schriftstellerkolleginnen und -kollegen spielten, und der vor allem wegen seiner über die Jahre gezeigten antifaschistischen Haltung 1947 zum ersten Präsidenten des neugegründeten österreichischen PEN gewählt worden war, bringt deshalb auch immer wieder die Verantwortung von Autorinnen und Autoren zum Ausdruck. In einer Diskussion zwischen Dichtern in der Stadt Leyden, aus der ja der Wiedertäufer-König Jan Bockelson stammte, stellt einer von ihnen fest: „Nun, in diesem verlästerten Münster findet jedermann seinen Verleger, wenn er nur so dichtet und philosophiert, wie es in dem neuen Reich Zion verlangt wird. Und dir, Hubert, der du so vielen Herren schon dienstest, dir fällt es gewiß nicht zu schwer, auch für die dort die passende Tonart zu treffen?“⁵ Und kurz darauf: „Verlocke uns nicht“, fiel ihm Lukas ins Wort; „weder von den Anabaptisten in Münster noch durch die Regentin in Brüssel lassen wir uns befehlen, was uns zu denken und schreiben beliebt!“ / „So wenig wie ich“, beteuerte Hubert, „meine Flugblätter, auf die du hinzielst, hat mir mein Herz in die Feder diktiert!“

Lukas' Lachen dröhnte: „Willem, hör dir das an! Herz – nennt der den Klingelbeutel aus Fleisch, mit dem er absammeln geht!“ Warnend hob er den Finger gegen den Erbosten: „Hubert, die Wahrheit bar auf den Tisch! Wieviel zahlte dir unser Synedrium aus? Neunundzwanzig Reichstaler, hoffe ich nur! Noch einer darüber wäre blasphemisch; soviel kostete unser Erlöser...“⁶

Mahnung

Auch den Lyriker Wilhelm Szabo beschäftigte dieses Thema. Deutlich auf den Kollegen Josef Weinheber gemünzt ist das Gedicht „An einen toten Dichter“, das er 1947 im Gedichtband „Das Unbefehligte“ veröffentlichte. Darin stellt er fest: *Er doch, bedürftiger Gumpelmann, Reifenspringer des Worts, Jokulator des Jahrmarkts, tauscht armseliges Gut, ihm lässig gereicht, gegen Ehre des Lieds.*

Er, ach, Tellerschlecker der Macht, er münzt um der Brosamen willen vom Tische der Hohen Zu Medaillen des Lobs das unveräußerliche, das Gold seiner Gabe.⁷

Wilhelm Szabo, 1901 in Wien geboren, wuchs bei kleinbäuerlichen Zieheltern im Waldviertel auf und lernte dort früh das ärmliche Leben vieler Dorfbewohner kennen. Er machte zuerst eine Lehre als Tischler, besuchte dann aber die Lehrerbildungsanstalt und wurde Lehrer im oberen Waldviertel. 1937 heiratete er Valerie Gans, Tochter einer angesehenen jüdischen Familie. 1939 wurde Szabo „aus politischen Gründen“ aus dem Schuldienst entlassen und arbeitete in der Folge als Holzfäller, als Organist im Stift Zwettl, in dem seine Gattin Schutz vor Verfolgung fand, sowie als Lektor beim Karl Alber Verlag in München. Erst nach der Befreiung Österreichs wurde er wieder als Lehrer eingestellt und war schließlich Schuldirektor in Weitra.

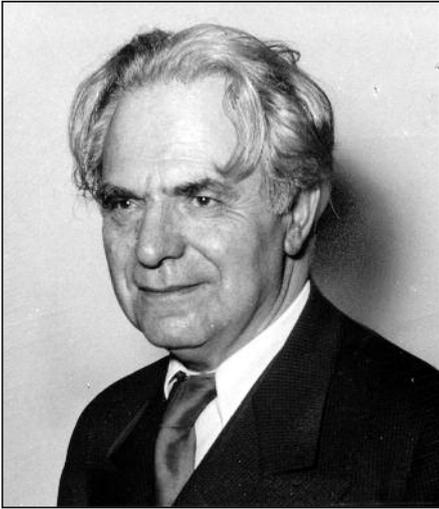
Szabo wurde gern als „Heimatchdichter“ bezeichnet, doch sah er die Heimat in einem ganz anderen Licht als jene, die sich unter dieser Bezeichnung sonnten. Da ist keine verklärte Idylle, schon gar kein Blut- und Boden-Geschwafel, vielmehr zeigt er deutlich die Widersprüche auf. Entscheidend ist für Szabo aber auch die Frage, wie sehr sich die Menschen im wiedererstandenen Österreich um die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit herumdrückten:

Mahnung

Sprecht nicht von Wende, weil ihr die Embleme wechselt, weil ihr durch Gossen die entthronten Wappen schleift, und Umkehr meint nicht, weil man neu die Worte drechselt, die als sein Kleingeld rasch der Tag ergreift!

Nicht Aufbruch wird, nicht Beßrung schon geschehen, weil ihr die Farben eurer Fahnen tauscht, kein Wunder wirkt es und kein Auferstehen, daß auf dem Platz nicht mehr das Fest des Gegners rauscht.

Der Wechsel schafft euch um kaum an den Rändern.



Franz Theodor Csokor (1885–1969)

*Breit setzt sich Wahn an alten Wahnes Statt,
und schuldig bleibt ihr, klein euch dort zu
ändern,
wo Änderung ihren tiefen Ursprung hat.*

*Ging denn in einem nur von uns zur Rüste
der alte Adam, Dünkel, Habsucht, Neid?
Schon Wandel wärs. Und näher dämmerte
die Küste,
die unerreichbar ferne wahrer Mensch-
lichkeit.⁸*

Schweigen

Auch Hans Lebert verbrachte die Kriegsjahre nicht an der Front, obwohl er einen Einberufungsbefehl zur deutschen Wehrmacht erhalten hatte – diesen allerdings missachtete. 1941 deshalb wegen Wehrkraftersetzung angeklagt, entging er einer Verurteilung nur durch das Simulieren einer Nervenkrankheit. Aus der Nervenheilanstalt entlassen, zog er sich in die Villa im steirischen Trahütten zurück, in der schon sein Onkel Alban Berg seinerzeit die Oper „Wozzeck“ geschrieben hatte. Und dort unterstützte Lebert auch nach Möglichkeit steirische Widerstandskämpfer.

1919 in Wien geboren, fühlte er sich ursprünglich zum Sänger berufen, erhielt Gesangsbildung und spezialisierte sich auf die Tenor-Partien in Wagner-Opern. Als er 1950 seine Laufbahn als Sänger beendete, wandte er sich ganz dem Schreiben zu. Sieben Jahre arbeitete er an seinem Roman „Die Wolfshaut“, der dann 1960 veröffentlicht, sowohl von Ernst Fischer als auch von Heimito von Doderer hoch gelobt wurde, sonst aber hierorts wenig Beachtung fand. Erst in der DDR, wo dann der Roman 1962 erschien, erfuhr er mehrere Auflagen.

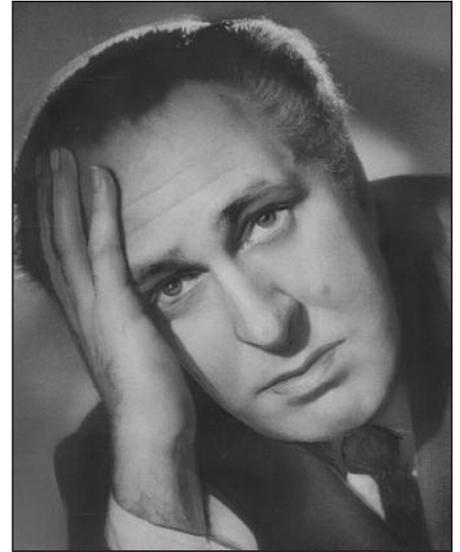
*„Den Krieg und seine verschiedenen
Folgen glaubten wir überstanden zu ha-
ben; im ganzen Lande ging es wieder*

*aufwärts, sogar eine Konjunktur bahnte
sich an; und wenn uns etwas quälte, so
war es höchstens schon wieder die Lan-
geweile, welche in Friedenszeiten hier-
orts daheim ist und wie ein graues un-
faßbares Gespenst zwischen den Häu-
sern und zwischen den Stacheldrahtzäu-
nen umgeht.“⁹*

So heißt es zu Beginn des Romans, doch die ländliche Idylle im Dorf mit dem bezeichnenden Namen Schweigen findet jäh ein Ende, als ein Heimkehrer, von allen der Matrose genannt, obwohl er als Steuermann zur See gefahren war, nachzuforschen beginnt, warum sich sein Vater erhängt hat. Das Dorf wird von einem ununterbrochenen Regen und danach von heftigen Schneefällen, zugleich aber auch von einer Reihe mysteriöser Mordfälle heimgesucht. Der Sägewerksmeister Johann Schreckenschlager, bald darauf selbst eines der Opfer, meint dazu in „Franz Binders Gast- und Fleischhauerei zur Traube“: „Die Toten haben Hunger. Man sollt' sie halt füttern.“¹⁰

Doch die Honorationen des Orts, die kurz vor Ende des Kriegs an der Ermordung von „Fremdarbeitern“ beteiligt waren, sind nur zu sehr daran interessiert, dass die Greuel von gestern nicht hochkommen. Eine Schlüsselrolle fällt jedoch dem sein Leben lang unterdrückten Malletta zu, der nach seiner Rückkehr aus dem Krieg nun als Photograph arbeitet und angesichts einer Ballung von ihm gemachter Photographien grübelt: „Doch wenn Männer wie Ochsen und Frauen wie Kühe dreinschauen, dann stimmt mit diesen Leuten etwas nicht! ‚Verbrecher!‘ dachte er. ‚Lauter Verbrecher! – Diebe, Mörder, als harmloses Almvieh getarnt!‘“¹¹

Und dem Matrosen erzählt er schließlich, dass er im Krieg selbst mitgemacht habe, als ein ganzes Dorf ausgerottet wurde. „Sie waren uns nur im Weg. Also mußten sie erschossen werden.“ Mit den belastenden Folgen für ihn selbst: „Die Sache war dann rasch erledigt, und niemand hat sich darüber aufgeregt – auch ich nicht. Denn ich war genau die gleiche Null wie alle andern, und wir hatten schließlich nach Befehl gehandelt. – Aber die Örtlichkeit hatte ein unausstehliches Echo; der Widerhall der Schüsse ist auf uns zurückgesprungen, und Jahre später – als angeblich alles vorbei war – hab' ich ihn wiedererkannt – in irgendeinem Geräusch. Seither weiß ich, daß ich damals auf mich selbst geschossen habe und daß ich noch nicht reif war für das Henkerhandwerk. Und daß man von Natur aus mehr als eine Null ist, und daß es



Hans Lebert (1919–1993)

*an Selbstmord grenzt, sich als Null zu
verhalten.“¹²*

Und der Matrose grübelt über die artigen Diebe: „Die nur nach Gesetzen einander bestehlen! Den braven Leuten, die strammstehen, wenn man sie anschreit, und nur aus Gehorsam brennen und schänden und morden: Requiem!!!!“¹³

Mit seinem Roman „Die Wolfshaut“, der Schilderung der ländlichen Gesellschaft im Nachkriegs-Österreich, in der es kein Aufarbeiten der jüngsten Vergangenheit geben darf, schuf Hans Lebert wohl das erste und eines der eindringlichsten Werke, die später als Anti-Heimatromane bezeichnet wurden, wie etwa auch Gerhard Fritschs Roman „Fasching“ aus dem Jahr 1969.

Heldenerinnerungen

Frontenerfahrung aus eigenem Erleben hatte auch der 1892 in Seestadt (Böhmen) geborene Autor George Saiko keine. Das Nazi-Regime erließ über ihn 1939 Schreibverbot und setzte den promovierten Kunsthistoriker mit einer Dienstverpflichtung in die Albertina, wo er immerhin dafür sorgen konnte, den Kunstbestand vor Nazi-Räubern zu retten. Doch war es in den Jahren, da Saiko seine Erzählung „Die Badewanne“ schrieb, fast unumgänglich, an der Frontenerfahrung anderer zu partizipieren – im Wirtshaus am eigenen Stammtisch oder vom Tisch daneben. Auch vor Berg- hütten, wenn man um die Mittagszeit in der Sonne saß, kam man selbst als unerfahrener Jüngling nicht umhin, mit den wahren Helden vom Nebentisch nochmals gen Russland zu marschieren.

In Saikos Erzählung „Die Badewanne“ wird ein Amtsrat, der sich auf Genesungsurlaub in einer kleinen Pension zwischen Rax und Schneeberg befindet, am

Stammtisch des dazugehörigen Wirtshauses sowohl mit der Heldenerinnerung eines einstigen Leutnants als auch der Autorität, die er daraus noch immer zieht, konfrontiert. Als einer der anderen Stammtischbesucher meint: „Natürlich, Sie waren der einzige, der die Badewanne erobern konnte, der noch die Leute dazu hatte!“, bekommt er zu hören: „Lassen Sie die Badewanne! Sie tun genau so als hätte ich das da‘ – er fuhr sich mit der Linken an die Brustseite, fingerte ungefähr dort herum, wo das Eiserne Kreuz erster Klasse getragen wird – wegen der Badewanne bekommen. Hüten Sie sich! Sie wissen, mit wem Sie hier reden.“¹⁴

Der Leutnant befand sich, als er sich das Kreuz verdiente, mit seiner Kompanie auf dem Rückzug, neben einem Zug, der selbst nur langsam vorwärts kam. Der Adjutant eines Generals, der im Zug mit einer „kleinen, schwarzen Wendigen“ einen Waggon bewohnte, teilte dem Leutnant bei Gelegenheit mit, dass jener gern eine Badewanne in seinem Waggon hätte. Worauf sich der Leutnant bei jeder Gelegenheit auf die Suche nach einer passenden Badewanne machte. Bei einem dieser Plünderungszüge traf er jedoch mit seiner Kompanie in einem Gebäude auf dort versteckte Russen und es kam zum Kampf.

Dadurch entstand dann die neue Lesart: „Es war also nichts weiter als eine der üblichen Rückzugsschießereien gewesen, eine Kleinjagd auf ein Dutzend Plünderer, und hatte mit der Absicht die Wanne herbeizuschaffen, überhaupt nichts zu tun. (Obwohl die Leute sie völlig unvorhergesehen in etwas zu gewagtfestlicher Parodie daherbrachten, zwei trugen die Wanne an der durchgezogenen Stange und hinterher ging der Trompeter und blies den Hochzeitsmarsch.)“¹⁵ Aber auch: „Mehr als wahrscheinlich, daß der Leutnant auf dem Rückmarsch bereits an seinem Dienstbericht formulierte und unter denen, die er bei der Aushebung des Partisanenstes so herausstellte, daß sie fürs EK zweiter Klasse in Betracht kamen, waren zweifellos die beiden, die ihm die Wanne gebracht hatten.“¹⁶

Für George Saiko sind seiner Romantheorie vom „magischen Realismus“ zufolge die hinter der Wirklichkeit verborgenen psychischen Vorgänge von Bedeutung, hier der misslungene Versuch des Leutnants, sich mit dem über allem stehenden General zu identifizieren, um der Misere des Kriegsalltags auf dem Rückzug zu entgehen; und schließlich am Nachkriegs-Stammtisch die Allüren

eines militärischen Vorgesetzten hervorzukehren.

Im katholischen Glauben

„Man hatte mich aus meinem Beruf und meinem Lande davongejagt, und ich hatte mich in fremden Ländern ohne Mittel und ohne Beziehungen befunden und wurde von Ort zu Ort getrieben, wiederholt gefangengesetzt, sah Leute neben mir sterben und wurde bewußtlos in ein Sammellager gebracht, von dem aus man mich der Vernichtung zuführen wollte. Ich habe auch nachher, als ich durch nie völlig aufgeklärte Umstände freikam, keine Gelegenheit vermieden, mich in Gefahr zu bringen.“¹⁷ So schreibt Albert Drach in „Unsentimentale Reise“, einem Bericht, in dem er sein Alter ego Peter Kucku/Pierre Coucou all das erleben lässt, was er selbst während seines Exils in Südfrankreich erlebte und erlitt.

Der 1902 in Wien geborene Albert Drach studierte Rechtswissenschaften und führte nach 1926 ein Anwaltsbüro in Mödling, bis 1938 nach der Okkupation durch Nazi-Deutschland für jüdische Anwälte ein Berufsverbot erlassen wurde. Über Jugoslawien emigrierte er schließlich erst nach Paris und dann nach Südfrankreich. In Nizza schrieb er 1939 seinen ersten Roman „Das große Protokoll gegen Zwetschkenbaum“, mit dem er 1964 spät aber doch berühmt werden sollte. (1948 hatte sich Wiens kommunistischer Kulturstadtrat Viktor Matejka noch vergebens bemüht, den Roman beim Ullstein-Verlag unterzubringen.) Nach Kriegsbeginn wurde Albert Drach wiederholt als „unerwünschter Ausländer“ interniert: im September 1939 im Sammellager Fort Carré bei Antibes, im Oktober 1939 in Les Milles und nach dem Mai 1940 nochmals in Les Milles, wo er den Selbstmord Walter Hasenclevers miterleben musste.

Im September 1942 wurde Drach beim Versuch, seine Aufenthaltspapiere bei der Fremdenpolizei verlängern zu lassen, verhaftet und aufgrund der Judenstatute des Vichy-Regimes ins Lager von Rivesaltes verbracht, von wo Deportationszüge Richtung Auschwitz abgingen. In der „Unsentimentalen Reise“ liest sich das so: „Der Wagen fährt in eine Wüste ein, die mit einigen Reihen Stacheldraht eingefasst ist. Es ist das „Empfangszentrum von Rivesaltes“, wie man mir auf Anfrage Auskunft gibt. Hier werden bestimmungsgemäß alle Krematoriumsanwärter gesammelt, sondiert und dann exportiert.“¹⁸

Mit ganz wenigen entkam er diesem Schicksal und kehrte nach Nizza zurück.

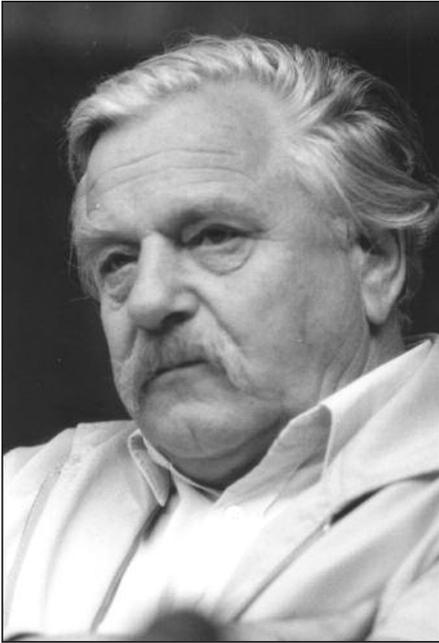


Albert Drach (1902–1995)

Drach verfügte schließlich über ein Papier des Vichy-Regimes, wonach er französischem Recht zufolge nicht als Jude angesehen werden durfte. Wie er dazu kam, beschrieb er selbst folgendermaßen: „Zeigen Sie Ihre Papiere!“ sagte Fräulein Félice von der Flüchtlingspolizei. Ich breitete aus, was ich in der Mappe hatte. Der Taufschein fehlte. Doch hatte ich bei einer Polizeikontrolle meinen Heimatschein vergessen oder verloren, und meine Mutter hatte mir 1939 einen neuen besorgt. Auf dem stand schon I.K.G. Das sollte vermutlich heißen: ‚Israelitische Kultusgemeinde‘. Doch übersetzte ich es mit ‚Im katholischen Glauben‘.“¹⁹

Das Papier war keineswegs ein Garant gegen Verfolgung, vor allem nach dem November 1942, als deutsche Truppen auch die „freie“ Zone Frankreichs besetzten. Da konnte dann auch folgendes vorkommen: „Etwas weiter kommt ein Soldat mit österreichischem Antlitz. Sein Maul ist wie ein Kübel geformt, nur schwimmen darin einige Zahnstummel. Als er mich sieht, schreit er: ‚Jud! Jud!‘ Es klingt wie ein Gruß aus der Heimat. Da macht sich in mir das Fernweh immer stärker bemerkbar.“²⁰

Noch bevor Drach 1948 endgültig nach Österreich zurückkehrte, schrieb er die erste Fassung seiner „Unsentimentalen Reise“, die er dann in den Jahren 1957 bis 1962 überarbeitete. Als der Roman 1966 erstmals erschien, stieß er weitgehend auf Unverständnis, nicht nur des Sarkasmus wegen, der zwangsläufig aus der nicht enden wollenden Verfolgung hatte erwachsen müssen: „Außerdem frage ich mich längst nicht mehr, wovon ich am morgigen Tage leben werde. Wichtig ist, bis morgen zu leben, das andere findet sich leichter als das Leben



Franz Kain (1922–1997)

an sich.²¹ Erst die Neuveröffentlichung 1988 fand schließlich die gebührende Anerkennung – auch durch die Verleihung des Georg-Büchner-Preises an Drach im selben Jahr.

Von Schuld verfolgt

Etwas merkwürdig ist die Form, in der Alexander Lernet-Holenia die jüngste Vergangenheit in seinen Roman „Der Graf Luna“ einfließen lässt, der 1955 erstmals erschien und 1981 in die Reihe „Die phantastischen Romane“ des Paul Zsolnay Verlags aufgenommen wurde. Alexander Jessiersky, ein Unternehmer adliger Abstammung wird darin von der Vorstellung verfolgt, ein Graf Luna würde sich nunmehr, nach dem Ende der Nazi-Herrschaft dafür rächen, dass er durch seine Schuld ins KZ eingeliefert worden sei. Die Direktoren seines Unternehmens hatten von Luna Grundstücke erwerben wollen und sich, als dieser sie nicht verkaufte, bei den Nazi-Behörden beschwert.

„Doch begann die Geheime Staatspolizei, sich jetzt erst recht mit dem Monarchismus Lunas zu befassen, konfiszierte nicht nur den Kaufpreis für die Grundstücke, sondern auch sein übriges Vermögen, und schickte ihn in das Zwangsarbeitslager Mauthausen.“²²

Lernet-Holenia verwendet später für das Außenlager Ebensee doch die Bezeichnung Konzentrationslager. Dorthin wird Luna nämlich verlegt, wobei Lernet-Holenia erkennen lässt, dass er sich mit Genealogie wohl besser auskannte als mit Geologie.

„Im Juni 1944 erfuhr Jessiersky, daß Luna an das Lager Ebensee abgegeben worden sei. Dort förderte man Salz auf

eine Weise, die für diejenigen, welche es zu fördern hatten, höchst unbehaglich war; und die Verluste unter den Zwangsarbeitern waren hoch.“²³

In Ebensee wurde nie Salz gefördert; die KZ-Häftlinge mussten dort unter mörderischen Bedingungen Stollen für die Nazi-Rüstungsindustrie in den Berg graben. Jessierskys Hoffnung/Befürchtung, Luna könnte die Haft im KZ überlebt haben, scheint jedenfalls gering. Bemerkenswert ist, dass Lernet-Holenia in diesem Zusammenhang damalige Lügenversionen bezüglich der KZs anspricht: „Das geht zu weit!“ schrie Jessiersky. „Oder wollen sie wirklich behaupten, nicht die Deutschen, sondern die sogenannten Befreier hätten die ungeheuren Haufen verhungelter Leichen geliefert, die überall abgebildet waren! Leider sind sie jetzt nirgends mehr abgebildet, aber Menschen wie Sie, Herr Millemoth, würden es rechtfertigen, wenn uns diese Scheußlichkeiten noch immer wöchentlich mindestens einmal in allen Zeitungen vor Augen geführt würden!“

„Ich meine ja nur“, versuchte Millemoth einzuwenden, „daß die Alliierten, durch ihr Vorrücken, es den Deutschen unmöglich gemacht hatten, die Lager entsprechend zu verpflegen.“²⁴

„Der Graf Luna“ gehört wohl nicht zu den gelungensten Romanen des 1897 geborenen Autors, der früh von Hofmannsthal und Rilke gefördert wurde, und später gelegentlich stolz betonte, er habe an zwei Weltkriegen als Offizier teilgenommen. Für den ersten meldete er sich freiwillig 1915, im Jahr seiner Matura. Für den zweiten wurde er 1939 eingezogen und in den Polenfeldzug geschickt. Dort wurde er allerdings schon am zweiten Tag an der Hand verwundet, aber es genügte, um ihm Stoff für einen Roman zu liefern. „Mars im Widder“ erschien 1940/41 als Fortsetzungsroman in der Berliner Frauenzeitschrift *Die Dame*. Die Auslieferung der bereits gedruckten Buchausgabe wurde jedoch von Goebbels Propagandaministerium verhindert. Im Roman war nämlich keine Rede davon, dass dem deutschen Angriff Provokationen von Seiten Polens vorausgegangen wären, demnach nicht „zurückgeschossen“ wurde.

Sein Roman „Jo und der Herr zu Pferde“ war schon 1933 auf die Schwarze Liste als „für nationalsozialistisches Publikum untragbar“ gesetzt worden. Dennoch wurde Lernet-Holenia, der nie mehr an die Front zurückkehrte, 1941 Leiter der Entwicklungsabteilung in der Heeresfilmstelle Berlin, wo er immerhin die Idee für den überaus erfolgreichen Zarah-

Leander-Film „Die große Liebe“ lieferte.

1954 wurde Lernet-Holenia Mitherausgeber der von der CIA finanzierten, von Friedrich Torberg geleiteten und dem Kalten Krieg verpflichteten Zeitschrift *Forum*. Insofern ist es interessant, was er im Roman „Der Graf Luna“, der ja im darauffolgenden Jahr erschien, über die US-Besatzungsmacht in Österreich schrieb: „Zwar waren ihnen die kontinentalen Verhältnisse ganz unbekannt; mit nachtwanderlicher Sicherheit aber fischten sie die von ihnen bis hin bekämpften sogenannten faschistischen Elemente der Bevölkerung heraus, warfen ihren Verdacht auf die sogenannten nichtfaschistischen und begannen, von den sogenannten Faschisten in Handel und Wandel unterstützt, ja geradezu im Verhältnis einer gewissen Abhängigkeit von ihnen, eine Stellung gegen den bisherigen sogenannten Verbündeten im Osten aufzubauen. Auf diesem ihrem Wege war der Kampf gegen das sogenannte Dritte Reich in der Tat nur etwas vorübergehend Überschätztes gewesen.“²⁵

Ein höflicher Henker

Franz Kain wurde 1922 geboren, vier Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, der zu dieser Zeit allen noch im Gedächtnis war. Und er war gerade erst 17 Jahre, als der Zweite Weltkrieg begann. Mit 14 Jahren wurde er, als Mitglied des illegalen Kommunistischen Jugendverbands (KJV), erstmals verhaftet und wegen „Verstoßen gegen das Staatsschutzgesetz“ zu zwei Monaten strengem Arrest verurteilt. Als die Hitlertruppen 1938 in Österreich einmarschierten, arbeitete er als Holzknecht und war immer noch im KJV, aber auch in der illegalen Kommunistischen Partei aktiv. Im Frühjahr 1941 wurde er erneut verhaftet und diesmal wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ durch das Bestreben „die Ostmark vom Reich loszureißen“ zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Zuchthausstrafe wurde allerdings 1942 in eine Einberufung in die Strafddivision 999 umgewandelt, mit der er erst in Belgien und Frankreich im Einsatz war, um schließlich nach Tunesien verlegt zu werden, wo Kain im April 1943 in US-amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet.

„Mit diesem biographischen und politischen Hintergrund ist es naheliegend, dass auch Franz Kains literarischer Zugang zum Thema Krieg, und vor allem zum Thema Zweiter Weltkrieg, ein sehr spezieller ist. Es ist ein Zugang vom Widerstand und vom Antifaschismus her,“ stellt dazu Judith Gruber-Rizy in

ihrem Essay „Franz Kain und der Krieg“ fest. Und: „Er betrachtet dabei die gesamte Zeit des Nationalsozialismus in Österreich, in allen Bereichen, und – sogar noch weiter – auch die Vorgeschichte der NS-Zeit. Die Februar-Ereignisse des Jahres 1934 in Österreich gehören da für ihn ebenfalls dazu.“²⁶

Kain hat sich aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln dem Thema Krieg und Faschismus genähert: Im stark autobiographischen Roman „Der Föhn bricht ein“ (1962) sowie in den Erzählungen, die insbesondere in den Bänden „Die Lawine“ (1959) und „Der Weg zum Ödensee“ (1973) vereint sind, wobei er die in letzterem als „Geschichten“ bezeichnet und dazu in den Nachbemerkungen erklärt: „Die Geschichte mit Hilfe von Geschichten zu beleuchten, die im Schatten ihrer Zäsuren wachsen, ist ein Akt nationaler Selbstkritik.“²⁷

Ein ganz besonderer Blickwinkel ist der in der titelgebenden Geschichte, in der Kain erzählerisch den Leiter des Reichssicherheitshauptamtes des Nazi-Regimes, Ernst Kaltenbrunner, auf dessen Flucht ins Tote Gebirge begleitet, wo dieser glaubt, nur ein paar Wochen überdauern zu müssen, bevor er in ein bürgerliches Leben zurückkehren könne. Kain, der bei Gelegenheit meinte, er habe wohl 20 Jahre über die Geschichte nachgedacht, bevor er sie aufgeschrieben habe, zeigt darin einerseits den Charakter von „des Führers Polizeihauptmann“ auf, andererseits aber auch, dass dessen Zukunftsplanung nicht ganz abwegig war: „Dieser SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner ist typisch österreichisch mitsamt seinem Versuch, nach dem Weg zum Ödensee wie nach einer langen Bergfahrt in die bürgerliche Idylle zurückzukehren, als ob nichts geschehen sei. Ein Ungeheuer mit polierter Oberfläche, ein höflicher Henker. Daß es nur eine relativ kurze Zeitspanne war, in der mit den Henkern abgerechnet wurde und die ihn von der Erfüllung seiner Heimkehrwünsche getrennt hat, rechtfertigt keineswegs den Optimismus, der Weg ins Tote Gebirge der Geschichte sei durch gewaltige Lawinenstürze ‚von selbst‘ verschüttet worden, für immerwährende Zeiten.“²⁸

In der Schilderung von Kaltenbrunners Charakter heißt es da: „Er ist nicht als ein Desperado zur Bewegung gestoßen, sondern als ein hochgebildeter Mann mit gediegenem Traditionsbewußtsein und einer soliden Karriere vor sich.“²⁹ Und: „Der höchste Beamte der Sicherheit ist ein korrekter Diener des Rechtes. Das

Recht aber macht nicht er, er hat sich lediglich daran zu halten.“³⁰ Jedoch auch: „Aber er kann darauf hinweisen, daß er persönlich das Grab von Jakob Wassermann geschont hat und sich keine Freunde gemacht hat damit.“³¹

Dass sich Kaltenbrunner ausgerechnet ins Tote Gebirge flüchtet, das auch das Rückzugsgebiet der Widerstandskämpfer im Salzkammergut ist, wovon Kain zuvor in der Geschichte „Der Ochsenraub“ schon erzählt hat, kann dieser hier nicht unberücksichtigt lassen, wenn er den Flüchtigen überlegen lässt: „Das Tote Gebirge ist zwar ein Partisanengebiet alten Stils. Ein Wilderer kennt sich dort besser aus als ein Jäger, denn er hat von jung auf lernen müssen, dessen Pfade zu beobachten und selber andere zu gehen. Und Wilderer waren sie allesamt, die da über Spanien, Dachau und andere Anstalten ins Tote Gebirge heimgekehrt waren.“³²

Aber es ist dann ausgerechnet der Jäger, der nicht nur den SS-Obergruppenführer zum Ödensee – in Wirklichkeit war es der Wildensee – führt, sondern auch die US-Militärs, die Kaltenbrunner verhaften und zum Kriegsverbrecherprozess nach Nürnberg bringen, wo er zum Tod verurteilt wird.

Verrat an wem?

„Was denn, was denn? Daß ich bei den Amis war? Daß ich eine Brücke ausgeliefert habe? Daß ich dadurch den Deutschen ihren Krieg um einige Tage vermässelt habe, wie die Preußen sagen? Daß ich mit einer rotweißroten Fahne an der Spitze der Dritten Armee mit der Kampfgruppe b einmarschiert bin und gedolmetscht habe zwischen Amis und Widerstandskämpfern? Daß ich Patriot bin? Na und? Na und was denn?“³³ So erwidert Josef Hochberg seiner Jugendliebten Johanna Lazek in Karl Wiesingers Roman „Der Verräter und der Patriot“, als diese ihn einen Verräter nennt.

Der Autor lässt es das Werk eines Linzer Soldaten sein, dass der deutsche Versuch, die Ludendorff-Brücke bei Remagen zu sprengen, missglückte, und somit die US-Truppen hier über den Rhein vorrücken konnten. Hochberg tut es einerseits im Gedenken an den Tod seines Vaters, der von Nazis ermordet wurde, andererseits im Wunsch, Österreich wiedererstehen zu lassen. Mit seiner Tat stößt er aber auf wenig Anerkennung. Selbst bei seiner Mutter nicht, als er ihr heimkehrt davon erzählt: „Sie sah ihn erschrocken an. Es paßte nicht in das grundlegende Weltbild dieser Frau, die mit einem grundehrlichen österreichischen



Karl Wiesinger (1923–1991)

Polizeibeamten verheiratet gewesen war, daß auch Verrat zum Kampf gehört.“³⁴

Andere konnten es sich dagegen schnell richten, wie etwa der Vater der Jugendliebe: „Das Fraternisierungsverbot war kaum aufgehoben, hatte Herr Lazek schon Geschäfte mit den Siegern und Besatzern angebahnt. Patton hatte recht. Was immer obenauf schwamm, waren der Dreck und seine Kreaturen.“³⁵

Der Makel liegt eben allein bei Hochberg: „Mit der Anstellung bei Papa wird es natürlich nichts. Du kennst ihn ja. Ich würde mich vielleicht mit solchen Narreteien abfinden, aber Papa nie. Dazu hat er zuviel Charakter.“

Hochberg lächelte höhnisch an ihr vorbei.

„Charakter nennt man das? Heimwehmann, illegaler Nazi, Ritterkreuzträger nach drei Wochen Krieg, dann in die Schweiz abgehauen, quasi in Staatsauftrag, und jetzt Ami-Kollaborant?“

„Du kannst Papa nicht beleidigen. Er ist schließlich Geschäftsmann.“³⁶

„Der Verräter und der Patriot“ erschien erst vier Jahre nach Karl Wiesingers Tod. Der Verleger Franz Steinmaßl, der zuvor die beiden Romane „Der Wolf“ und „Max Maetz: Weilling Land und Leute“ wieder herausgebracht hatte, drängte Wiesinger zu Veränderungen in diesem zuvor noch nicht veröffentlichten Roman. Währenddessen verstarb jedoch der Autor und der Verleger kürzte das Manuskript dann eigenmächtig.

Karl Wiesingers Leben war letztlich vom Krieg geprägt. 1941 wurde er – 18-jährig – zur Wehrmacht eingezogen und kam bald darauf in Finnland zum Einsatz. Dort erlitt er einen Lungensteckschuss, dessen Folgen ihn sein Leben lang belasteten. Dass er immerhin 68 Jahre alt wurde, war allerdings einem unerwarteten Freispruch zuzuschreiben, in



Arthur West (1922–2000)

einem Prozess, in dem ihm ein Todesurteil gedroht hatte. Hieß es doch in der Anklage des NS-Feldgerichts: „Die Beschuldigten hörten in ihrer Truppenunterkunft in Nordfinnland planmäßig englische sowie russische Sender und riefen ihre Kameraden hinzu, wobei sie diese zum Mithören veranlaßten. Bei diesen und anderen Gelegenheiten äußerten sie, der Krieg sei aussichtslos, die Zustände in England und Rußland seien weit besser als die Lebensverhältnisse im Reich, der Führer sei ein Wahnsinniger und Verbrecher, der das deutsche Volk mutwillig in den Krieg getrieben habe, die Organisationen der Partei seien mißratene Einrichtungen, deren Angehörige Idioten. Ferner erklärten sie, bei sich bietender Gelegenheit wollten sie zum Feind überlaufen. Auf diese Weise beeinträchtigten sie mit Vorbedacht den Wehrwillen ihrer Kameraden.“ Beim Berufungsverfahren, das die Staatsanwaltschaft anstrebte, wurde Wiesinger dann doch zu acht Monaten Haft verurteilt – „nach dem Krieg zu verbüßen“.³⁷

Begeisterung für den Frieden

„Wer, wie wir den Krieg erlebt hat, begnügt sich allzu leicht damit, den Frieden lediglich als des Krieges Gegenteil, als Nicht-Krieg zu sehen. Ich aber will, daß wir nicht aus Angst, sondern aus Begeisterung um den Frieden ringen, um die Große Selbstverständlichkeit des Menschen, des Menschseins, die nicht Bewahrung des Heute, sondern Erschließung des Morgen ist.“³⁸

So schreibt Arthur West im Vorwort zu seinem ersten eigenen Gedichtband „Die Große Selbstverständlichkeit – Ly-

rische Suite“, der 1955 in Wien erschien. Alleiniges Thema der Suite: der Frieden.

West's erste Gedichte waren 1943 in der Anthologie „Mut. Gedichte junger Österreicher!“ noch unter dem Namen Arthur Rosenthal im Verlag „Jugend voran“ in London erschienen. Der 1922 in Wien geborene Autor war gleich nach dem Einmarsch der Hitlertruppen in Österreich wegen seiner jüdischen Herkunft vom Schulunterricht relegiert worden. Im Jänner 1939 erhielt er als einziger seiner Familie eine Ausreisegenehmigung nach England. Seiner Mutter gelang die Flucht nach Jugoslawien, wo sie sich später Titos Partisanenarmee anschloss.

West arbeitete in England als Hilfsarbeiter bevor er 1940 wie andere österreichische und deutsche Emigranten auch als „feindlicher Ausländer“ (enemy alien) interniert und nach Australien verschickt wurde. Im Jahr darauf durfte er nach England zurückkehren, arbeitete erst als Zuschneider in einer Gürtelfabrik, dann als Metallarbeiter und engagierte sich in der Jugendorganisation der österreichischen Emigranten in Großbritannien „Young Austria in Great Britain“. 1942 schloss er sich dem Kommunistischen Jugendverband an und wirkte im „Free Austrian Movement“, dem überparteilichen Zusammenschluss aller antifaschistischen Gruppierungen, die für ein freies Österreich eintraten. In seinen ersten literarischen Schritten wurde er von Theodor Kramer und Erich Fried bestärkt. Fried war auch sein Trauzeuge, als er 1943 Edith West heiratete. Noch im selben Jahr meldete sich Arthur West als Freiwilliger, um als Soldat der britischen Armee gegen den Hitlerfaschismus zu kämpfen; und er war schließlich Mitglied einer Einheit, die bei der Landung in der Normandie zum Einsatz kam.

Als er 1946 nach Wien zurückkehrte, hatte er den Faschismus und insbesondere auch den Krieg anschaulich am eigenen Leib erlebt, sodass sein starker Wunsch, Menschen für den Frieden zu begeistern, den er eben nicht nur als Fehlen von Krieg, sondern vielmehr als Voraussetzung für eine positive Entwicklung der Gesellschaft sah, nur allzu verständlich wird. So heißt es denn auch im Gedicht „Ich bin ein Mensch“ aus seinem ersten Gedichtband: „Oh, daß wir die großen Selbstverständlichkeiten / nur nennen, wenn sie bedroht sind! / Daß wir Menschen sagen und Frieden sagen nicht in / bedingungslosem Erfülltsein, / wie man ich sagt und du sagt und ich liebe dich. / Daß wir nicht Menschen sagen ohne das Wissen: es gibt / die Entmenschung; / und

den Frieden nicht nennen / ohne das Wissen: es droht ihm / der Krieg.“³⁹

Der Bombengräber

In seinem Roman „Zeitzünder“ beschreibt der 1923 geborene Otto Horn drei aufeinanderfolgende Lebensabschnitte, die für ihn prägend wurden. Da ist zum einen die Zeit als Bombengräber: Horn, damals Mitglied der Katholischen Jugend, war mit dem Einmarsch Hitlers völlig unvermutet zum „Mischling ersten Grades und zum Staatsbürger zweiter Klasse“ geworden. Nicht würdig zum Dienst mit der Waffe nahm er so vom ersten Tag an am Widerstandskampf gegen das Nazi-Regime teil, bis 1941 noch in der Katholischen Jugend, dann im Kommunistischen Jugendverband, mit dem er durch den Widerstand in Verbindung gekommen war. So entstand die *Mischlingsliga – Wien* (MLW), die als Kultur- und Freizeitorganisation getarnt sowohl bedrohten Juden, Halbjuden und „Fremdarbeitern“ Hilfe leistete, aber auch Widerstand organisierte – bis sie im Februar 1944 durch Verrat aufflog und 21 Mitglieder verhaftet wurden. Otto Horn wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Als er davon hörte, dass es für Häftlinge die Möglichkeit gab, sich zu einem Sprengkommando zu melden, das Blindgänger aber auch Bomben mit Zeitzünder entschärfen musste, zog er wie andere auch die gefährliche Tätigkeit in Wien der Haft im bayrischen Straubing vor. Später wird er in einem Interview erzählen: „Wohin wir kamen, die Hausbesorgerin oder andere Frauen und Männer haben für uns Lebensmittel und Zigaretten gesammelt. Wir waren stadtbekannt als die ‚Bombengräber‘ (meistens mußten die Bomben zuerst aus großer Tiefe ausgegraben und dann entschärft werden). Die Wiener wußten, daß wir politische Häftlinge sind und daß wir kommen, um ihr Heim und ihr Hab und Gut zu retten.“⁴⁰

Im Roman „Zeitzünder“, an dem er seit den 50er Jahren arbeitete und den er 1969 fertigstellte, schildert er aber auch deutlich die Bedingungen dieser Tätigkeit: „Nein, ein Dreckloch, und der gebildete Mensch trägt einen Anzug aus Fetzen und Schuhe mit Holzsohlen. Und gräbt eine Bombe aus. Und das ist überhaupt kein Mensch, nur ein zitterndes Stück Angst. Und dann vielleicht nur noch ein Stück Fetzen. Der einzige Gedanke ist, wie bleibt das Stück ganz.“⁴¹

Da war aber nicht nur die Angst ums eigene Leben, sondern auch die um das der Freunde und Genossen sowie weiter-

hin die vor Verrat, da die Aufenthalte außerhalb des Gefängnisses nicht nur zur Tätigkeit im Sprengkommando genutzt wurden. Als die Sowjetarmee sich Wien näherte, kamen Otto Horn und andere politische Gefangene mit einer „Frei-Fuß-Beurlaubung wegen Kriegsnotstands“ frei, womit der zweite hier erzählte Lebensabschnitt begann.

Im 17. Wiener Gemeindebezirk, Hernals, ging Otto Horn wenige Stunden nach der Freilassung daran, mit einer Gruppe von Mitkämpfern und Antifaschisten die Volkssturmeinheit im Kreishaus der NSDAP zu entwaffnen und das Haus zu besetzen. So entstand in den westlichen Bezirken Wiens ein „Österreichisches Freiheitsbataillon“, das erfolgreich weitere deutsche Soldaten entwaffnete und schließlich die befreiten Gebiete der Roten Armee kampfflos übergeben konnte.

Damit verbunden war dann aber auch, für die Sicherheit und die Verpflegung der Bevölkerung zu sorgen, Strukturen für den Wiederaufbau zu schaffen. Einer der Protagonisten im Roman wird später erklären: „*Du hast diese Zeit nicht miterlebt. Im Frühjahr 1945 ist nicht nur das Großdeutsche Reich zerfallen. Alles zerbröckelte in kleine überschaubare Gebiete. Der Bezirk triumphierte. Er wurde zum Motor des Lebens. Wer seine Grenze überschritt, geriet in eine andere Maschine. Selbst ein Wagen, den man in den Nachbarbezirk schickte, kehrte selten zurück.*“⁴²

Der Aufbruchswille endet allerdings bald: „*Nach und nach sind überall die geeichten Überdauerer, die gesinnungslosen Immerdabeigewesenen auf die Posten jener getreten, die im Augenblick des schmachlichsten Zusammenbruchs der Weltgeschichte aus Kerkern und Konzentrationslagern unrasiert und ungewaschen die verlassensten Amtsräume übernahmen*“, zitiert Horn im Roman einen Artikel des Chefredakteurs der Zeitschrift *Tagebuch*.⁴³

Und damit beginnt der dritte Bereich, um den es dem Autor in seinem Roman ging: Der KPÖ war mit der Befreiung eine große Rolle zugefallen, die zu erfüllen von der Parteiführung divergierende Wege eingeschlagen wurden, da sie selbst ideologisch gespalten war.

„*Die Wahrheit ist, daß in dieser Partei zwei Konzepte gegeneinander kämpften, ein revolutionäres und ein reformistisches, daß es also zwei Parteien waren*“,⁴⁴ heißt es im Roman.

Den beiden Konzepten geht Horn in zwei Erzählsträngen mit zwei Hauptfiguren nach, wobei er klar dem „revolu-

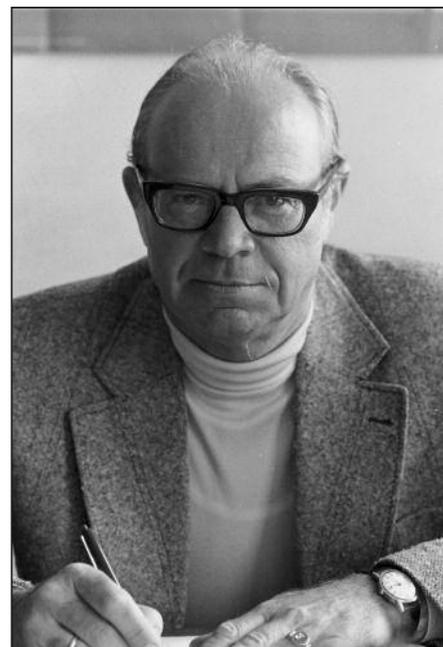
tionären“ Max Münichreiter gegenüber dem „reformistischen“ Herbert Weiser den Vorzug gibt; auch wenn er wusste, welchen Weg Österreich einschlagen würde und manche Wunschvorstellungen nur allzu rasch von der Realität überholt wurden: „*Ein stiller Arbeiter, der fast noch nie gesprochen hatte, schlug mit der Faust auf den Tisch: „Bei uns in Leoben greift keine Kommandantur ein. Unsere Partisanen haben sich selber Respekt verschafft. Sie ruhen sich freilich nicht auf den Lorbeeren aus. Zuerst haben die Leute gelacht, als wir sagten, in Donawitz werden die Hochöfen wieder brennen. Dann haben sie mit angepackt. Man spricht davon, daß die rote Armee abzieht und daß zu uns die Engländer kommen. Aber das sage ich euch, die Fabrik geben wir den Kapitalisten niemals zurück.*“⁴⁵

Verdrängt, vergriffen, vergessen

In der deutschen Literaturgeschichte hat sich der durchaus abwertend gemeinte Begriff der „Trümmerliteratur“ eingebürgert. Gemeint ist damit jene Literatur, die nach dem Zweiten Weltkrieg Faschismus und Krieg thematisierte, sich nicht dem Hehren und Schönen widmete, was mitunter maßgebliche Kritiker und Literaturwissenschaftler von dieser erwarteten und erwarten. Wolfgang Borchert, Heinrich Böll, Alfred Andersch, Paul Celan und viele andere fielen in diese Kategorie.

So kann man etwa lesen, Heimito von Doderers Roman „Die Strudelhofstiege oder Melzer und die Tiefe der Jahre“ habe, als er 1951 erschien, deshalb so großen Anklang gefunden, weil er sich von der herrschenden „Trümmerliteratur“ abgehoben habe. Doderer, NSDAP-Mitglied seit 1933, war während des Kriegs hauptsächlich in der Etappe eingesetzt gewesen, wodurch es ihm möglich gewesen war, mit der Arbeit am Roman zu beginnen. Später nannte er den Nationalsozialismus lediglich einen „barbarischen Irrtum“.

Heinrich Böll schrieb in seinem „Bekenntnis zur Trümmerliteratur“: „Wir schrieben also vom Krieg, von der Heimkehr und dem, was wir im Krieg gesehen hatten und bei der Heimkehr vorfanden: von Trümmern; das ergab drei Schlagwörter, die der jungen Literatur angehängt wurden: Kriegs-, Heimkehrer- und Trümmerliteratur.“ Und er meinte mit dem Hinweis, dass Homer ja auch vom Trojanischen Krieg, der Zerstörung Trojas und der Heimkehr des Odysseus geschrieben habe: „[...] wir haben kei-



Otto Horn (1923–1991)

nen Grund, uns dieser Bezeichnung zu schämen.“⁴⁶

Umgekehrt haben österreichische Literaturwissenschaftler die Frage gestellt, ob es denn hierzulande ebenfalls eine „Trümmerliteratur“ gegeben habe. Durch die hier angeführten Werke von Autorinnen und Autoren, die Faschismus, Krieg und Vertreibung am eigenen Leib erlebt haben (von einer Vollständigkeit kann keinesfalls die Rede sein) wird die Frage eindeutig bejaht. Dieses Segment der österreichischen Literatur wurde nur weitgehend verdrängt. Denn sie kollidierte von vornherein mit den Erwartungen der damaligen Zeit. Im obengenannten Vortrag meinte der Theaterwissenschaftler Wolfgang Greisenegger, Csokors Roman „Der Schlüssel zum Abgrund“ hätte sich bestens für eine Verfilmung geeignet; es sei jedoch nicht dazu gekommen, da der Roman die „Ruhe des Wiederaufbaus“ gestört habe.⁴⁷ Der damals gängige Heimatfilm passte da besser hinein.

Viele der genannten Werke sind längst vergriffen und dem Vergessen anheimgefallen, manches wurde nach Jahrzehnten wiederentdeckt, neu aufgelegt, vielleicht sogar mit späten Ehren bedeckt. Es waren aber vor allem kleine Verlage, die sich hier verdient gemacht haben und wenigstens Teile jener Literatur, in der Autorinnen und Autoren als Zeitzeugen in den frühen Nachkriegsjahren das jüngst Vergangene aufarbeiteten, wieder zugänglich machten.

Anmerkungen:

1/ Siehe Teil I der Serie (Nr. 2/2015).

2/ Wolfgang Greisenegger: In einem Reich, das

aus Menschen gebaut wird... Vortrag am 11.2.1994, in: www.mediathek.at [1.12.2015].

3/ Franz Theodor Csokor: Der Schlüssel zum Abgrund. Roman einer Zeit. Hamburg, Wien 1955, S. 167.

4/ Ebd., S. 238f.

5/ Ebd., S. 296.

6/ Ebd., S. 298.

7/ Wilhelm Szabo: Das Unbefehligte, Gedichte. Wien 1947, S. 32.

8/ Ebd., S. 44.

9/ Hans Lebert: Die Wolfshaut. Wien, Zürich 1991, S. 8f.

10/ Ebd., S. 56.

11/ Ebd., S. 138.

12/ Ebd., S. 559.

13/ Ebd., S. 425.

14/ George Saiko: Der Opferblock. Erzählungen. Wien 1962, S. 94.

15/ Ebd., S. 144f.

16/ Ebd., S. 145.

17/ Albert Drach: Unsentimentale Reise, Ein Bericht. Wien 2005, S. 223f.

18/ Ebd., S. 54.

19/ Ebd., S. 26.

20/ Ebd., S. 150.

21/ Ebd., S. 236.

22/ Alexander Lernet-Holenia: Der Graf Luna. Wien, Hamburg 1981, S. 39.

23/ Ebd., S. 57.

24/ Ebd., S. 77f.

25/ Ebd., S. 60.

26/ Raimund Bahr (Hg.): Kain und Zand, Eine Heimat – zwei Leben. Wien, St. Wolfgang 2010, S. 62.

27/ Franz Kain: Der Weg zum Ödensee. Geschichten. Wien 1973. S. 204.

28/ Ebd., S. 201.

29/ Ebd., S. 187.

30/ Ebd., S. 184.

31/ Ebd., S. 184.

32/ Ebd., S. 178f.

33/ Karl Wiesinger: Der Verräter und der Patriot. Von der Einsamkeit des Widerstandes. Grünbach 1995, S. 121.

34/ Ebd., S. 90.

35/ Ebd., S. 103.

36/ Ebd., S. 122.

37/ Siehe auch: Helmut Rizy: Karl Wiesinger (1923–1991), in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 19. Jg. (2012), Nr. 1, S. 13–14.

38/ Arthur West: Die Große Selbstverständlichkeit, Lyrische Suite. Wien 1955, S. 5.

39/ Ebd., S. 11.

40/ Ein „Bombengräber“ gibt zu Protokoll, in: *Volksstimme*, 23.5.1982.

41/ Otto Horn: Zeitzünder. Wien 1972, S. 31.

42/ Ebd., S. 83.

43/ Ebd., S. 208.

44/ Ebd., S. 238.

45/ Ebd., S. 124.

46/ Heinrich Böll: Werke. Essayistische Schriften und Reden I. Köln 1979, S. 31–34.

47/ Greisenegger: Reich (wie Anm. 2).

Das Zimmerwald-Symposium in Bern

Unter dem Titel „Die internationale Bewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen den Krieg“ fand am 4./5. September 2015 im Volkshaus Bern anlässlich des 100. Jahrestages der Zimmerwalder Konferenz eine große wissenschaftliche Tagung statt. Veranstalter war die Robert-Grimm-Gesellschaft, unterstützt von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, dem Schweizer Gewerkschaftsbund, der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Berlin) und der Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal). In einem dicht gedrängten Programm mit 17 Referaten und einer Podiumsdiskussion behandelte man sowohl die Zimmerwalder Bewegung im Ersten Weltkrieg als auch aktuelle Fragen der Friedenspolitik und der Perspektiven der sozialistischen Linken in Europa. Einen der Vorträge über die „Auswirkungen der Konferenzen von Zimmerwald und Kiental auf die österreichische Arbeiterbewegung“ hielt der Verfasser dieses Berichts.

In politischer Hinsicht war das Symposium von Standpunkten dominiert, die einst in Zimmerwald die sozialdemokratisch-zentristische Mehrheit rund um Robert Grimm vertreten hatte. Die von der Marx-Engels-Stiftung nominierten Delegierten (Hermann Kopp, Anne Polikeit, Hans Hautmann) betonten demgegenüber die Rolle der um Lenin gescharten Zimmerwalder Linken, deren Strategie sich in den europäischen Klassenkämpfen der Jahre 1917/18/19 bewahrheitete. Zum Ausdruck kamen die beiden Sichtweisen in der Debatte um ein von den Veranstaltern unterbreitetes Papier, das sich – etwas präntiös – „Zweites Zimmerwalder Manifest“ nannte und den TeilnehmerInnen als Schlusserklärung vorgeschlagen wurde. Es stieß wegen seiner Tendenz, Begriffe wie „Kapitalismus“ und „Imperialismus“ zu vermeiden und unter „Friedenspolitik heute“ auch so genannte „humanitäre Interventionen“ zu subsumieren, auf Widerspruch. Man zog deswegen den Entwurf zurück und beendete die Konferenz ohne gemeinsamen Aufruf.

Interessante Eindrücke vermittelte die Podiumsdiskussion zum Thema „Die internationale Bewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen für den Frieden, heute und morgen“ mit Teil-

nehmerInnen aus Deutschland, Spanien, Russland, Frankreich und der Schweiz, unter ihnen als prominentester Gast Gregor Gysi. In vielen Fragen wurde sehr unterschiedlich argumentiert, man war sich aber letztlich darin einig, dass die missliche Lage, in der sich die Linkskräfte derzeit befinden, nicht allein als Ausfluss widriger Zeitumstände betrachtet werden kann, sondern zu einem guten Teil auch selbst verschuldet ist.

Frappant war die Tatsache, dass mehrere Schweizer Historiker (Mar-



Die Pension Schenk, Tagungsort der „Zimmerwalder Konferenz“

kus Bürgi, Bernard Degen, Adrian Zimmermann, Jakob Tanner), die Referate zu Zimmerwald und zur Schweiz im Ersten Weltkrieg hielten, aus Universitätsinstituten kamen, die sich nach wie vor dezidiert mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigen, etwas, das in Österreich auf akademischem Boden längst der Vergangenheit angehört und man nur neiderfüllt registrieren kann.

Nach dem Ende des Symposiums wurden die TeilnehmerInnen zu einer Exkursion nach Zimmerwald eingeladen, wo der Bürgermeister einen Empfang („Apéro“) gab und die Stätten der Verhandlungen von 1915 besichtigt werden konnten. Der Ort hat seinen ganz und gar dörflichen Charakter bis heute bewahrt und ist politisch tief konservativ gefärbt. So lange noch die Sowjetunion und die kommunistische Weltbewegung existierten, in deren Erinnerungskultur Zimmerwald einen hohen Rang einnahm, wiesen die Bürgermeister jegliche Initiative zurück, dort Gedenkveranstaltungen abzuhalten, um nicht in den Geruch der Ehrung eines Revolutionärs wie Lenin zu kommen. 2015 hatte man keine Berührungsangst mehr, was auch viel über die heutige Situation aussagt.

HANS HAUTMANN

Die „Proletenpassion neu“ – innovativ oder fatal?

KARL WIMMLER

Die „Proletenpassion“ von Heinz R. Unger und den „Schmetterlingen“ war fraglos ein bedeutsames und wirkmächtiges künstlerisches Werk der österreichischen Linken der 1970er Jahre, mit dem sich so gut wie alle Fraktionen oder Strömungen dieser Linken auf die eine oder andere Weise identifizieren konnten. Dass KünstlerInnen gerade heute wieder den vergangenen Rebellionen, Revolutionen und ihren Niederlagen vermehrt ihre Aufmerksamkeit widmen, verweist nicht nur auf die prekäre Lage des herrschenden weltumspannenden Wirtschaftssystems, sondern auch auf die immer drängenderen Fragen nach den Möglichkeiten, dieses zu überwinden. Es wurde daher von vielen Seiten mit Spannung erwartet, wie eine andere Generation von Künstlerinnen und Künstlern – Eva Jantschitsch alias „Gustav“ mit Band – die vor vier Jahrzehnten gezogenen Lehren aus einem halben Jahrtausend Geschichte mit heutigem Blick auf die Bühne bringen würde.

Um gleich mit der Tür ins Haus zu fallen: Das Ergebnis der „Proletenpassion 2015 FF.“ ist ernüchternd. Wobei ich mich bemüht habe, nostalgische Gefühle zu vermeiden, von denen ich nicht frei bin, weil mich wie viele kritische Geister meiner Generation das Werk und seine Interpretation durch die „Schmetterlinge“ anno dazumal beeindruckt haben. Aber das Problem beginnt bereits damit, dass ein Musikstück, bei dem es auch auf den Text ankommt, fragwürdig wird, wenn man diesen akustisch nicht oder nur schlecht versteht. Das war bei den beiden Grazer Aufführungen über weite Strecken der Fall. Was die laufenden Aufführungen im „Werk X“ in Wien betrifft, so sind die mir diesbezüglich zugegangenen Auskünfte widersprüchlich. Dabei habe ich keinerlei Einwand etwa gegen die allgemeine Lautstärke, die sich vermutlich kaum von der der „Schmetterlinge“ seinerzeit unterscheidet. Und etwaige Bedenken gegen die teilweise der heutigen Zeit entsprechenden musikalischen Neuerungen halte ich für unbedeutend. Ob allerdings die über das gesamte Opus verstreuten Kürzungen dem Verständnis zuträglich sind, wage ich zu bezweifeln. Vieles von der das ursprüngliche Werk begleitenden Faszination resultierte nicht nur aus einer schlüssigen Kombination von Musik und Text, sondern auch aus einer

behuhsamen, wenn auch notwendigerweise plakativen Erklärung der historischen Fakten. Damit allerdings ist es in der neuen Version leider nicht gut bestellt.

Zudem verstärkt die „Version 2015“ alle Schwächen der Schmetterlinge-Fassung, war diese doch unvermeidlicherweise auch behaftet mit all den Krankheiten der damaligen (und heutigen?) Linken. Ich nenne z.B. die mangelnde Beachtung der *österreichischen* revolutionären Traditionen und zugleich die Fixiertheit auf Deutschland. Natürlich gab es beispielsweise zur Zeit der Bauernkriege noch kein Österreich im heutigen Sinne. Aber für das Heute ist doch nicht unwesentlich, ob man sich auf Michael Gismair, die Salzburger Bergknappen oder die Schladminger Bauern bezieht (und ihren Schlächter Sigmund von Dietrichstein musikalisch-poetisch bearbeitet) oder von Münzer und Luther und der Schlacht „im Mai zu Frankenhausen“ singt. So wie später dann „der Faschismus“ schon bei den „Schmetterlingen“ nahezu identisch mit dem Nationalsozialismus ist, während in der Neufassung überhaupt alle österreichisch-spezifischen Entwicklungen unter den Tisch fallen (Habsburg, Februar 34, Dollfuß-Schuschnigg, Partisanenkampf, österreichische Unabhängigkeit usw.).

Die Fixiertheit auf vieles Deutsche ist auch auf der meines Erachtens missglückten Einführung der Videowall nicht zu leugnen, der übermäßigen und jedenfalls – besonders aus heutiger Sicht – unverständlichen Überbetonung des deutschen RAF-Terrorismus. Und selbst dabei bleiben die Interpreten noch den 1970er Jahren verhaftet, ist doch inzwischen kaum mehr zu übersehen, wie sehr deutsche Staatsorgane darin verwickelt waren und zugleich faschistischen Terrorismus damit zu überdecken und zu bagatellisieren versucht haben. Überhaupt ist es meines Erachtens fraglich, ob die manchmal sentimentalen, manchmal (unfreiwillig) komischen und oftmals nicht schlüssigen Reminiszenzen an die 1970er Jahre in den Videos die Passionserzählung nicht mehr zerhacken, als irgendein Verständnis befördern. Die „Proletenpassion“ damit als Produkt dieser Zeit zu erklären, gelingt, wenn es beabsichtigt gewesen sein sollte, jedenfalls nicht.

Man wird keine Schändung des Kunstwerks der „Schmetterlinge“ und Ungers

begehen, wenn man die Behandlung des 20. Jahrhunderts darin als Schwachstelle ausmacht. Obwohl sich auch dort poetische und musikalische Perlen finden. Aber weder ist der Übergang von der Station Oktoberrevolution zur Station Faschismus besonders schlüssig, noch der Ausblick auf die Gegenwart und Zukunft. Allerdings hatten „Schmetterlinge“/Unger dafür damals einige Argumente auf ihrer Seite. Das Fehlen der Auseinandersetzung mit dem Weg der Sowjetunion mochte in den 1970ern und zu Kalten-Kriegs-Zeiten nicht abwegig gewesen sein. Und im „Epilog“ problematisierten sie selbst: „Die Möglichkeit, die großen historischen Abläufe seit dem Ende des 2. Weltkrieges in ähnlicher Form wie die vorhergehenden Stationen zu beschreiben, hatten wir nicht“, heißt es in der Beilage zum Plattenalbum. „Wir versuchten im Epilog jene Fragen zu beantworten, die bei den Diskussionen nach unseren Aufführungen am häufigsten gestellt wurden.“ – Auf die Idee, dass es nach den Aufführungen der Neufassung Diskussionen geben könnte, wäre ich nie gekommen. Im Unterschied zur Fassung der „Schmetterlinge“ haben „Gustav“ und Band gegen Ende einer kritisch sein wollenden Pädagogik gefrönt, indem sie den „Markt“ als Person eine Suada an Unfug deklamieren ließen mit dem offensichtlichen Ziel, den Protest des Publikums zu provozieren. Derart unsägliche Methoden sind es unter anderem, die den schlechten Ruf von Linken als sich überlegen dünkenden Guten gegenüber begriffsstützigen Durchschnittsmenschen befördern. Und höchstens zu Debatten um die bessere Pädagogik führen. Die „Schmetterlinge“ hingegen hatten in ihrem Schlussabschnitt zumindest zwei *Fragelieder*, die ihre eigene Unzulänglichkeit thematisierten und das Publikum zur Anstrengung des eigenen Gehirns animierten. Andererseits findet sich in der Neufassung ein schöner und beeindruckender Auszug aus der Rede Georgi Dimitrows auf dem 7. Weltkongress der Komintern 1935, der mir dennoch zugleich zwiespältig erscheint. Wirkt dieser mehrere Minuten dauernde Monolog doch eher als Fremdkörper. Wie aktuell auch immer die Passage klingen mag, sie findet keine Entsprechung in den Deklamationen davor und danach und macht daher

Elena Messner: Das lange Echo. Roman. Wien: edition atelier 2014, 192 S., 18,95–Euro

Elena Messners Roman bezieht klarere friedenspolitische menschliche Positionen als es 2014 viele HistorikerInnen im Gedenkjahr zum Beginn des Ersten Weltkrieges getan haben. Er verlangt nach einem Ende herrschaftsgeschichtlicher Kontinuitäten, die gängige politische und ökonomische Eliten bedienen, und übt Kritik an Meinungsmache unter dem Deckmantel der Wissenschaft und des Gedenkens. „Das lange Echo“ weckt mit einer kunstvoll verquickten Handlung, berührender ironischer Direktheit der Sprache die Vernunft und stärkt die Moral bei der Betrachtung von Geschichte und Gegenwart. Eine literarische Herausforderung für HistorikerInnen.

Im Zentrum des Romans steht Milan Nemeč, ein Offizier der Habsburger-Armee. Als Slowene hat er in Wien den sozialen Aufstieg in die Offizierskaste geschafft und war damit zufrieden, seine Welt war in Ordnung. Im ersten Balkanfeldzug ändert sich das jäh: Militärpläne, Lehrbuch- und Propagandavorstellungen weichen den realen persönlichen Erfahrungen mit dem Krieg, dem Grauen, der Angst. Im zweiten, diesmal siegreichen Eroberungszug macht er die volle Brutalität des habsburgischen Rachefeldzugs mit und bleibt danach als Verwalter der Besatzungsmacht in Belgrad, wo ihn die „Echos“ des Erlebten, der Toten und Gequälten einholen, ihn „aufblähen“. Er versteht die Sprache der Unterdrückten, von den Besatzern Ausgebeuteten, Geschändeten und Gedeemütigten und fühlt sich selber in der Rolle des Offiziers im Verwaltungsapparat gedemütigt. Seine Kriegserlebnisse und die miese Rolle des Besatzers passen so gar nicht zu den von ihm erlernten Planungen, Befehlen und Taten eines Conrad von Hötzendorf. Milan leidet unter der Ungewissheit in seinem Leben und der Scham über die Brutalität und Ungerechtigkeit der Habsburger-Armee. In einem Gespräch mit einem ihn kontrollierenden Vorgesetzten hält er dessen zynisch verlogene Sichtweisen nicht mehr aus, attackiert ihn, schleudert ihm seinen aufgestaute Ekel, seine entsetzlichen Erfahrungen und realen Einschätzungen entgegen. Nur das Kriegsende rettet Milan vor den Konsequenzen seiner Aktion.

Er bleibt im neuen südslawischen Staat, geht nicht mehr zurück zur Familie nach Wien, bleibt bei der Frau, deren

Mann, ebenfalls ein Milan, von den habsburgischen Soldaten getötet wurde – für Milan Nemeč das Schlüsselerlebnis seines Wandels. Er wird Offizier bei der ehemals feindlichen Armee in Belgrad, später im Ruhestand in Ljubljana. Da erlebt er den nächsten, den Zweiten Weltkrieg und seine Tochter im Widerstand gegen den „Menschenfeind“. Milan will sie halten, „sie werden euch niederschlagen im Krieg, im Frieden, immer wieder“. „Während um ihn herum Menschen ermordet werden, nüchterner als er es in seiner alten Ordnung je gelernt hatte, Menschen in den Tod hinein zu verwalten, dachte er manchmal: Das hat mit mir nichts zu tun!, dann dachte er: Oder haben wir das, haben wir das vorbereitet, wir und unser Krieg, meiner, haben wir dieses Denken vorbereitet und die Tatkraft des ewigen Angriffs, im Sinne der Vernichtung der Unterlegenen, des Schwächeren und damit nicht-Lebenswerten?“ Die Vergangenheit, die Echos holen Milan immer wieder ein, er fragt, woher er die Kraft zur Auflehnung erhalten hatte, herausgeworfen aus seinem Lebens-, Denk- und Handlungsweg.

Vor seinem Tod diktiert und beichtet Milan im Beisein eines Pfarrers in deutscher Sprache, seine Tochter lebt nach 1945 im österreichisch-slowenischen Gebiet, eine lange Liste der Namen und Tötungsarten während der Feldzüge am Balkan, stundenlang, mit dem Auftrag die Papiere ans österreichische Außenministerium zu schicken. Diese Papiere landen im Keller der Familie, erst später übernimmt sie Vida, die Urenkelin, eine Geschichtestudentin. Sie erstellt daraus eine Studie, „ein Erinnern in kurzen Todesgeschichten, ein Rein- und Schönschreiben der Beichte des Urgroßvaters, die nur die Summe seiner ihn aufblähenden Echos war, nicht mehr und nicht weniger. Kehrt Vida in dieses Leben zurück, in diese Echos eines Lebens, dann kam es ihr vor, als ob sie von vorhersehbaren Gedanken, die bereits ihr Urgroßvater, ihre Großmutter und Mutter gewälzt hatten verfolgt würde. Immer wieder blitzen in der Vergangenheit und Gegenwart kleine Begegnungen mit der menschlichen Vernunft auf.“

Die Beschäftigung Vidas mit dem Krieg und dem Urgroßvater zieht sich als zweite Ebene durch den Roman. Die Auseinandersetzungen der jungen Militärliteraturhistorikerin, deren Doktorarbeit aus den Unterlagen des Urgroßvaters entsteht, mit ihrer Vorgesetzten, der Direktorin des Heeresgeschichtlichen Museums, deckt nicht nur die Geschichte

des Urgroßvaters auf, sondern beleuchtet die vielen Komponenten der Rahmenbedingungen des Konflikts um Kriegsgeschichte.

Zwei konträre Auffassungen von wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Geschichte des Krieges, zumal im hundertjährigen Gedenken, stehen einander gegenüber. Die Direktorin vertritt die Herrschaftsgeschichte und deren Kontinuität. Sie erklärt den Krieg für einen grundsätzlich notwendigen und berechtigten. Gräuelpassagen passieren eben, werden der Verteidigungstaktik des jeweiligen Feindes geschuldet. Die Direktorin fühlt sich verpflichtet, die Ehrhaftigkeit und Pflichttreue der Offiziere der Habsburger hochzuhalten und auszustellen. Als ehrgeizige Frau in leitender Position basiert ihre Loyalität auch auf den Verpflichtungen den Seilschaften gegenüber, die sie unterstützen. Das Gedenkprojekt, der Kongress wird von einer österreichischen Bank finanziert, die „den Balkanraum mehr oder weniger erfolgreich zurückerobert hatte“, und in der ihr Mann, nun Leiter des Projekts, in gehobener Position arbeitet. Als Feigenblatt darf auch Vida mit ihrer Studie an dem Kongress teilnehmen und wagt es, ihr Referat mit dem Vortrag einer Ballade von Kurt Tucholsky zu beenden und damit eine politische Botschaft zu vermitteln. Das erbost die Direktorin und großteils auch das Publikum. Eine Auseinandersetzung entlädt sich, Vida hält ihre Argumente und Positionen mit Ironie und Sarkasmus den zynisch verlogenen Stellungnahmen der Direktorin entgegen. Ein Bogen spannt sich von dem Konflikt des Milan Nemeč mit seinem Vorgesetzten zu dem von Vida und Doris, der Direktorin. Die schlagenden, anmaßenden Behauptungen der angepassten Vorgesetzten hören sich bekannt an, wer kennt sie nicht aus Medien und Politik. Verlogene Verdrehungen von Begriffen wie z.B. Sicherheit, Frieden und Menschenrechte, dazu gezielte Desinformation und Verhetzung, Rassismen und Sozialchauvinismus. Elena Messner flicht ihre Erkenntnisse über Krieg und Ökonomie, Herrschaftsinteressen und Gewalt, Rassismus und Ausbeutung, z.B. Slawen gegenüber, entlarvend ins Romangeschehen. Herrlich ihre Betrachtung vom Umgang mit namhaften Schriftstellern, die auf dem Thron der Literaturgeschichte residieren und im bürgerlichen Bildungsmüll nie in Zusammenhang mit ihrer Kriegsbefürwortung und ihrer Autoritätshörigkeit gebracht werden, während widerständische

Literatur sich oft nur in Nischen findet. Da kann es, fällt mir dazu ein, 2014 schon passieren, dass beim Probelauf zur Zentralmatura der Text eines nationalsozialistischen Autors unhinterfragt von den „Verantwortlichen“ ausgewählt wird. Das kann halt passieren, oder?

Messners Rat: genaues Lesen, querlesen, die Details erkennen. Sie macht aufmerksam auf die Anliegen der Kunst, z.B. der Musik der Gruppe first fatal kiss, gegen Uniformierung in allen Bereichen einzutreten. Moral und menschliche Vernunft regt sich vielerorts, kann sich regen und weiterwirken, Echos von Leidenden berühren, lassen mitleiden. Kleine Schritte auf der Suche nach Begegnungen, die menschlich berühren, das gibt Hoffnung auf Solidarität, auf menschlichen Austausch. Im Roman anerkennt der junge Kollege aus Belgrad, der kommentarlos den Konflikt mit der Museumsdirektorin mitverfolgte, letztendlich die Argumente Vidas als die richtigen. Eine Voraussetzung vielleicht für eine behutsame Beziehung Gleichgesinnter und der Hoffnung, dass aus ehemals staubigen, dann modisch eventorientierten Heeresmuseen einmal Friedensmuseen werden könnten.

ELKE RENNER

Jura Soyfer. Ein Lesebuch, hg. von Erna Wipplinger, Margit Niederhuber und Christoph Kepplinger. Wien: Mandelbaum 2015, 224 S., 19,90–Euro

Ist es möglich über einen Schriftsteller, der nur 26 Jahre alt wurde, 76 Jahre nach seinem Tod noch etwas Neues zu schreiben? Doch, die vorliegende Neuerscheinung beweist es uns. Und nicht nur das, sie beweist uns auch, dass Soyfers Texte aktueller denn je sind. Dieser viel zu jung verstorbene Künstler hat uns ein reichhaltiges Arsenal an Texten aus unterschiedlichsten Genres hinterlassen aus einer Zeit, die mit der unseren leider immer mehr vergleichbar wird.

Jura Soyfer wurde am 8. Dezember 1912 in Charkow in der Ukraine geboren. Sein Vater war Industrieller und an mehreren Unternehmen beteiligt. Die Familie führte einen großen Haushalt des gehobenen Bürgertums. Die beiden Kinder Tamara und Jura hatten eine französische und eine englische Gouvernante. Eine wohlhabende, weltoffene Familie.

Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 richtete Österreich-Ungarn am 23. Juli ein Ultimatum an Serbien, was schließlich zum

Weltkrieg führte. Am 1. August erklärte Deutschland Russland den Krieg. Dies tangierte die Soyfers noch nicht. Auch die bolschewistische Oktoberrevolution 1917 beunruhigte den Fabrikanten Soyfer kaum. Im Jänner 1918 erklärte die Ukraine ihre Unabhängigkeit, im Februar schloss sie einen Separatfrieden mit Deutschland. Deutsche Truppen besetzten die Ukraine, zogen jedoch im November wieder ab, die Bolschewiki rückten vor und näherten sich Charkow. Damit war die Sicherheit des Kapitalisten Soyfer bedroht und die Eltern begaben sich nach Rostow, den siebenjährigen Jura und seine Schwester ließen sie vorerst zurück. Derweilen brach die k.u.k. Monarchie zusammen und die Republik Deutschösterreich wurde proklamiert. In Deutschland wurde die Weimarer Republik gegründet. Ganz Europa war im Umbruch, nationalistische Strömungen waren überall im Vormarsch.

1919 drängte die Weiße Armee, unterstützt von französischen und englischen Truppen, die Bolschewisten in der Ukraine nach Norden ab. Die Soyfers kehrten nach Charkow zu ihren Kindern zurück. Nur wenige Monate später erlitt die Weiße Armee einen Rückschlag, worauf die Familie nach Rostow flüchtete. Mit anderen charterten sie eine Lokomotive mit mehreren Güterwaggons, um ans Schwarze Meer zu gelangen. Der Zug konnte allerdings Monate lang nicht losfahren, und Jura erkrankte zwischenzeitlich an einer Lungenentzündung. 1920 setzte sich die Familie Soyfer nach Georgien ab und schiffte sich im Dezember nach Konstantinopel ein. Mit dem Erlös eines größeren Diamanten aus dem Juwelenbesitz der Mutter wurde der Aufenthalt im Konstantinopel sowie die Weiterreise nach Wien finanziert.

Eine Fluchtgeschichte von vielen, vielen Flüchtlingen erging es bestimmt wesentlich schlechter. In die Weimarer Republik wanderten 600.000 russische EmigrantInnen sowie 70.000 Jüdinnen und Juden aus Osteuropa ein. In Gmünd in Niederösterreich entstand bereits 1914 ein Flüchtlingslager mit Wohnbaracken für bis zu 50.000 Menschen – überwiegend Vertriebene aus Galizien und der Bukowina. Die Migrations- und Fluchtbewegung während des Ersten Weltkriegs ließ Wien auf 2,4 Millionen EinwohnerInnen anwachsen. Doch in Österreich war das Ende der sozialdemokratisch-christlichsozialen Koalition gekommen. Die christlichsoziale Partei wurde bei der ersten Nationalratswahl der Republik stimmenstärkste Partei. Die

Wahlplakate der Partei waren damals schon antisemitisch.

Und wer die Parallelen noch nicht erkannt hat, hier trifft die Geschichte hart auf die Gegenwart. Jura Soyfer, ein 8-jähriger Bub, der mit seiner Familie vor Krieg und Verfolgung floh, kam in ein Land, in dem zwar Frieden herrschte, in dem sich jedoch bereits die Zeichen einer neuerlichen Verfolgung abbildeten, denn die Soyfers waren jüdisch.

Auch heute ist Europa im Umbruch und droht zu zerreißen, auch heute fliehen Menschen aus fern geglaubten Krisenländern, auch heute herrscht ein Krieg, an dem viele Nationen beteiligt sind. Auch heute hören wir wieder nationalistische Sprüche, und auch heute werden die Geflohenen mit Wahlplakaten wie „Daham statt Islam“ willkommen geheißt. Dieser Aktualität wird auch in dem neuerschienenen Lesebuch Rechnung gezollt.

Nicht nur die Einteilung von Soyfers Texten selbst in *– Leben – Lieben – Weltbetrachtungen – Aktivismus – Kunst – Flucht / Gefangenschaft* – ist klug gewählt und gibt der LeserInnenschaft einen guten Einblick in deren Aktualität. Das Kapitel „Jura 2012“, in dem Soyfer von den SchriftstellerInnen Heinz Unger, Mieke Medusa, Elisabeth Reichart, Juleya Rabinowich und Doron Rabinovici aus heutiger Sicht interpretiert wird, verdeutlicht, wie sehr wir aufpassen müssen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt.

Wir tragen Verantwortung, dass nicht in einer Welt von Radiosendern gespickt, die Wellen von Lüge und Hass werfen, in einer Welt, in der Staatsgrenzen mehr gelten als moralische Grenzen, Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, ein weiteres Mal zur Flucht gezwungen werden. Die Geschichte von Jura Soyfers zweiter Flucht im Jahr 1938, die als Versuch dramatisch endete, ist hier hoffentlich nicht Beispiel gebend. Nachzulesen im letzten Kapitel des Lesebuches unter *– Biografisches*.

Dem Buch ist eine CD beigelegt mit Höhepunkten der Gala „100 Jahre Jura Soyfer“, die 2012 im Wiener Rabenhof-Theater stattfand.

SUSITA FINK

Gerhard Oberkofler: Der erste Schritt: Die Gründung der Tiroler Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1890. Innsbruck: Renner-Institut Tirol 2015 [Erstveröffentlichung 1980], 22 S.

Runde Geburtstage bieten immer Anlass für Rück- und Ausblick. Die Tiroler SPÖ nutzte einen solchen Ende

September dieses Jahres, als sich ihr Geburtstag zum 125. Mal jährte. In der Marktgemeinde Telfs, dort, wo im 19. Jahrhundert die Tiroler Textilindustrie florierte (und heute die Aufnahme von EinwandererInnen noch immer überdurchschnittlich hoch ist), erinnerte man prominent an die einstige Gründungsversammlung der Tiroler Sozialdemokraten um die Arbeiter Ignaz Saska, Ignaz Leimgruber, Karl Willomitzer, Franz Stephan, Michael Zelger und Matthias Radlbeck.

Den gegenwärtig recht trüben politischen Ausblick – die Tiroler SPÖ schied 2013 nach über 60 Jahren erstmals aus der Landesregierung aus – besorgte die lokale Führungsspitze der Partei unter der Schirmherrschaft von SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann. Parallel dazu eröffnete eine von Rainer Hofmann und Astrid Schuchter gestaltete Wanderausstellung zur Geschichte der Nord- und Osttiroler Sozialdemokratie den historischen Rückblick. Ergänzend legte das regionale Renner-Institut eine Broschüre aus dem Jahr 1980 neu auf. In ihr rekonstruiert der damalige Universitätsdozent und spätere Professor Gerhard Oberkofler historische Fakten und Zeitumstände rund um den Telfser Gründungsparteitag. Oberkofler ist es zu verdanken, dass Mitte der 1970er Jahre erstmals Vorlesungen und Recherchen zur Geschichte der Arbeiterbewegung an der Tiroler Landesuniversität einen Platz fanden. Sein 22-seitiges Vademekum zu den Ereignissen vom September 1890 ist nur eine kleine Stichprobe aus seinen umfangreichen Publikationen zur lokalen Arbeitergeschichte, die parallel zu seinen Geschichtsvorlesungen entstanden sind.

Umso anschaulicher zeigt die Broschüre Oberkoflers Arbeitsmethode: In knappen Sätzen rekonstruiert er den geschichtlichen Rahmen (die Bedeutung des gesamtösterreichischen Gründungsparteitags in Hainfeld vom Silvestertag 1888/89), zu dem er anschließend die Ereignisse in Tirol in Verbindung setzt. Noch viel wichtiger als die Chronologie der Ereignisse sind für Oberkofler die Forderungen der sich formierenden Arbeiter – nach Arbeitszeitverkürzung, Pressefreiheit und dem Allgemeinen Wahlrecht – die er in authentischen Quellen sichtbar und in ihrer zeitlosen Bedeutung erkennbar macht.

Gerade bei runden Geburtstagen fällt in der Regel besonders deutlich auf, wenn jemand fehlt. In den Jubiläumspublikationen zur Tiroler SPÖ sind es die vielfältigen Rechercheergebnisse, die

in den vergangenen Jahren von unabhängigen ForscherInnen erbracht wurden – etwa zu den Tiroler Spanienkämpfern (Friedrich Stepanek), zum sozialistischen und kommunistischen NS-Widerstand (Gisela Hormayr), zur SPÖ in Osttirol (Sabine Pitscheider), sowie zur Sozialdemokratie in Südtirol und im Trentino, deren Geschichte aufs Engste mit den Anfängen der Arbeiterbewegung in Tirol verbunden ist. Wäre es der Tiroler SPÖ in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, für diese ForscherInnen eine Plattform nach Wiener Vorbild zu schaffen (www.dasrotewien.at), hätte man das zu Recht gefeierte Geburtstagsfest be rauschender gestalten können.

JOACHIM GATTERER

Werner Abel/Enrico Hilbert: „Sie werden nicht durchkommen!“. Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution. Lich: Verlag Edition AV 2015, 567 S., 45,- Euro

Etwa 3.500 Männer und Frauen aus Deutschland kamen ab 1936 – nach dem Putsch der faschistischen Generäle – der spanischen Republik zu Hilfe. Mit dem von Werner Abel und Enrico Hilbert herausgegebenen Band liegt nun – nach Italien, Österreich und der Schweiz – ein biographisches Lexikon auch der deutschen Spanienfreiwilligen vor. Damit konnte ein Projekt realisiert werden, das sich über viele Jahre erstreckt hat und zu dem neben den im Buch als Mitarbeiter genannten Harald Wildstock, Friedrich Vills und Dieter Nelles auch viele Ungenannte beigetragen haben.

Die Ausgangslage für die Erfassung der deutschen Spanienfreiwilligen war aus mehreren Gründen schwieriger als in anderen Ländern. So gibt es im Vergleich zu Österreich, das mit dem von Hans Landauer aufgebauten Spanienarchiv im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (DÖW) über eine geschlossene personenbezogene Sammlung der ÖsterreicherInnen verfügt, keine ähnliche Einrichtung in Deutschland. Die Dokumente für dieses Projekt mussten erst aus den verschiedensten Archiven in mehreren Ländern zusammengetragen werden. Und um nur ein Beispiel anzuführen: Ein Teil der Unterlagen befindet sich im DÖW in Wien und machte für die Erfassung dieser Akten mehrere Aufenthalte in Wien erforderlich.

Im Wissen um diese Schwierigkeiten und auch den persönlichen Einsatz der Autoren sollen aber auch einige Kritikpunkte nicht unerwähnt bleiben. So

wurde – offenbar aus Namenslisten, die keine weitergehenden biographischen Angaben enthalten – eine nicht unerhebliche Anzahl österreichischer InterbrigadistInnen mit in manchen Fällen auch falscher Schreibung des Namens aufgenommen. Durch einen Abgleich mit der auf der DÖW-Website veröffentlichten Online-Ausgabe des „Lexikons der österreichischen Spanienkämpfer“ hätte dies vermieden werden können.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus den weitgefassten Aufnahmekriterien, die dem Lexikon zugrunde liegen. So fanden alle Personen Eingang, die irgendwann in ihrem Leben – oft auch nur für einen kurzen Zeitraum – einen gewissen Bezug zu Deutschland hatten, auch wenn sie keine Deutschen waren. In den meisten Fällen ist zwar ihre tatsächliche Nationalität vermerkt. Diese ist aber oftmals nicht so einfach festzulegen, brachten es doch der Verlauf der Geschichte und die politische Ereignisse des 20. Jahrhunderts mit sich, dass z.B. in der österreichisch-ungarischen Monarchie Geborene zu verschiedenen Zeitpunkten oft unterschiedliche Staatsangehörigkeiten hatten.

Trotz kritischer Anmerkungen: Wichtig ist, dass diese Übersicht über die deutschen Spanienfreiwilligen erschienen ist. Es gibt damit endlich eine Grundlage, auf der man weiterforschen, Unklarheiten und Fehler für eine künftige Auflage beseitigen und problematische Fragestellungen diskutieren kann. Und nicht zuletzt kann eine konstruktive Zusammenarbeit durch Austausch von Informationen und Dokumenten auch unsere österreichische Sammlung ergänzen, so wie das bereits zu einigen Personen geschehen ist, von denen wir bisher über sehr spärliche Daten verfügten.

Laut Angabe der Autoren ist ein zweiter Band in Vorbereitung, der neben Fotos auch Texte zur Situation in Spanien zwischen 1936 und Anfang 1939 enthalten soll.

IRENE FILIP

www.klahrgesellschaft.at

- Sämtliche Beiträge aus den „*Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*“ 1994–2015 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG seit 1993.
- Bibliographie zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs.
- Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und Bestellmöglichkeit.



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Auf den Spuren der slowenischen Partisanen

Ein antifaschistischer Reisebericht in Bildern von Ernest Kaltenegger

Dienstag, 26. Jänner 2016, 18.30

Veranstaltungssaal der KPÖ, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien



Denkmal für die am 19. Februar 1945 gefallenen österreichischen Freiheitskämpfer Willi Frank und Willi Högl in Smuka

Der Kampf der Völker Jugoslawiens gegen die deutsche Okkupation begann bereits im Juli 1941. Die anfänglichen militärischen Erfolge der faschistischen Wehrmacht verführten viele zu der Annahme, dass diese ihre Ziele unaufhaltsam erreichen würden. Einheimische Kollaborateure wie die Domobranci, Weiße Garde, Tschetniks und Ustascha wurden daher ermutigt, sich der Besatzungsmacht anzuschließen und sich so an der Unterdrückung des eigenen Volkes zu beteiligen. Trotz dieser scheinbar verzweifelten Lage nahmen die Partisanen unter Einsatz ihres Lebens den Kampf gegen die



faschistische Diktatur und für die Freiheit ihrer Völker auf.

Besonders in Slowenien zeugen viele liebevoll gepflegte Gedenkorte davon, dass der antifaschistische Kampf bis heute im Bewusstsein der Bevölkerung tief verwurzelt ist. Versuche einer antisozialistisch geleiteten Geschichtsverfälschung, besonders nach der von der NATO herbeigeführten Auflösung des jugoslawischen Bundesstaates, verfehlten ihr Ziel.



Die Schule in Tribuče, Sammel- und Ausbildungsort des Ersten Österreichischen Bataillons

Ernest Kaltenegger, ehemaliger Stadtrat von Graz und Landtagsabgeordneter der KPÖ in der Steiermark, hat es sich seit Jahren zur Aufgabe gemacht, diesen unter unglaublichen Schwierigkeiten und Opfern geführten Kampf auch über die Grenzen Sloweniens hinaus bekannt zu machen. Er informiert über Hintergründe, Schwierigkeiten und Erfolge des antifaschistischen Widerstands in Slowenien und in Kärnten und gibt mit seinen Bildern Einblicke in eine lebendige Erinnerungskultur.



Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Irene Filip, Susita Fink, Joachim Gatterer,

Michael Graber, Heimo Halbrainer, Hans

Hautmann, Claudia Kuretsidis-Haider,

Manfred Mugrauer, Elke Renner, Helmut

Rizy, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

BIC: OPSKATWW

Wir danken all jenen LeserInnen, die in Reaktion auf unseren Spendenaufruf in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* neuerlich ein Jahresabo gelöst haben bzw. eine Spende in Gestalt eines Förderabos überwiesen haben, um auch in Hinkunft die Finanzierung der Druck- und Versandkosten sicherzustellen.



Generalversammlung der Alfred Klahr Gesellschaft

Dienstag, 26. Jänner 2016, 18.30

im Anschluss an den Vortrag

von Ernest Kaltenegger

Tagesordnung:

- Bericht des Präsidenten
- Kassabericht
- Diskussion
- Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Vorstandes
- Allfälliges

Veranstaltungssaal der KPÖ

Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien